Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat September 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045 1047. 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Mittwoch, den 10. September 1924 | 4. Jahrgang • Nr. 161

Gewaltige Kämpfe in China

Die Imperialisten greifen ein — Englische, amerikanische, französische und italienische Truppen gelandet

London, 9. September.

Reuter meldet aus Shanghai: Infolge der gefährlichen Lage in Shanghai sind 1200 britische, amerikanische, japanische und italienische Marinesoldaten gelandet worden. Außerdem sind in Shanghai die Freiwilligen mobilisiert worden.

Nach einer weiteren Reutermeldung aus Shanghai ist nach Mitteilungen von Luyung Hsiang, dem Militärgouverneur von Tschekiang, die zweite Armee von Tschekiang, die 20 000 Mann umfaßt, am 7. September morgens von Tschangthing, 10 Meilen nördlich von Tai-hu-we in Richtung Ihing, 30 Meilen nördlich vorgerückt. Gestern vormittag traf eine Meldung ein, daß die Tschekiang-Streitkräfte nur 10 Meilen von Ihing entfernt seien, dessen Fall für heute erwartet werde. Als Hauptziel dieser Truppen gilt Tschangtschau, wo sich das Kinagju-Hauptquartier befindet.

(TU.) Tokio, 9. September.

Die japanische Regierung hat vier Zerstörer nach Amoy zum Schutze der japanischen Residenten auf Formosa beordert, da dort die Disziplin der chinesischen Soldaten sehr locker geworden ist.

London, 10. September.

Reuter meldet aus Shanghai: Die Franzosen errichten Stacheldrahtsperren in den Straßen, die nach der Chinesenstadt führen. Der nächste Punkt in der Umgegend von Shanghai, wo gekämpft wird, ist Kwantu, etwa 14 Meilen von der Stadt entfernt.

Shanghai, 10. September.

Tschangsolin teilte den fremden Konsuln in Mukden amtlich mit, er werde Lujunghsiang unterstützen. In Stadt und Provinz Nanking wurde das Kriegsrecht proklamiert. Die Truppen von Tschekiang haben ihre Stellungen fest in den Händen.

(TU.) Neuyork, 10. September.

Infolge des gestrigen Kabinettsbeschlusses gegen Shanghai rechnet man in Peking mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges. Die Kämpfe bei Shanghai nehmen immer größere Ausdehnung an.

*

Halle, 10. September.

Der chinesische Krieg nimmt ungeheure Ausmaße an. In Kanton (Südchina) wo Sunjatsen herrscht, ist ein **konterrevolutionärer Aufstand der Großkaufleute gegen Sunjatsens nationalrevolutionäre Regierung ausgebrochen.** Dieser Aufstand wird von den imperialistischen Großmächten, speziell **von England, unterstützt.** Das Ultimatum des englischen Konsuls Sunjatsen, worin ein Vorgehen der rechtmäßigen Regierung gegen die Konterrevolutionäre untersagt wird, bedeutet, daß die Regierung des „sehr ehrenwerten" Herrn Macdonald offen ihre Absicht kundgibt, mit bewaffneter Gewalt die Regierung der nationalrevolutionären Partei Gominden; d. h. die Regierung Sunjatsens zu stürzen.

Bereits im Mai dieses Jahres haben die Großkaufleute, also das chinesische Handelskapital, welches dort als in einer Halbkolonie in den Vermittlungsgschäften mit den imperialistischen Ländern wurzelt und darum im Dienste eben dieser Imperialisten steht, in Kanton einen **Kongreß ihrer freiwilligen Kampfverbände einberufen und abgehalten.** Diese Verbände bestehen aus Kaufmannssöhnchen, Angestellten und arbeitslos gewordenen Militärs, die organisiert und ausgebildet werden mit Hilfe natürlich der englisch-französischen Imperialisten.

Der Führer dieser konterrevolutionären Großkaufleute ist Tschan-Liu-Pak, der seit fünfzehn Jahren **Vertreter der englischen Bank von Hongkong-Schanghai ist.** Außerdem ist er **Reedereibesitzer und Inhaber von zehn der größten einheimischen Banken in Südchina; sein Kapitalvermögen wird mit 200 Millionen Dollars** angegeben. Als Agent der englischen Bank ist Tschan-Liu-Pak gleichzeitig der **politische Agent des Herrn Macdonald und des britischen Imperialismus.**

An der Organisierung der faszistischen Bewegung nimmt er den energischsten Anteil. Mit der finanziellen Unterstützung der Engländer stellte er bedeutende Mittel zur Bewaffnung und Ausrüstung der faszistischen Banden, die in Kanton unter dem Namen „Papierner Tiger" bekannt sind und ausschließlich besitzende Kreise umfassen. **Die Kampfverbände Tschan-Liu-Paks zählen gegenwärtig etwa 27 000 Mann.** Die Engländer haben also, die revolutionäre Entwicklung in Südchina voraussehend, ihrerseits beizeiten Maßnahmen zur Unterdrückung dieser Bewegung ergriffen. Denn diese mit englischem Geld ausgehaltenen Kampfverbände sind **die wütendsten Gegner Sunjatsens.**

Dessen stärkster Gegenspieler ist Tschangtsolin, der bei den Unruhen von 1922, als es um die Wiederherstellung der Reichseinheit ging, von Wupeifu entscheidend geschlagen wurde und dessen Provinz, in der er herrscht, die Mandschurei, die an Sibirien grenzt, zu einem Herd imperialistischer Siebungen wurde.

Tschangtsolin hat den Vertrag zwischen der russischen und der chinesischen Regierung, kraft dessen die ostchinesische Bahn an Rußland fällt, nicht anerkannt. Hinter ihm steht hauptsächlich Japan, und es ist bekannt, daß zahlreiche japanische Offiziere und Soldaten in seine Truppen eingereiht sind. Es wird sogar behauptet, daß die Finanzierung seines Vorstoßes gegen den machtlosen Reichsredenten Tsaotun und dessen allgewaltigen Militärbefehlshaber Wupeifu von Tokio aus finanziert ist.

Tschangtsolins und Wupeifus Heere sind augenblicklich in **sehr schwere Kämpfe verwickelt, die bei Shanghai sich abspielen.** Shanghai selbst ist von den Tschekian-Truppen besetzt, denen eben Tschangtsolin jetzt zu Hilfe geeilt ist. Sunjatsen scheint vorläufig durch die faszistischen Vorstöße der Großkaufleute in Südchina verhindert zu sein, aktiven Anteil an den mittel- und nordchinesischen Ereignissen nehmen zu können.

Das Eingreifen der imperialistischen Mächte, die **Landung von Tausenden britischer, amerikanischer, japanischer und italienischer Marinesoldaten spitzt die Lage aus zum Aeußersten zu.** Die Ereignisse überstürzen sich. In allernächster Nähe ist die Gefahr gerückt, daß es sich nicht mehr nur um einen allgemeinen chinesischen Krieg, sondern um einen **Raubzug der Imperialisten unter Führung des Sozialdemokraten Macdonald** handelt, demgegenüber Sowjet-Rußland nicht gleichgültig bleiben wird. Schon hat zwischen dem amerikanischen Botschafter und Ramsey Macdonald ein „Meinungsaustausch zwecks Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in China" stattgefunden. Wahrlich ein köstliches Bild, der Friedensstifter Macdonald, der allüberall die Untertanen seines Reiches mit Bomben und Granaten „befriedet".

Sein und seiner Kumpane Ziel ist, die starke nationale Bewegung, die immer breitere Massen des Vierhundert-Millionen-Volkes erfaßt, dessen Einwohnerzahl etwa den vierten Teil der Weltbevölkerung ausmacht, zu brechen. Gerade der Freundschaftsvertrag zwischen Rußland und China, der vom chinesischen Volk mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen wurde, hat den internationalen Profithyänen gezeigt, daß sie China nicht mehr wie bisher als Kolonie ausbeuten und brandschatzen können. Darum bestechen sie die verschiedenen Militärgouverneure, damit China zu keiner Einheit komme und dauernd geschwächt bleibe. Darum landen sie ihre Truppen, um vielleicht schon in den nächsten Stunden „Ruhe und Ordnung" auf ihre Weise zu schaffen.

Ein neuer Hunnenfeldzug, ungleich schlimmer als der im Jahre 1900 beginnt.

Die werktätige Bevölkerung aller Erdteile muß in Aktion treten, um der imperialistischen Barbarei ein Ende zu machen.

Hände weg von China!

Kein Arbeiter darf dulden, daß durch die schamlosen Raubgelüste der Macdonald und Herriot, der amerikanischen und japanischen Kapitalisten von China eine neue Welle des Weltgemetzels über die ganze Welt sich ergießt.

Die Schwerindustrie proklamiert Massen-Betriebsstillegungen!

(Eig. Drahtber.) **Essen, 10. September.**

Immer mehr Stimmen werden in der Unternehmerpresse laut, die zur Durchführung des Londoner Abkommens rücksichtslose Massenbetriebsstillegungen fordern. So schreibt jetzt der schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsdienst":

„Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß der deutsche Inlandsmarkt für absehbare Zeit nicht in der Lage ist, die Produktionsmöglichkeit des deutschen Gewerbes in ihrer vollen Höhe aufzunehmen, weil dafür seine Kaufkraft zu gering ist. Das deutsche Gewerbe muß also auf den Weltmarkt hinaus. Ganz abgesehen von der Preisgestaltung sind die Aussichten sehr gering, weil in den letzten zehn Jahren die Kaufkraft aller Staaten sich außerordentlich geschwächt hat, und weil in der Mehrzahl der Staaten während der Kriegszeit große eigene Industrien entstanden und die nun mit allen Hülsen der Zollpolitik am Leben gehalten werden sollen.

Ob mit der Durchführung des Sachverständigengutachtens die Aussichten auf dem Weltmarkt sich für Deutschland bessern werden, ist zu bezweifeln; jedenfalls sind in sehr wichtigen Staaten (z. B. in England) bereits jetzt Bestrebungen im Gange, sich gegen die befürchtete Ueberschwemmung mit deutschen Waren rechtzeitig zu sichern. Angesichts des mit ziemlicher Sicherheit zu erwartenden Absatzmangels für einen nicht unerheblichen Teil des deutschen Gewerbes

wird nichts anderes übrig bleiben, als den Teil von Industrie und Handel abzubauen, der zu groß geworden ist.

in dem deshalb unwirtschaftlich große Kapitalien festgelegt sind und ein unproduktiver Menschen- und Materialverbrauch stattfindet.

Alle diese Vorgänge werden die jetzige Krise auf bestimmte Zeit verlängern. Nur die lebensfähigen und die lebensnotwendigen Betriebe dürfen über die Krise gerettet werden, nicht aber auch die lebensunfähigen und überflüssigen Gebilde, die den Gesundheitsprozeß nur hemmen und wichtigeren Produktionsstätten das so notwendige Kapital wegnehmen. Je erörmrungsloser die Krise eintritt, desto kürzer wird sie sein, weil dann desto eher der Kapitalsmarkt von den Ansprüchen unnötiger Unternehmungen befreit wird, die dafür nötigeren zugeführt werden können."

Bereits am Tage nach der Annahme des Londoner Paktes hat die große Stinnes-Zeitung „DAZ." die Forderung nach Stillegung der „unrentablen" Betriebe, nach Verengung der deutschen Produktionsbasis erhoben. Obige Forderung nach „erbarmungsloser" Durchführung dieses Programms ist deshalb nicht neu. Es ist bedeutungsvoll nur wegen der offenen Brutalität, mit der die Schwerindustrie sich hier zu ihrem Plane, Millionen deutscher Arbeiter auf die Straße zu werfen, bekennt.

Das aber ist die „Besserung" der Lage, die der Dawes-Plan den deutschen Massen bringen sollte! Das also ist übriggeblieben von den schönen Versprechungen der Dawes-Apostel, der deutschen Sozialdemokraten! Sie sind schuldig, wenn der Unternehmerangriff jetzt mit ungeheurer Heftigkeit gegen die zum großen Teil unvorbereitete Arbeiterschaft einsetzt. Sie dürfen sich rühmen, mit ihrem Geschleime über die „Aera der Verständigung" den Weg der internationalen Kapitalsoffensive gut vorbereitet zu haben. Bei den Sozialdemokraten können sich die Millionen Arbeiter, die bald arbeitslos auf dem Straßenpflaster liegen werden, für ihre Helfershelferdienste bei diesem Schandwerk bedanken.

Die deutsche Arbeiterschaft wird diese ungeheuerlichen Pläne des Unternehmertums selbstverständlich nicht ohne Widerstand hinnehmen.

Im Kampf um höhere Löhne, um den Achtstundentag, um die Durchführung des kommunistischen Sozialisierungsplanes wird sie diese Unternehmeraksichten und damit die Durchführung des Londoner Hungerpaktes zunichte machen!

Produktionssabotage im Phönix-Konzern

(Eig. Drahtm.) **Hohenlimburg, 10. September.**

Die Firma Boeker & Haver in Hohenlimburg beabsichtigt für Kaltwalzer 20 Prozent, für Heizer und Verlader 30 Prozent Lohnabzug durchzuführen. Nach Verhandlungen zwischen Unternehmervertretern und Gewerkschaften gaben sich die Gewerkschaftsvertreter mit einem Lohnabzug von 6 Prozent für Kaltwalzer, von 12½ Prozent für Heizer und von 17 Prozent für Verlader zufrieden. Die Belegschaft lehnte diesen Schandvertrag ab.

Darauf erfolgte unmittelbar die **Kündigung der gesamten Belegschaft von 800 Mann.**

Die Abwehrfront der Massen bildet sich

Der Hunger-Schiedsspruch im rheinisch-westfälischen Baugewerbe abgelehnt

Essen, 9. September.

Die vier Bauarbeiterverbände haben den am 4. September in Dortmund gefällten Schiedsspruch, der für das Kölner Lohngebiet einen Spitzenlohn von 78 Pf. und für das Industriegebiet einen solchen von 74 Pf. vorsieht, abgelehnt.

Die Aussperrung nimmt infolgedessen ihren Fortgang.

Auch der Bergarbeiterschiedsspruch abgelehnt!

Bochum, 9. September.

Die Bergarbeiterorganisationen haben den Lohnschiedsspruch für den Ruhrbergbau (südliche Reviere) abgelehnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0001

Der „Knüppel" verboten!

Berlin, 9. September.

Der „Knüppel" ist von Severing auf drei Monate verboten worden. Die Arbeiter dürfen sich das nicht gefallen lassen. Ihnen hat der „Knüppel" so gut gefallen, daß er nach wenigen Nummern seines Erscheinens schon von Hunderttausenden gelesen wurde.

Nachstehend bringen wir die Gründe des Severingschen Verbotes.

Gründe:

Der Inhalt der Nr. 5, Jahrgang 2, des „Knüppel" vom 10. August 1924 bringt auf der ersten Seite ein Bild: „Am Strande der deutschen Republik", auf dem dargestellt ist, wie eine rote Flut bewaffneter Kommunisten (rote Fahnen mit Hammer und Sichel) die Republik zu zerschlagen im Begriff sii. Die Fahnen der Republik sind zum Teil bereits gebrückt. Auf Seite 4 und 5 ist die Republik als Tod dargestellt, der auf ein Gedicht hinweist, mit der Ueberschrift „Das Untier von Hannover, oder der Strafzejus". Das Gedicht behandelt ein angebliches Zwiegespräch des Mörders Haarmann mit dem Oberpräsidenten Noske, in dem gegen diesen früheren Reichsminister die schwersten Beschimpfungen enthalten sind.

Beide Abbildungen stellen sich als öffentliche Beschimpfungen der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform dar.

Auch das auf Seite 6 abgedruckte „Preisausschreiben" ist nichts anderes als eine grobe Beschimpfung der Republik, ebenso wie das auf der letzten Seite veröffentlichte Bild „Das Konferenzschiff nach London", auf dem der Herr Reichspräsident, der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsaußenminister in einem auf dem Meere schwimmenden Rechtsgeschirr dargestellt sind, das ein Segel mit der Aufschrift „Einigkeit und Recht und Freiheit" trägt.

Das Verbot der genannten Zeitschrift ist daher nach Maßgabe der angeführten Gesetzesbestimmungen begründet.

Berlin, den 31. August 1924.

Der Minister des Innern. gez. Severing.

Ein Potsdamer Massenprozeß

Vor dem Potsdamer Landgericht fand ein Riesenprozeß gegen 29 Arbeiter des Dorfes Glindow an der Havel statt. Der Prozeß dauerte drei Tage. Der Anklage lag folgende Tatsache zugrunde:

In der Nacht vom 19. bis 20. November vorigen Jahres hatte der Sohn des bekannten Raubritters von Kähne wieder einmal zwei Glindower Einwohner angeschossen und schwer verletzt. Die beiden wurden verwundet nach Glindow gebracht. Der gesamten Einwohnerschaft bemächtigte sich eine kolossale Erregung über die neue Bluttat. Vor dem Hause, in welches der adlige Schießheld geflüchtet war, sammelte sich eine große Menschenmenge an.

In derselben Nacht fuhren drei Männer auf Motorrädern in auffälliger Weise im Dorfe hin und her. Es waren die Reichswehrangehörigen vom Reichswehrregiment Nr. 9, Oberleutnant Arnold und Gefreiter Malzeck. Der Dritte war ein Zivilangestellter desselben Regiments, namens Heinz. Einem der Männer wurde das Motorrad von der Einwohnerschaft abgenommen.

Diese Vorgänge veranlaßten die Staatsanwaltschaft, gegen die 29 Angeklagten einen Prozeß wegen Beteilung an einer proletarischen Hundertschaft zu machen. Als Hauptbelastungszeugen traten die drei Reichswehrleute auf. Bei der Verhandlung wurde über diesen Punkt die Oeffentlichkeit mit der fadenscheinigen Begründung, die Staatssicherheit könne gefährdet werden, ausgeschlossen.

Der Prozeß enthüllte wieder einmal die Motive der Berliner politischen Polizei. Der Kriminalassistent Wodtke von der la erpreßte unter Drohungen von einzelnen Angeklagten belastende Aussagen. Weitere Angeklagte versuchte er durch Zigaretten, Bier und Kognak zu bestechen.

Nach mehrtündiger Beratung wurden 23 Angeklagte freigesprochen, der Hauptangeklagte Sauer zu 6 Monaten Gefängnis und sechs weitere Angeklagte zu 2 bzw. 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Klassenurteil gegen Luckauer Arbeiter

41 Monate Gefängnis.

Ein mehrere Tage lang dauernder Prozeß, dessen Ursachen bereits 1½ Jahr zurückliegen, fand vor dem Altenburger Klassengericht statt. Sieben Arbeiter aus Meuselwitz und Luckau standen unter der Anklage des schweren Landfriedensbruches.

In einer Versammlung der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur" sprach der bekannte Antibolschewist Dr. Koch. Die anwesenden Kommunisten verlangten, daß sie eingehend gegen die antibolschewistische Hetze Stellung nehmen können. Die Mehrheit der Versammlung war derselben Auffassung, weshalb sich der Vorsitzende der Liga veranlaßt sah, die Versammlung zu schließen. Einige Wochen später veranstaltete die Liga wiederum eine Versammlung, die diesmal von Stahlhelmleuten, die mit Revolvern bewaffnet waren, geschützt wurde. Diese Provokation ließen sich die Arbeiter nicht gefallen, und die Faszisten mußten aus dem Saal flüchten. Sie warfen aber noch einige Gasbomben gegen die Arbeiterschaft. Ein Trupp Arbeiter verfolgte die Stahlhelmleute und entwaffnete sie.

Wegen dieser Vorfälle wurden nun die sieben Arbeiter wegen Freiheitsberaubung und Landfriedensbruchs verurteilt, und zwar erhielt:

der Angeklagte Krause 4 Monate Gefängnis,

der Angeklagte Boter 9 Monate Gefängnis,

die Angeklagte Frau Doberzinsky 2 Monate Gefängnis,

die Angeklagten Kühne und Peinel je 4 Monate Gefängnis. Letzterer wegen Amtsanmaßung außerdem noch zwei Monate, Ganser und Wohlrath je 8 Monate 1 Woche Gefängnis.

Dieses Urteil charakterisiert wieder einmal die Rechtsprechung der Weißen Justiz in Deutschland. Bezeichnend ist, daß das Verfahren bereits von der früheren thüringischen Regierung niedergeschlagen war, aber, nachdem die faszistische Leutheußer-Regierung ans Ruder kam, gruben die Richter die Angelegenheit wieder aus.

Döbelner Kommunistenprozeß

49 Monate Gefängnis wegen Landfriedensbruchs

Vor dem gemeinsamen Schöffengericht fand in Freiberg gegen 10 Arbeiter aus Döbeln ein Prozeß wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs statt. Im Februar d. J. veranstalteten die Döbelner Arbeiter, insbesondere die Erwerbslosen, eine Demonstration für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages und die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Die Ortspolizei versuchte, die Demonstration auseinanderzutreiben. Fünf Zivilaufkläger der in Döbeln stationierten Reichswehr mischten sich unter die Demonstranten. Die Arbeiter wehrten sich gegen diese Spitzel und agent provocateurs. Die Reichswehrsoldaten versuchten, die Massen mittels Revolver zu bedrohen und zu provozieren. Schließlich schossen sie in die Menge. Die Demonstranten wurden so erregt, daß sie den einen der Spitzel zu Boden warfen und ihn ganz gehörig verprügelten.

Wegen dieses Vorfalles wurden nun acht Genossen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Grünert erhielt fünf Monate, Kosiak zwei Jahre, Drechsel vier Monate, Scholz vier Monate, Schubert acht Monate, Frau Weymann drei Monate und Michael einen Monat Gefängnis.

Diese Urteile schließen sich würdig dem Reigen der sächsischen Rachejustiz an. Je furchtbarer die Urteile der Klassenjustiz ausfallen, um so stürmischer muß der Ruf der Massen nach der Generalamnestie erfolgen!

Um das Potsdamer Zugunglück

Berlin, 9. September.

In dem Prozeß wegen des Zugzusammenstoßes vor dem Potsdamer Bahnhof verurteilte das Schöffengericht Schöneberg den Eisenbahnsekretär Krüger wegen „fahrlässiger Tötung, Körperverletzung im Amte und Transportgefährdung" zu vier Monaten Gefängnis. Der Lokomotivführer Sauer wurde freigesprochen. Das Gericht beschloß, dem Angeklagten Krüger unter Abstandnahme von einer Geldbuße eine dreijährige Bewährungsfrist zuzubilligen.

*

Das Gericht hat also die „Schuldigen" festgestellt. Sie mußten gefunden werden. Um die große Schuld der Eisenbahnverwaltung — deren wahnsinnige Abbaumethoden Unglück direkt provozierten — zu verdecken.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sprengt jungkommunistische Versammlungen

(Eig. Drahtb.) Mannheim, 9. September.

Die Demonstration am 10. Internationalen Jugendtag wurde von am gleichen Tage zu einer Demonstration aufrufenden Reichsbannerleuten überfallen. Die Polizei unterstützte die Reichsbannerleute und verhaftete mehrere Jungkommunisten.

*

(Eig. Drahtb.) Saarbrücken, 9. September.

In Neunkirchen und Völklingen fanden unter guter Beteiligung die Kundgebungen der Kommunistischen Jugend des Saargebiets zum 10. Internationalen Jugendtag statt. Es kam zu keinerlei Zusammenstößen mit der Polizei. In Völklingen bewegte sich ein riesiger Demonstrationszug unter dem Gesang revolutionärer Lieder und dem Ruf: „Nieder mit Röchling" durch die Stadt.

Massen-Kommunistenverhaftungen in Westfalen

Gelsenkirchen, 9. September.

In den letzten Tagen erfolgten zahlreiche Kommunistenverhaftungen in Dortmund und Bochum. Heute wurde hier der kommunistische Bezirkssekretär und sächsische Landtagsabgeordnete Genosse Karl Beier verhaftet.

Landtagsabgeordneter Grönsfelder in Freiheit!

München, 10. September.

Der bayrische Landtagsabgeordnete Genosse Grönsfelder, der seit Monaten von der bayrischen Regierung in Schutzhaft gehalten worden ist, ist jetzt aus der Festung Niederschönenfeld entlassen worden.

Die Feierschichten im Ruhrbergbau

Essen, 9. September.

In der ersten Septemberwoche, vom 31. August bis zum 6. September, mußten im Ruhrkohlenbergbau infolge Absatzmangels in 87 Fällen 113 534 Feierschichten eingelegt werden.

Kleinbauern in schwerer Bedrängnis

Schutzzoll bedeutet völligen Untergang

Aus Süd- und Westdeutschland, aus diesen hauptsächlichsten klein- und mittelbäuerlichen Gebieten Deutschlands, kommen Nachrichten über völlige Mißernte. Im Koblenzer Bezirk mußten die Gemeindevorsteher einen Aufruf zu einer Sammelaktion erlassen. Der Aufruf besagt, daß es bei den Betroffenen sich „um lauter Kleinbäuerchen des Westerwaldes" handelt.

Aus der Rhön (an der Grenze von Bayern-Thüringen und Preußen) wird berichtet, daß infolge sieben Wochen langen Regens das Getreide nicht eingeerntet werden konnte und völlig ausgewachsen ist. Die Kartoffeln sind wässerig und können, selbst wenn noch gutes Wetter einsetzt, nicht zum Aufbewahren verwandt werden. Der Rübenertrag wird äußerst minimal. Bauern mit 10 ha Land ernten **nicht soviel Getreide, daß sie den Eigenbedarf an Brot decken können.** Sie müssen Brotgetreide zukaufen, ebenso Futtermittel, um ihren Viehbestand durchhalten zu können.

Ähnlich die schwerbedrängten Kleinbauern jetzt schon am Rande des Abgrundes, so werden sie durch die Schutzzölle vollends hinabgestoßen. Wovon sollen sie das durch Schutzzölle verteuerte Brotgetreide kaufen? Wie sollen sie die Mittel aufbringen, um die durch Schutzzölle verteuerten Futtermittel zu beschaffen? Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, daß die Kleinbauern Süd- und Westdeutschlands keine Sympathie für Schutzzölle haben, was von den großagrarischen Landbündlern geflissentlich verschwiegen wird. Es ist an der Zeit, daß die Kleinbauern selbst desto lauter und eindringlicher sich gegen die beabsichtigte Einführung der Schutzzölle wenden. Sie dürfen jetzt nicht in ihrer kleinbäuerlichen Bescheidenheit zurückstehen.

Ihr schwerbedrängten Kleinbauern, heraus, erhebt Eure Stimme, tretet den großagrarischen Schutzzollpolitikern energisch entgegen.

Rhön-Kleinbauern gegen Schutzzoll und Sklavenvertrag!

Unter Teilnahme aller 75 Klein- und Mittelbauern des Ortes fand in Zündersbach (Kreis Schlüchtern, Pr. Rhön) am Sonntag, dem 31. August, abends eine Versammlung statt. Alle Anwesenden stellten sich mit Einschluß des deutschnationalen Bürgermeisters hinter die auf der Rhön-Bauernkonferenz in Sinnthalhof gefaßten Beschlüsse.

Nach der Berichterstattung von der Konferenz folgte vom Landwirt Putz ein Referat über „Schutzzoll und Kleinbauern". In der Diskussion äußerten sich alle Kleinbauern gegen den Schutzzoll. Der Bürgermeister sprach anfänglich für Schutzzoll, korrigierte sich aber angesichts der Stimmung der Bauern und wandte sich dann ebenfalls dagegen.

Der auf Einladung der Bauern erschienene kommunistische Landtagsabgeordnete Bürz-Bayern referierte anschließend über das Dawes-Gutachten. In der Diskussion wurden heftige Vorwürfe gegen die Deutschnationalen erhoben und die ablehnende Stellungnahme der Bauern gegen den Sklavenvertrag zum Ausdruck gebracht. Nur ein völkischer Redner sprach sich aur „politischer Einsicht" für das Londoner Abkommen aus. Kurios wirkte, als der Völkische dann ausrief: „Wir sind Deutsche und wollen eine Armee zum Schutz der nationalen Güter." Allgemeines Gelächter beantwortete den „Heldenausspruch". Gebührend antworteten dann die Bauern: „Wir haben keine Lust, nochmals unsere Knochen zu riskieren, um den Großen die Geldsäcke zu schützen."

Bravo, Bauern! Euer Kampf ist der Kampf der Arbeiter, gemeinsam müßt Ihr marschieren. Dann seid Ihr unüberwindlich und werdet das kapitalistische Sklavenjoch abzuschütteln vermögen.

Millionenabfindung!

Für den „armen" mecklenburgischen Großherzog ist Geld da

Vor einigen Tagen ist ein Schiedsspruch über die Abfindung der mecklenburgischen Großherzogsfamilie gefällt worden. Er bestimmt:

Der Freistaat Mecklenburg-Schwerin hat an den früheren Großherzog 389 340 Mark sofort fortlaufend vom 1. Juli 1924 an in halbjährlichen Teilbeträgen zu zahlen; jährlich 144 000 Mark, 83 680 Mark und 10 884 Mark; weiter laufend vom 1. Juli 1924 an bis zum Ablauf des Jahres 1939 jährlich 21 000 Mark;

an die Herzogin Johann Albrecht vom 1. Juli 1924 auf Lebenszeit jährlich 17 000 Mark;

an die Herzogin Paul Friedrich 27 000 Mark, die Herzogin Marie Antoinette 22 002 Mark und an den Herzog Borwin 22 002 Mark;

ferner vom 1. April 1924 an die Herzogin Johann Albrecht für deren Lebenszeit 27 000 Mark, die Herzogin Marie Antoinette und den Herzog Borwin auf Lebenszeit je 11 250 Mark.

Diese Millionensummen sind angesichts der Hungerpfennige, die der kapitalistische Staat für Arbeitslose, Rentner und Invaliden zahlt, einfach eine Provokation. Aber sie beweisen, daß die Mittel, das Massenelend zu lindern, gewiß vorhanden sind. Es kommt nur darauf an, daß das Proletariat Hand an sie legt.

Der mecklenburgische Großherzog verfügt außer obigen Barabfindungen noch über einen Großgrundbesitz im Werte von 30 Millionen.

Untersuchungsausschuß „Fünf Jahre politischer Mord"

Die bürgerliche Presse meldet:

Der vom Preußischen Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung von Strafverfolgungen, der insbesondere auch die Anklagen nachprüfen soll, die in der Gumbelschen Broschüre „Fünf Jahre politischer Mord" erhoben worden sind, trat heute zu seiner ersten Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Göbel (Ztr.) zusammen. Die Verhandlungen sind vertraulich. Eine eventuelle Beweisaufnahme wird in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Natürlich werden in diesem Ausschuß die Kommunisten die einzigen sein, die auf eine wirkliche Klärung bestehen. Von der Partei des Blut-Noske und Mord-Kuttner bis zu den Mörderparteien der Rechten haben alle ein Interesse daran, die von Gumbel in seinem Buch erhobenen Anklagen zu entkräften. Deshalb wird auch dieser Ausschuß die notwendige Klärung nicht bringen.

Hindenburg oder Leninburg?

Hindenburg (Oberschles.), 9. September.

Durch die Reihen der hiesigen Spießbürger geht ein Aufatmen. Der kommunistische Antrag, den Namen unseres Ortes in „Leninburg" zu ändern, ist abgelehnt worden. Nur Geduld, meine Herren, Leninburg kommt doch!

Krise und Kriegsrüstungen in Rumänien

Wie aus Bukarest gemeldet wird, sind die rumänischen Bourgeoiszeitungen voll von Alarmartikeln über die immer schärfere Finanzkrise. Es wird bereits die Inflation angekündigt — also die Ausplünderung der armen Bauernmasse und des Proletariats. Die rumänische Staatsfinanz muß natürlich zusammenbrechen, wenn die militärischen Rüstungen gegen Sowjet-Rußland die gewaltigsten Summen verschlingen und anderseits die Bojaren (Großgrundbesitzer) keine Steuern zahlen. Der Direktor der Nationalbank wird nach Paris, London und Brüssel fahren, um wegen Anleihen zu verhandeln, er wird in Paris mit dem rumänischen Minister Bratianu zusammentreffen. Diese Reise steht unzweideutig im Zusammenhang mit den rumänischen Kriegsrüstungen gegen Sowjet-Rußland.

Der kommunistische Jugendtag in der Tschechoslowakei

(Eig. Drahtber.) Reichenberg, 9. Sept.

Gestern haben in der ganzen tschechoslowakischen Republik gewaltige Kundgebungen der Kommunistischen Jugend stattgefunden. Die proletarische Bevölkerung beteiligte sich sehr stark. Bei den Kundgebungen sprachen Redner in deutscher, tschechischer, polnischer Sprache. Die Regierungstruppen, die in großer Stärke aufgeboten waren, haben nirgends angegriffen.

Die Sowjetregierung Herr der Lage in Georgien

(Eig. Drahtm.) Moskau, 10. September.

Das Urteil gegen die 24 Organisatoren der Weißen Bandenüberfälle in Moskau, darunter die zur Organisation terroristischer Akte gegen die Sowjetmacht aus dem Ausland gekommenen Mitglieder des Zentralkomitees und des Auslandsbureaus der georgischen Menschewiki, ist vollstreckt worden. In einem Aufruf des Zentralexekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare heißt es, daß die innerhalb 24 Stunden erfolgte Liquidierung des menschewistischen Aufstandes das Werk der georgischen Arbeiter und Bauern ist, die spontan freiwillige Kampfabteilungen bildeten. Die georgische Sowjetregierung erklärt, daß sie keinerlei Störung der friedlichen Arbeit durch Offiziere, Adlige oder Menschewisten dulden werde.

Politische Notizen

Ein neues Haarmann-Opfer? Die Kleidungsstücke eines im Herbst verschwundenen 17jährigen Arbeiters aus Bochum wurden in Hannover aufgefunden, so daß die höchste Wahrscheinlichkeit besteht, daß er dem Polizeispitzel Haarmann zum Opfer gefallen ist.

Betriebsrätewahl bei der Oberpostdirektion Dortmund. Bei den Betriebsrätewahlen im Oberpostdirektionsbezirk Dortmund erhielten der Deutsche Verkehrsbund 841 Stimmen (drei Delegierte) und der Christliche Verband 455 Stimmen (einen Delegierten).

Beginn der Militärkontrolle. Die interalliierte Militärkontrollkommission hat am Montag mit der angekündigten Abschlußkontrolle in den verschiedensten Teilen des Reiches gleichzeitig begonnen. Und zwar galten die Besuche der Ententekommission, wie bereits gemeldet, zunächst einer Reihe von früheren Rüstungsfabriken und den Formationen der Schutzpolizei.

Ernest Scheidemanns Abbau beschlossen. Nach einem neuen Beschluß der Casseler Stadtverordneten sollen Oberbürgermeister Scheidemann und Stadtrat Rosenstock zum 1. November in den vorläufigen Ruhestand versetzt werden. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß mit dem neuen Beschluß der Abbau der Stellen inhaber und nicht der Stellen selbst herbeigeführt werden soll

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0002

Solowetzk, die „rote Hölle"

Von Ludwig Magyar (Moskau).

Angesichts der unverschämten Lügen des hiesigen „Volksblattes" über die angeblichen Grausamkeiten, denen die russischen Konterrevolutionäre in den Gefängnissen der Sowjetregierung ausgesetzt sein sollen, fordern wir die revolutionären Arbeiter auf, die hier niedergelegten Tatsachen den sozialdemokratischen Schwindlern um die Ohren zu schlagen.

Die Auslandsdelegation der Menschewiki und Sozialistenkonterrevolutionäre hat eine große Kampagne gegen die Sowjetunion eingeleitet. Sie wollen die öffentliche Meinung der Arbeiterklasse und die der Bourgeoisie gegen die Rätemacht mobilisieren und als Vorwand dazu dient ihnen das angeblich so herzzerreißend fürchterliche Schicksal der politischen Gefangenen in der Sowjetunion. Sie beliefern die Parteien der 2. Internationale mit Propagandamaterial über diese Frage und in der französischen Kammer in den Spalten des „Vorwärts" vergießen die würdigen Gesinnungsgenossen der russischen Menschewiki Krokodilstränen über die gemarterten, gefolterten russischen Sozialisten, die — ach! — in den schrecklichen Tschekakerkern schmachten, die täglich einigemal erschossen werden usw. Der Sozialistenkonterrevolutionär Suchomlinow belästigt die Genossen Anatole France und Severnie mit geschmacklosen Anklagebriefen, die Londoner und Amsterdamer Internationale erlassen Proteste und Aufrufe. Die Hetzkampagne ist im vollen Gange. Schauergeschichten werden verbreitet und wenn man die von geheuchelter Entrüstung triefenden Artikel, Aufrufe und dergleichen mehr liest, so könnte man annehmen, daß hier, in der Sowjetunion, Tausende und aber Tausende politische Gefangene in den Gefängnissen „schmachten" und daß diese politischen Gefangenen unmenschlich behandelt werden. Sehen wir uns nun die Tatsachen näher an.

Wieviel politische Gefangene gibt es in der Sowjetunion?

Wir wollen keine Vergleiche machen. Wir wollen nicht darauf hinweisen, wie viele revolutionäre Arbeiter und Bauern die bulgarischen Sozialdemokraten als Mitglieder der Mörderregierung Zankows hinschlachten ließen. Wir wollen nicht fragen, warum die Sozialdemokraten im bayrischen Landtag gegen die Amnestie der Niederschönenfelder Gefangenen gestimmt haben. Wir fragen nicht, wie es kommt, daß in Deutschlands Gefängnissen mit Zustimmung der Sozialdemokratie über siebentausend Kommunisten schmachten? Wir fragen nicht, wie viele indische Revolutionäre in den Gefängnissen der Arbeiter-Regierung Macdonalds für revolutionäre Taten büßen. Wir wollen nicht darauf hinweisen, wie viele Kommunisten die Polnische Sozialistische Partei hinmorden und inhaftieren ließ. Wir lassen auch die Frage beiseite, wie sich die Sozialdemokratie in Finnland, Lettland, Estland, Ungarn, Jugoslawien verhalten hat. Wir teilen nur eine einzige Zahl mit. Wir erklären nur, daß in der Sowjetunion — in der ganzen Sowjetunion, die den sechsten Teil der Erdoberfläche umfaßt, wo hunderttausend Millionen Menschen leben —

nur fünfhundert politische Gefangene

sind. Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Monarchisten, Faszisten setzen alles daran, um illegale Organisationen in der Sowjetunion zu schaffen. Und trotz alledem und alledem gibt es nur — sage und schreibe — fünfhundert politische Gefangene. In dieser Zahl sind Menschewiki, Sozialistenkonterrevolutionäre, Anarchisten, Monarchisten, Faszisten und wie die Freunde der proletarischen Revolution noch alle heißen mögen, mitinbegriffen. In dieser Zahl sind die Gefangenen, die Verurteilten, die Internierten — mit einem Wort — alle wegen politischer Verbrechen Verurteilten mit eingerechnet.

Wir betonen nochmals und ganz ausdrücklich: Die fürchterliche Verfolgung der „Andersdenkenden", der „Sozialisten" drückt sich in einer verhältnismäßig bescheidenen Zahl aus.

Es gibt nur fünfhundert politische Gefangene in der Sowjetunion.

Wie behandelt man die politischen Gefangenen?

Wie leben sie in der „roten Hölle", wie die Aufrufe der Menschewiki so „milde" sagen.

Auf der Solowetzker Halbinsel, wo die „Bolschewiki, diese Henker von unschuldigen Sozialisten, am grausamsten hausen", worüber die meiste Entrüstung geheuchelt wurde, haben die politischen Inhaftierten völlige Selbstverwaltung. Sie bewegen sich den ganzen Tag absolut frei und das Regime in Solowetzk ist der Wunsch und die Forderung aller politischen Gefangenen in Rußland. Das Mitglied des Zentralbureaus der Menschewiki, Wassiliew, der im Susdaler Lager sitzt, hat in Susdal den politischen Gefangenen vorgeschlagen, sofort den Kampf um die Verbesserung der Gefängnisordnung zu beginnen.

„Unsere allgemeine Parole ist klar: Wir wollen das Solowetzker Regime auch in Susdal einführen lassen" — schreibt er an seinen Gesinnungsgenossen.

Und der Bruder Martows, Zederbaum-Lewetzky, meint, daß die Forderung, betreffend Einsetzung des Solowetzker Regimes im Susdaler Lager viel zu weitgehend wäre. „Diese Forderung kann nur als Maximalziel gelten", schreibt er.

Und so schreiben alle Gefangenen in Susdal. Ihre Kampfparole ist: Solowetzker Regime in Susdal.

Allerdings hat die Administration in Solowetzk zugelassen, daß die Familienmitglieder, die die Gefangenen besuchen, eine Woche lang mit den Gefangenen leben können. Nirgends in der Welt kennt die Gefängnisordnung solche Begünstigungen. Es ist nur verständlich, daß dieses Regime auch den übrigen Gefangenen als erwünscht erscheint.

Völlige Selbstverwaltung, wochenlanges Zusammensein mit Familienangehörigen, eine Verköstigung, worüber selbst die Gefangenen keine Klage führen: So schaut es in der „roten Hölle" aus.

•

Die inhaftierte Gruppe der georgischen Menschewiki schreibt an das Mitglied des Zentralburaus der Menschewiki, an Wassiliew:

„Ueber das allgemeine Regime können wir nur wiederholen, daß es niemandem als ein schreiendes Uebel erscheinen kann. Wenn als Antwort auf unseren Hungerstreik zur Prüfung der Verhältnisse auch die den Sowjets am feindlichsten gesinnte Kommission, wenn auch europäische Sozialisten zugelassen würden, so würden sie nur feststellen können, daß das Sowjetsystem und seine Justiz keine schönen Dinge sind, aber das Gefängnisregime in Susdal völlig zufriedenstellend ist."

In Susdal ist also das Regime völlig zufriedenstellend. In Solowetzk ist es noch besser und deshalb wollen sie das Solowetzker Regime erkämpfen.

Wir könnten noch Hunderte von solchen Briefen zitieren oder in Faksimile veröffentlichen.

•

Es gibt also nur fünfhundert politische Gefangene in der Sowjetunion. Diese werden menschenwürdig behandelt, wie überhaupt die Gefängnisordnung in der Sowjetunion eine beispiellos milde und einzig dastehend soziale ist. Die Gefangenen selbst anerkennen, daß sogar die geschworenen Gegner der Rätemacht dies als völlig zufriedenstellend anerkennen müssen. Und die Menschewiki und Sozialistenkonterrevolutionäre in der Emigration, die während des Bürgerkrieges in tierischer Grausamkeit mit Kolischaks und Denikins Banden wetteiferten, heucheln Entrüstung über dieses Regime. Und die Helden der 2. Internationale, die revolutionäre Arbeiter verfolgen, erlassen Aufrufe, fassen Protestresolutionen und lügen den Arbeitern Mordgeschichten und Schauermärchen über die „rote Hölle" vor. Man ist wirklich in Verlegenheit, wie man die Heuchelei und Niedertracht dieser Huliganenbande kennzeichnen soll. Man sucht wirklich vergebens nach Worten, die diese elende Komödie, diese erbärmliche, klägliche Hetzkampagne der internationalen Sozialdemokratie charakterisieren könnten.

Eine Bande von Heuchlern und Verleumdern will mit dieser Hetzkampagne ehrliche Arbeiter gegen die Sowjetunion mobilisieren. Die Arbeiterschaft muß diese Lügen und Verleumdungen mit Ekel und Abscheu von sich weisen.

Noch ein Aufmarschfeld Englands gegen Sowjet-Rußland

Blutige Kämpfe in Afghanistan — Niederlage der konterrevolutionären Rebellen?

(WTB.) London, 10. September.

Nach einer Exchange-Meldung aus Lahore besagen Berichte aus Afghanistan, daß zwei blutige Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Aufständischen im Khost-Gebiet stattgefunden hätten. In dem ersten Gefecht sollen die Aufständischen 800 Tote, im zweiten 500 Tote verloren haben. Die Verluste der Regierungstruppen seien nicht bekannt.

Als wir vor wenigen Wochen die erste Meldung über den ausgebrochenen Aufstand in Afghanistan brachten, kennzeichneten wir diesen als eine konterrevolutionäre Machenschaft, die von den britischen Kolonialräubern unterstützt werde. Die unterdessen eingelaufenen Nachrichten bestätigen diese Auffassung.

Afghanistan hat sich bekanntlich 1919 gewaltsam vom englischen Mutterlande losgelöst und nimmt in bezug auf seine Staatsstellung heute eine ähnliche Stellung wie die Türkei ein. Das ist den englischen Imperialisten nur zu unangenehm. Liegt ihnen doch außerordentlich viel daran, in Afghanistan, das zwischen Indien und Rußland gelagert ist, ein Aufmarschfeld gegen die revolutionäre Rätemacht zu haben. Zu diesem Zweck scheuen sie nicht vor den gemeinsten Intrigen und Hinterhältigkeiten zurück.

So versuchten sie immer wieder, den fortschrittlichen Emir von Afghanistan, Amanulla Chan, dazu zu bewegen, die Sowjetmission aus der Hauptstadt Kabul auszuweisen. Als sich der Emir dessen weigerte, zettelten die Macdonald-Jünger Anschläge auf ihn an und veranstalteten militärische Demonstrationen an der afghanistanischen Grenze. Allerdings ließ sich Amanulla durch all diese Maßnahmen nicht einschüchtern. Während seiner bis jetzt fünfjährigen Herrschaft hat er das Land, das von den Engländern absichtlich vernachlässigt worden war, wirtschaftlich sehr gefördert. Auch auf verkehrstechnischem und besonders kulturpolitischem Gebiete hat er hochbedeutsame Neuerungen eingeführt.

Sie sind den englischen Imperialisten natürlich ein Dorn im Auge. Sie können nur eine unaufgeklärte, rückständige, ohne jegliche Bedürfnisse lebende Kolonialbevölkerung und an ihrer Spitze nur käufliche Subjekte, wie den König Hussein vom Hedschas oder dessen Söhne Faissal von Mesopotamien und Abdullah von Transjordanien, gebrauchen.

Die jetzt von ihnen inszenierten Zusammenstöße sind nicht die ersten ihrer Art. Schon im vergangenen Jahre hetzten sie durch Goldbestechung Stämme gegen die Regierung auf. Und wenn man auch im Augenblick noch keine positiven Nachrichten über die Hintergründe der jetzigen Verschwörung in Afghanistan hat, so beweisen doch schon die äußeren Merkmale der Bewegung, daß es sich um eine englische Mache handelt; denn einmal spielen sich die Zusammenstöße ausschließlich in den an Indien grenzenden afghanistanischen Gebieten ab, wo die englischen Agitatoren leichter hindringen können, zum anderen figurirt unter den von den Aufständischen erhobenen Forderungen ausdrücklich als Hauptpunkt: die Orientierung der afghanistanischen Politik nach England.

Das besagt genug. Macdonald ergreift Punkt für Punkt in nur noch schärferer Form die Maßnahmen, die seine konservativen und liberalen Vorgänger begonnen haben. Sein munteres Kesseltreiben in China genügt ihm nicht, er möchte gleich mehrere Trümpfe gegen Sowjet-Rußland in der Hand haben. Als einen von diesen betrachtet er Afghanistan. Mögen da „Menschenopfer unerhört" fallen — das macht seinem christlich-pazifistischen Gewissen keine Skrupel. Er, der Vorsitzende der 2. Internationale, ist der Regisseur der Konterrevolution in fast allen Ländern der Welt. Und kein Sozialdemokrat erhebt Protest dagegen.

Siegreiche Arbeitskämpfe der französischen Proletarier

(Eig. Drahtm.) Rouen, 10. September.

Die Schiffsgesellschaften haben die Forderungen der seit Wochen kämpfenden Seeleute restlos bewilligt. Daraufhin wurde gestern geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen.

(Eig. Drahtm.) Bordeaux, 10. September.

Nach restloser Bewilligung der Forderungen durch die Unternehmer nahmen die Seeleute die Arbeit geschlossen wieder auf. Sechs Schiffe konnten bereits wieder auslaufen.

(Eig. Drahtm.) Lyon, 10. September.

Nach einem dreiwöchentlichen Kampf haben die Seidenarbeiterinnen in Lyon ihre Forderungen durchgesetzt. Die Unternehmer haben die geforderte Lohnerhöhung und die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit zugestanden, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

(Eig. Drahtm.) Marseille, 10. September.

Der Kampf der Seeleute und Dockarbeiter in Tunis nimmt infolge des provokatorischen Verhaltens der Polizei schärfere Formen an.

(Eig. Drahtm.) Paris, 10. September.

Die Angestellten und Beamten der Pariser Stadtverwaltung und der Provinzialverwaltung des Seine-Departements haben an die Regierung eine Liste von Forderungen eingereicht und im Nichtbewilligungsfalle mit dem Streik gedroht. Darauf wurde eine Kommission zur Untersuchung der Löhne und Gehälter des städtischen und provinzialen Personals eingesetzt.

In einer gemeinsamen Sitzung haben die Vertreter der Angestellten und Beamten ihre Zweifel hinsichtlich der Wirksamkeit eines derartigen Unternehmerverfahrens zum Ausdruck gebracht und ausdrücklich betont, daß sie von ihren Forderungen um nichts zurücktreten werden.

Herriot liefert Lohnerhöhung fordernde Arbeiter an Mussolini aus

(Eig. Drahtm.) Paris, 10. September.

Einige italienische Bauarbeiter, die sich gegen die von den Unternehmern betriebene Vorenthaltung der Hälfte des ihnen zustehenden Lohnes beschwerten, wurden auf Veranlassung des Unternehmers verhaftet. Die Polizei beschlagnahmte den bereits ausgezahlten Teil des Lohnes und lieferte die Gefangenen auf Anordnung des Innenministeriums den italienischen Behörden aus.

Führer der Labour Party gegen die Kommunisten

(Eig. Drahtm.) Hull, 8. September.

In Hull tagte gleichzeitig mit dem Gewerkschaftskongreß auch der Vorstand der Labour Party. In dieser Sitzung wurde beschlossen, daß Kommunisten wohl als Delegierte einzelner Kartelle und Ortsgruppen zu Kongressen der Labour Party und Gewerkschaften aufgestellt werden dürfen; der Vorstand lehnt es aber ab, daß Kommunisten als Parlamentskandidaten der Labour Party aufgestellt werden können. Dadurch soll verhindert werden, daß kommunistische Parlamentskandidaten die Unterstützung der Labour Party erhalten.

•

Die Führer der Labour Party sehen, wie die Kommunistische Partei Englands immer mehr Einfluß bei den Massen gewinnt, und versuchen jetzt nach deutschem Muster, die Kommunisten, wo es irgend geht, auszuschalten. Für die Verbürgerlichung der Labour Party ist es kennzeichnend, daß die leitenden Körperschaften der Arbeiterpartei bisher nicht daran gedacht hatten, sich gegen die Aufstellung von Liberalen, die erst vor einigen Wochen zur Labour Party übergetreten waren, zu wenden.

Naturgeschichte des Sozialpatrioten Smilly. Robert Smilly, britischer Bergarbeiterführer und Abgeordneter der Labour Party, fühlte sich verpflichtet, seine Lebensbeschreibung und Entwicklungsgeschichte der Mitwelt vorzulegen. Die „Times", das Blatt der konservativen Bourgeoisie, schreibt entzückt, in dieser Biographie fühle man den „wahren Nationalismus". Robert sei beileibe „kein verbitterter Internationalist". Dann werden seine verdienstvollen Leistungen im Cricket- und Billardspiel gepriesen. — Zum Oktoberparteitag der Labour Party liegen eine Masse von Resolutionen vor, in denen die Empörung der englischen Arbeiter über die Gala-Uniform der Macdonald-Minister und andere „Anpassungen" an die Hofetikette Seiner Majestät des Königs zum Ausdruck kommt.

Russisch-polnischer Notenwechsel

wegen der Befreiungskämpfe der Weißruthenen in Ostpolen

(Eig. Drahtm.) Moskau, 10. September.

Anläßlich eines Ueberfalles auf die polnische Grenzstadt Stolbze richtete die polnische Regierung an die Sowjetregierung eine Note, in welcher sie behauptet, daß die Banden aus Sowjet-Rußland nach Polen eingedrungen seien, und zwar aus Minsk, wo eine besondere Organisation bestehe, die diese Bandenüberfälle nach Polen organisiert. Die polnische Regierung erwartet von der Sowjetregierung Maßnahmen gegen die Bandenüberfälle.

In der Antwortnote der Sowjetregierung wird die Behauptung energisch widersprochen, daß die Banden die polnische Grenze vom Sowjetgebiet aus überschritten hätten. Die Untersuchung dieser in Minsk keine Organisation auf, von der in der polnischen Note die Rede war. Die Erklärung der polnischen Regierung, als ob die Banden fast täglich die Sowjetgrenze überschritten, ist grundlos.

Die Sowjetbehörde weist die polnische Regierung auf die polnischen Banden hin, die systematisch auf das Gebiet der weißrussischen Sowjetrepublik eindrangen, dort die Bevölkerung terrorisierten und dann wieder auf polnisches Gebiet flüchteten. Die vielen Bandenprozesse während der letzten Zeit gaben der Sowjetbehörde dokumentarische Beweise für die Mitwirkung der Abteilung II des polnischen Generalstabes bei der Bildung dieser Banden, die nach polnischen Pressenachrichten sich hauptsächlich aus demoralisierten Ueberresten der weißgardistischen Abteilung von Sawinkow und anderen zusammensetzten.

Dawes für den amerikanischen Faszismus

In einer Rede während des amerikanischen Wahlfeldzuges bekannte sich der General Dawes, der Friedensengel unserer Sozialdemokraten, als Anhänger des Ku-Klux-Klan, der amerikanischen Faszistenorganisation. Er erklärte, daß der Ku-Klux-Klan die einzige Organisation darstelle, die für Achtung vor dem Gesetz und Schutz der Verfassung sorge. Der Ku-Klux-Klan sei Vertreter des wahren hundertprozentigen Amerikanismus. Der Ku-Klux-Klan beweise, daß im Volke der Wunsch vorhanden sei, von einer energischen Leitung geführt zu werden! Dawes billigte ausdrücklich, daß der Ku-Klux-Klan mehrere Gouverneure von amerikanischen Einzelstaaten verhaftete und absetzte, weil sie nicht Anhänger des hundertprozentigen Amerikanertums seien. Der eine der abgesetzten Gouverneure hatte das Verbrechen begangen, als Rektor einer Hochschule einen Mann einzusetzen, der vielleicht Sozialist war. Dawes billigte ausdrücklich daß der Ku-Klux-Klan für Aufrechterhaltung der Ordnung und Achtung vor dem Gesetz kämpfte.

Der Mann, den die Sozialdemokratie als den Schöpfer des neuen Friedensgedankens feiern, verherrlicht öffentlich die amerikanischen Faszisten, die mit einer Brutalität sondergleichen nicht nur gegen die Arbeiter, sondern gegen alle einigermaßen oppositionellen Elemente vorgeht. Der Ku-Klux-Klan arbeitet mit den bestialischsten Methoden: Teeren, verbrennen, foltern, verschleppen, nackt ausziehen und in die Wüste hinaustagen, unter qualvollen Martern töten, sind die Methoden mit denen der Ku-Klux-Klan die Achtung vor dem Gesetz erzwingt. Es wird nicht lange dauern, dann werden die europäischen Arbeiter auch diese segensreichen Methoden Amerikas am eigenen Leibe verspüren.

Neue Kämpfe um das amerikanische Erdöl

Die englische Petroleumgesellschaft Royal Dutsch hatte im vorigen Jahr ihre Interessen in Nordamerika liquidiert mit der Aufgabe der Roxana-Petroleum-Kompagnie, mit der Aufgabe der Pure Oil Co. Sie nimmt den Kampf nun erneut auf, und zwar richtet er sich gegen die amerikanischen Interessen vor allem in Südamerika und Kanada. Die Royal Dutsch hat ein Vorkaufsrecht von 1 800 000 Acres Petroleumterrain in Peru erworben. Bisher besaß die Standard Oil Rockefellers durch ihre kanadische Untergesellschaft, die International Petroleum Co., die Alleinherrschaft in Peru. Die Royal Dutsch hat nun diese Monopolstellung gesprengt. Gleichzeitig beabsichtigt sie, in Kanada große Tankanlagen und Raffinerien zu errichten, um auch in Kanada erneut den Kampf gegen die Standard Oil zu führen.

In Nordamerika selbst beabsichtigt die Royal Dutsch gleichfalls einen Vorstoß gegen die Standard Oil. Sie versucht eine Verschmelzung mit einer der größten bisher unabhängigen Oelgesellschaften, der Pan American Petroleum Co., die zur Doheny-Gruppe gehört, die ihre Interessen vor allen Dingen in Mexiko besitzt.

Der Kommunismus in Afrika

(WTB.) London, 9. September.

Wie Reuter aus Nairobi (Kenya) meldet, wurde dort der jugoslawische Staatsangehörige John Bukowik, der sich als bolschewistischer Agitator betätigte und über Mombassa nach Kenya gelangte, verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll später als „lästiger Einwanderer" ausgewiesen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0003

Arbeiter=Sport

Reichsjugendwettkämpfe im Stadion

Von der hallischen Schulverwaltung wird uns mitgeteilt:

Nachdem der Unterrichtsminister im Einvernehmen mit dem Reichsbeirat für Leibesübungen den Schulen die Abhaltung von Reichsjugendwettkämpfen zur Pflicht gemacht hat, werden die **hallischen Volks- und Mittelschulen** auch in diesem Jahre eigene **Wettkämpfe** einrichten. Diese sollen am **Donnerstag und Freitag, dem 11. und 12. September, von** 1 Uhr an im Stadion abgehalten werden. Die Eltern der Schüler, sowie alle Freunde des Sports sind zu dieser Veranstaltung freundlich eingeladen.

Peißnitzturnspiele der hallischen Volks- und Mittelschulen.

Die am Sonntag, dem 14. September um 2½ Uhr auf der Peißnitz beginnenden Turnspiele der hallischen Volks- und Mittelschulen erhalten einen besonderen Charakter durch die Bekanntgabe der Sieger in der den Reichsjugendwettkämpfen vom 11. und 12. September. Der Reichspräsident hat den besten Kämpfern Ehrenurkunden in Aussicht gestellt. Daneben sollen 50 Prozent der besten Zwölfermannschaften aus diesen Kämpfen — soweit sie an den Peißnitzturnspielen beteiligt sind — durch eine Ehrenurkunde des Arbeitsausschusses ausgezeichnet werden. Die künstlerisch ausgeführte Urkunde ist von dem hallischen Künstler Karl Eckstein entworfen worden. Der Arbeitsausschuß für die Peißnitzturnspiele bittet alle Zuschauer ebenso dringend wie höflich, die durch Grenzfahnen abgesteckten Spielfelder unter allen Umständen zu achten und nicht zu betreten, damit die Jungen und Mädchen ungehindert dem Spiel sich hingeben können.

Arbeiter-Schwimmverein Halle. Von Donnerstag, den 11. September, an finden unsere Uebungsstunden regelmäßig Donnerstags von 8 bis 9 Uhr im Stadtbad statt. Der Badepreis beträgt für Mitglieder über 14 Jahre 30 Pf. und unter 14 Jahren 15 Pf. Die Mitgliedsbücher und Karten sind stets vorzuzeigen.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Sonntag, den 14. September, finden auf dem Fichteplatz Halle folgende Faustballspiele statt: 8 Uhr: Dieskau — Zwintschöna (Halle); ¾9 Uhr: Halle — Ammendorf (Zwintschöna); ½10 Uhr: Kanena — Nietleben (Dieskau); ¼11 Uhr: Ammendorf — Zwintschöna (Nietleben); 11 Uhr: Halle gegen Dieskau (Ammendorf); ¾12 Uhr: Nietleben — Ammendorf (Kanena); ½1 Uhr: Kanena — Zwintschöna (Nietleben); ½2 Uhr: Nietleben — Halle (Dieskau); 2 Uhr: Kanena — Dieskau (Halle). Unpünktliches Antreten einer Mannschaft Punktverlust. Jede Mannschaft hat einen Ball und Spielformulare mitzubringen. Die Vereine in Klammern stellen Schiedsrichter.

TV. Die Naturfreunde. Im Rahmen des Jahresfestes am 14. September findet vormittags in Passendorf ein Sportfest statt. Nachstehend das Programm: 1. 100-Meter-Laufen; 2. Speerwerfen; 3. Weitsprung; 4. Kugelstoßen; 5. 800-Meter-Laufen. Jede Konkurrenz wird in drei Abteilungen ausgetragen: für jugendliche, weibliche und männliche Mitglieder. Als 6. steigt eine Propagandastafette durch Passendorfs Straßen mit je acht bis zehn Läufern. Wir hoffen, daß sich recht viel Genossen auch an dieser Frühveranstaltung beteiligen. Die verschiedenen Gruppen oder Einzelpersonen, welche Meldungen abzugeben beabsichtigen, wollen dies schon jetzt tun, um eine reibungslose Abwicklung des Programms zu ermöglichen.

Wassersport in Döllnitz. Der Kanu-Verein Döllnitz hat es verstanden, sein am Sonntag veranstaltetes Wassersportfest zu einem wahren Volksfeste zu gestalten. Ueber 300 Zuschauer umsäumten am Nachmittag die Ufer der hochgehenden Elster. Die starke Beteiligung der Schkeuditzer Schwimmer fiel besonders auf. Wo war aber Halle? Nach einbrechender Dunkelheit fand ein Lampionreigen der Kanufahrer statt, welcher großartig ausfiel und die ganze Gemeinde auf die Beine brachte. Männerbrustschwimmen: 1. Wassersportverein Schkeuditz, 2. Schkeuditz. Seitenschwimmen, 100 Meter: 1. Wassersportverein Schkeuditz. Männerrückenschwimmen: 1. Wassersportvereinigung Schkeuditz, 2. ASV. Halle. Jugendbrustschwimmen: 1. ASV. Merseburg, 2. ASV. Merseburg. Rückenpaddeln, 100 Meter: 1. Wassersportvereinigung Schkeuditz, 2. ASV. Halle. Frauenbrustschwimmen, 100 Meter: 1. Wassersportvereinigung Schkeuditz. Kanurennen: 1. Wassersportvereinigung Ammendorf 1923, 2. Kanu-Verein Döllnitz, 3. Wassersportverein Ammendorf 1923.

Sportverein Wörmlitz. Sonntag, den 7. September, spielte die erste Elf gegen Wacker-Eisleben und gewann 7 : 3. Es entwickelte sich nach Anstoß sofort ein flottes Spiel. Wörmlitz drückt hart auf Eislebens Tor, doch die Verteidigung klärt gut auf, bereits nach 8 Minuten kann Wörmlitz durch scharfen Schuß einsenden. Aber Eisleben gleicht durch Elfmeter aus. So wandert der Ball rauf und runter, aber allmählich fiel Eisleben dem Tempo Wörmlitz doch zum Opfer, denn der Sturm der Wörmlitzer verfügte über einen gesunden Torschuß und die Hintermannschaft arbeitete sicher. Die zweite Elf spielte gegen Teicha 1. und mußte sich mit 4 : 3 geschlagen bekennen, es war ein sehr schönes Spiel, aber die Wörmlitzer hätten unbedingt ausgleichen müssen. Es fehlte ihnen besonders an Torschuß, welcher auf der Gegenseite besser ausgenutzt wurde. Die erste Mannschaft der Handballabteilung des Turnvereins spielte gegen Sportklub Adler und gewann nach flottem Spiele sicher mit 5 : 0.

Keglervereinigung Halle, „Volkspark“. Spiele vom Sonntag, dem 7. September: Resultat für 1. Mannschaft 4832 Holz, für Teicha 4850 Holz, 18 Holz für Teicha. Als bester Kegler der 1. Mannschaft ging der Kegelbruder Joh. Werner bei 100 Kugeln mit 509 Holz hervor, und Teicha der Kegelbruder Brauer bei 100 Kugeln mit 550 Holz hervor. Spiele am Sonntag, dem 14. September: 4. Mannschaft gegen Döllnitz von 8 bis 1 Uhr; 2. Mannschaft gegen Oberteutschenthal von 1 bis 6 Uhr; 3. Mannschaft gegen Teicha in Teicha, Treffpunkt 7 Uhr, Glocke, Trotha; 6. Mannschaft gegen Wettin in Wettin. Treffpunkt 7 Uhr, Glocke, Trotha. Laut Versammlungsbeschluß haben sämtliche Klubs pro Mitglied 1 Mark Pflichtbeitrag bis spätestens 3. Oktober und 10 Pfennig Bundesbeitrag bis 12. September an den Kassierer Paul Reinhardt abzuliefern.

Arbeiter-Sportkartell Merseburg. Freitag, den 12. September, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Funkenburg“ unsere Sportkartellsitzung statt. Alle dem Sportkartell angeschlossenen Sportvereine sind hiermit nochmals eingeladen.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Diemitz. Freitag abend erste Turnstunde 7 bis 8 Uhr. Kinder Treffpunkt Schulplatz. 8 bis 10 Uhr Frauen und Männer. Neuanmeldungen werden dortselbst angenommen.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Distrikt 10. Mittwoch, 10. September, abends ½8 Uhr, im „Dreibund“: **Alle Funktionäre zu einer kurzen Besprechung.**

Oberbezirk Süd. Sämtliche Genossen und Genossinnen, welche Mitglied des Allgemeinen Konsumvereins sind, treffen sich Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, in „Löfts Hof“ zu einer kurzen Besprechung.

Distrikt 4. Freitag, 12. Sept., abends 8 Uhr, „Goldene Kette“: **Distriktsversamml.**

Halle-Saalkreis

Döl.au. Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, bei Dierschke: **Mitgliederversamml.** Erscheinen aller dringend notwendig.

Gutenberg. Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, bei Bertam: **Mitgliederversf.**

Saalkreis. Freitag, 12 September, abends 8 Uhr, in der „Produktiv“: **Kreisfunktionärkonferenz.**

Mansfelder Seekreis

Wimmelburg. Sonnabend, 13. September, abds. 8 Uhr, bei Scharfe: **Mitgliederversf.**

Alsleben und Belleben. Sonnabend, 13 September, abds. 8 Uhr, bei Beinhorn: **Mitgliederversammlung.**

Eisdorf. Sonnabend 13 September, abends 7½ Uhr, im „Deutschen Haus“: **Mitgliederversammlung.**

Ober-, Unterröblingen. Freitag, 12. September, abends 7½ Uhr, bei Henze: **Mitgliederversammlung.**

Helbra. Sonntag, 14. Sept., abends 8 Uhr, „Tanne“: **Mitgliederversammlung.**

Volkstedt. Sonntag, 14. Sept., nachm. 2 Uhr, bei Deutsch: **Mitgliederversammlung.**

Eisleben. Sonntag, 14. Sept., abends 8 Uhr, „Volkshaus“: **Mitgliederversammlung.**

Augsdorf. Sonntag, 14. Sept., abends 8 Uhr, bei Trapp: **Mitgliederversammlung.**

Wolferode. Sonntag, 14. September, abends 8 Uhr, „Zur Linde“: **Mitgliederversf.**

Kreisfeld. Sonntag, 14. Sept., abends 8 Uhr, bei Hamann: **Mitgliederversamml.**

Gerbstedt u. Heiligenthal. Sonntag, 14. September, nachm. 3 Uhr, „Goldenen Ring: **Mitgliederversammlung.**

Erdeborn. Sonntag, 14. Sept., abds. 7½ Uhr, „Weißes Roß“: **Mitgliederversamml.**

Hergisdorf. Sonntag, 14. Sept., abends 8 Uhr, bei Hörning: **Mitgliederversamml.**

Unterrißdorf. Sonntag, 14. Sept., abds. 8 Uhr, „Kirschbaum“: **Mitgliederversamml.**

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen. Sonnabend, 13. September, nachm. 4 Uhr, „Herrenkrug“: **Kreisfunktionärkonferenz.**

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag, 11. September, im „Volkshaus“: **Eisenbahnerversamml.**

Weißenfels. Sonnabend, 13. Sept., abends 8 Uhr, „Volkshaus“: **Oeffentl. Volksvers.**

Hohenmölsen. Sonnabend, 13. Sept., nachm. 4 Uhr, bei Kupsch: **Mitgliederversamml.**

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“: **Kreisfunktionärkonferenz.**

Greppin. Mittwoch, 10. September, abds. 8 Uhr, bei Schmidt: **Mitgliederversamml.**

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“: **Eisenbahnerversf.**

Delitzsch. Sonnabend, 13. Sept., abds. 8 Uhr, „Lindenhof“: **Kreis-Funktionärkonferenz.**

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 10. September, abds. 8 Uhr, bei Freudenberg: **Frauenabend.**

Delitzsch. Freitag, 12. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“: **Eisenbahnerversf.**

Wittenberg. Freitag, 12. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.**

Klein-Wittenberg-Piesteritz. Donnerstag, 11 September, abds. 7 Uhr, im „Schützenhaus“: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Zahna. Sonnabend, den 13. September, abends 7½ Uhr, im „Thüringer Hof“: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Kemberg. Sonnabend, 13. September, abends 7½ Uhr, in der „Weintraube“: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Schmiedeberg. Sonnabend, 13. September, abends 7½ Uhr, im „Schützenhaus“: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Pratau. Sonnabend, 13. September, abends 7½ Uhr, bei Gödicke: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Reinsdorf-Dobien. Sonnabend, 13. September, abends 7½ Uhr, in der Obstweinschenke: **Oeffentliche Volksversammlung.**

Kreis Zeitz

Rasberg. Mittwoch, 10. September, abends 8 Uhr, im „Schweizergarten“: **Oeffentl. Volksversammlung.**

Kretzschau. Donnerstag, 11. September, abends 8 Uhr, in Topels Gasthof: **Oeffentl. Volksversammlung.**

Crossen. Freitag, 12 September, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Ecke“: **Oeffentl. Volksversammlung.**

Zeitz. Sonnabend, 13. September, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“: **Kreisfunktionärkonferenz.**

Aue. Sonntag, 14. Sept., nachm. 3 Uhr, „Deutsches Haus“: **Mitgliederversammlung.**

Theißen. Sonntag, 14. Sept., abends 8 Uhr, „Blauer Stern“: **Mitgliederversamml.**

Kreis Naumburg

Naumburg. Sonnabend, 13. September, abends 8 Uhr, „Goldenen Hahn“: **Kreisfunktionärkonferenz.**

Klosterhäseler. Sonntag, 14. Sept., abds. 8 Uhr, „Weißes Roß“: **Mitgliederversamml.**

Kreis Torgau

Lichtenburg. Sonnabend, 13. September, abends 8 Uhr: **Oeffentl. u. Mitgliederversf.**

Annaburg. Sonntag, 14. Sept., abds. 8 Uhr, „Bürgergarten“: **Mitgliederversamml.**

Großtreben. Sonntag, 14. Sept., vorm. 10 Uhr, bei Schubert: **Mitgliederversamml.**

Naundorf. Sonntag, 14. Sept., nachm. 3 Uhr, bei Müller: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Liebenwerda

Mühlberg. Sonnabend, 13. Sept., abends 8 Uhr, „Bürgergarten“: **Oeffentl. Volksvers.**

Liebenwerda. Sonntag, 14. September, vorm. 9 Uhr, im „Schützenhaus“: **Kreisfunktionärkonferenz.**

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle

Ortsgruppe Halle. Sämtliche Werbebezirks-Abteilungsführer und Vorstandsmitglieder treffen sich Donnerstag abend pünktlich 7 Uhr zu einer kurzen wichtigen Besprechung im „Volkspark“.

Halle. Spielleute Mittwoch ½7 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft“.

Saalkreis

Queis. Mittwoch, 16. Sept., abends 8 Uhr, bei Seidewitz: **Gründungsversammlung.**

Dieskau. Donnerstag, 11. September, abends 8 Uhr: **Gründungsversammlung.**

Zscherben. Sonnabend, 13. September, im „Goldenen Herz“: **Gründungsversamml.**

Könnern. Donnerstag, 11. September: **Pflichtversammlung.**

Kreis Merseburg

Neumark. Mittwoch, 10. September, im Lokal Schumann: **Mitgliederversammlung.**

Kreisvorstand RFB.

Ufa-Theater
Walhalla-Lichtspiele
Täglich der große Erfolg!
Hanna Bertram, Elli Arndt
Willi Ernst, Artur Wilke
in dem Possenspiel mit Gesang
Guten Morgen, Herr Fischer!
Ferner:
Das ergreifende Filmwerk
Wenn der Sturm verbraust
Ein Drama von Sturm und Sturmesnot in 5 Akten
2645 Beginn 4.30

Damen-Handtaschen
in nur solider Ausführung
Aktenmappen, Schulmappen, Brieftaschen :: Zigarrentaschen :: Geldschein- und Reisetaschen empfiehlt
Max Fischer, Sattlermeister
Mittelstraße 2 [281

Schreibwaren
Schulbücher
Schultafeln usw.
empfehlen die
Volksbuchhandlungen

Nach wie vor
kaufen Wiederverkäufer vorteilhaft
Schokoladen, Keks
Kakao, Bonbon
sowie alle anderen Süßigkeiten
bei der bekannten 270
Schokoladen-Spezial-Großhandl.
Willy Voigt
Halle, Markt 6,
vorm. Bachran & Co.,
Ecke Schülershof. Tel. 4736

Stadt-Theater
Donnerstag, 6½ U.
„Tristan und Isolde“
Tristan: Lölgen
Isolde: Günzel-Dworski
Brangäne: Böhmer
Marke: Timäus
Kurwenal: Kerzmann
Melot: Böhmer
Freitag 7 Uhr:
„Faust“ 2643

Pianos
Harmoniums
Sprechapparate
Lüders, Mittelstr. 9/10.

Eleg. Straßenrenner
sowie 2 guterhaltene
Muschelbetten
spottb. zu verkauf.
Zu erfr. Lerchenfeldstr. 14, Buchhdlg

10 große Futterschweine,
80-160 Pfd. schwer,
abzugeben *573
Trothaer Str. 4

Kaufe Kanarien-
Hähne und -Weibchen
Zahle 5 Mk. u. höher
Fritz Tischler
Breitestr. 20
Telephon 3411 969

Felle
Häute, Wolle
kauft 267
A. Weise
Rannischestr. 1
Tel. 1667

Schlafzimmerschränke
in hell und dunkel
hohe Bettstellen mit und ohne Matratzen, Waschkommoden, einzelne Küchenbüfett, komplette Küchen, alle Möbel sind dauerhaft gearbeitet, auch ungestrich. zu haben und sehr preiswert
Max Jungblut 2644
Albrechtstr. 37.

874 Morgen,
Donnerstag:
Frische Wurst
Adolf Schumann,
Zeitz,
Kramerstraße 12.

Zeitungsträger
für Clobigkau per sof. gesucht.
Meldungen beim Gen. Haubenreißer, Gehüfte bei Mücheln.

Zeitungsträger
für Wiehe (Bezirk Halle) für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn Fr. Nestler in Wiehe melden.

Partei-schriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung.

Zeitungsträger
für Oberröblingen a. Helme für sofort gesucht. Zu melden bei
Otto Schütze

Bekanntmachung

Die **Beiträge für die Erwerbslosen-Fürsorge** sind mit Wirkung vom 1. September 1924 auf $1^1/_2$ **vom Hundert des Grundlohnes** festgesetzt

Weißenfels, den 2. Septbr. 1924

Allg. Ortskrankenkasse d. Landkr. Weißenfels
Blechschmidt
Landkrankenkasse d. Landkreises Weißenfels
900 Thimey.

2641 **Heute Schlachtefest**
im „Glauchaer Stübchen“, Glauchaer Str. 75, Fr. Hildebrandt

Frankes
Schmalzkuchenbäckerei
ist wieder vertreten und empfiehlt:
F. Spritzkuchen, Berliner Pfannkuchen, Königsberger Storchnester, Dresdner Sprungfedern und heiße Schmalzkuchen zu jeder Tageszeit

Todesanzeige

Am Dienstagmorgen ½9 Uhr entschlief nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater, Schwager und Onkel, der Schuhmacher

Wilhelm Eisenkrämer

im 66. Lebensjahre

Weißenfels, Klingenplatz 5, den 9. Sept. 1924

Dies zeigt im Namen aller Hinterbliebenen schmerzerfüllt an 899

Witwe Luise Eisenkrämer geb. Dornblut

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag ¾2 Uhr vom Friedhof aus statt

Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden meiner geliebten Frau, unserer plötzlich von uns gerissenen herzensguten, treusorgenden Mutter, sagen wir allen auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Insbesondere dem Genossen Kroh für die anerkennenden Worte, dem Ammendorfer Frauenchor, dem Kollegen der Bergmannssiedlung für die finanzielle Hilfe, der Ortsgruppe der KPD. und des Bergarbeiter-Verbandes, sowie allen denen, welche ihr die letzte Ehre erwiesen.

Ammendorf, d. 9. Sept. 1924

*572 Der trauernde Gatte
Hans Heinitz nebst Kindern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Nach London

Ströbel hat gesprochen. Das „Volksblatt" hat seinen großen Tag gehabt. Und was vorauszusehen war, ist eingetroffen: er ist noch immer ebensowenig revolutionär wie im Herbst 1918 und im Frühjahr 1919, wo an ihm nichts anderes rot war als seine Filzpantoffel. Er nimmt erst einmal Hermann Müller in Schutz, weil der Sozialisierung als Quatsch bezeichnet hat. Er schließt sich — natürlich — diesem Standpunkt unbedingt an. Denn, meint er, und versucht es eifrig zu belegen, den Arbeitern wird es nach der Sozialisierung so schnell nicht besser gehen. Aber:

„Wäre der Entwurf im Anfang des Jahres 1919 eingebracht worden, so hätten die Kommunisten noch den guten Glauben für sich in Anspruch nehmen können."

Den guten Glauben hatten also die Sozialdemokraten Anfang 1919 auch nicht einmal, trotz der vielen schönen Plakate, die verhießen:

Die Sozialisierung marschiert.

Und weil dieser unerhörte Volksbetrug damals von den Leuten wie Heinrich Ströbel und Hermann Müller verübt wurde, ist es jetzt für das deutsche Proletariat so unendlich schwer, ans Ziel zu kommen. Nicht an das Ziel des sozialdemokratischen Ministersessels und Landratspostens, der sozialdemokratischen Bürgermeister mit Gehaltspensionierung auf Lebenszeit — wie es Leinert erreicht hat, den wir ja im Wahlkampf das Vergnügen hatten, in Halle als Kommunistenfresser schlimmster Sorte kennenzulernen.

Und weil durch Sabotage, Betrug und Verbrechen der Sozialdemokratie der Weg des Proletariats so furchtbar schwer geworden ist, warnt Ströbel im „Volksblatt" davor, ihn überhaupt zu beschreiten. **Wohin die Arbeiterschaft sonst gehen soll, sagt er nicht.** Er wird seine guten Gründe dafür haben, hauptsächlich den, daß die heutige Ausbeutungsgesellschaft als erhaltenswert anzupreisen ihm nicht geheuer ist. Sonst würden die hallischen Proleten merken, wie der Hase läuft, und der ganze schöne Propagandaartikel wäre umsonst geschrieben.

*

In den hallschen bürgerlichen Zeitungen raufen sie sich noch über Annahme oder Nichtannahme. Sie sind aber ganz schlau — weil sie die Dummheit ihrer Leser richtig einzuschätzen wissen. In der Politik heißen sie das Ja-Sagen der Deutschnationalen gut, im lokalen Teil werfen sie sich Duesterberg in die Arme. Die „Allgemeine Zeitung" sog am Sonntag „Mit dem Stahlhelm nach Braunschweig".

„Aus dem Gau Halle fanden sich etwa 1000 Teilnehmer ein. — — Nach der Verpflegung in Helfts Garten trat der Gau Halle 1.30 Uhr mittags an und marschierte zum Hauptsammelplatz auf dem Franzischen Felde. — Ein Fragen durchschwirrte die Luft. Welche Ortsgruppe? Halle! Halle?? Und dann folgten brausende Bravos und Hochrufe, es regnete Blumen. Nach ungefähr zwei Stunden Umzug erfolgte auf dem Löwenwall der Vorbeimarsch vor den Bundesführern, Kamerad Seldte und Kamerad Duesterberg."

Sonntag nacht zogen die tapferen Stahlhelmausflügler, teils mehr, teils weniger angeheitzt, mit Heitzebrühl, das aber nicht sehr melodisch klang, durch die Heimatstadt. Das schreibt aber die „Allgemeine Zeitung" nicht.

Neue Zabels

Der Polizeibericht teilt mit: Unter der Bezeichnung eines angeblich hier bestehenden nationalsozialistischen Kampfbundes „Wiking" haben zehn männliche Personen seit Mai d. J. insbesondere die Landesbevölkerung in einer systematischen und schamlosen Weise um Beträge geprellt, die eine ansehnliche Summe erreichten. Die Leute gingen mit gefälschten Listen zu Werke und haben gezahlte Beträge in höhere umgewandelt, um die Bevölkerung zur Zahlung höherer Beträge anzuspornen. Angeblich sollte das Geld zur Beschaffung von Uniformen und militärischen Ausrüstungsstücken verwandt werden. Das Geld haben aber die Sammler für sich verwandt und in Gastwirtschaften mit ihrem Anhange verpraßt. Dem weiteren Treiben dieser Leute ist durch ihre Festnahme und ihre Zuführung zum Amtsgericht ein Ende bereitet worden. Die Bevölkerung sei hiermit vor solchen Sammlern gewarnt.

Der Vorsitzende einer hier angeblich bis Ende März d. J. bestandenen „Jungsturm-Abteilung 36" hat bei der Landbevölkerung einen Betrag von 510 Mk. gesammelt. Für die „Jungsturm-Abteilung 36" will er 30 Mk. und den Rest von 480 Mk. für sich verbraucht haben. Seinem Treiben ist durch Abgabe der Anzeige an die Strafverfolgungsbehörde Einhalt geboten worden. Auch in diesem Falle warne ich die Bevölkerung vor solchen schwindelhaften Sammlern.

Wir werden noch ausführlich auf die völkischen Schweinereien zurückkommen.

Der politische Jahrmarkt

Wir haben ja eigentlich einen ständigen politischen Jahrmarkt, auf dem sich genügend Kasper, Affen, Gaukler, Zauberkünstler, Haarmänner und ähnliche menschliche Abnormitäten tummeln, aber auch der zurzeit in Halle stattfindende Jahrmarkt war gestern in den Abendstunden durch den Besuch einiger Harlekine zu einem politischen geworden.

Es ist ja in den Kreisen nachdenkender Leute bekannt, daß Menschen, die irgendeine nationale Seite an sich selbst entdeckt haben, sei es nun durch ihren „ar'schen" Namen oder durch ihr kleines Gehirn, daß also solche Menschen sich kolossal für Drehscheiben interessieren. Bewiesen ist das ja auch durch die Drehscheibenpolitik der deutschnationalen Reichstagsfraktion anläßlich des Londoner Abkommens. Also diese völkisch-nationalen Teutonen fanden auf dem Jahrmarkt in Gestalt von Sempts Karussell reichlich Gelegenheit, ihren großen Führern von der politischen Drehscheibe nachzuahmen. Nun haben wir aber in Halle leider noch eine andere Menschenrasse, nämlich die Männer vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, welche auf Drehscheiben noch besessener als die erstterwähnten und mit den Ar'schen nun aber auch verfeindet sind. So ist es denn erklärlich, daß man bei Benutzung desselben Karussells aneinander gerät, um so mehr, wenn die Schwarz-Rot-Goldenen geschlossen und in Uniform kommen und glauben, nun den Jahrmarkt dadurch beherrschen zu können.

So entstand denn auf dem Jahrmarkt gestern abend eine wüste Schlägerei zwischen **Stahlhelm-, Wehrwolfleuten und den Angehörigen des Reichsbanners.** Interessant war es hierbei, zu beobachten, wie groß der Einfluß der Schwarz-Rot-Goldenen auf die Schupo ist.

Sobald sie in Gefahr waren, pfiffen sie, und die sofort erscheinende Schupo nahm die Personen fest, welche ihnen von den Holzhelmleuten bezeichnet wurden. Da die Schlägereien an Umfang immer weiter zunahmen, gebot die Polizei kurz: Feierabend, ließ den Platz räumen und begleitete einige Teilehmer bis in das Stadtinnere.

Nee, nee, diese Sipo! Erst so und nun so?? Sollte der Verstand gewachsen sein? Wenn ja, wünschen wir weiteres Wachsen und Gedeihen. Vielleicht können wir dann auch bald einmal unter dem Schutze der Sipo auftreten. Unser Glaube ist natürlich sehr, sehr klein. Ja, wenn man dort nachdenken könnte?!

Der Fall des Lehrers Kuntze

Im „Klassenkampf" vom 2. September brachten wir eine kurze Betrachtung über den Zustand in der Friesenschule. Wir erhalten dazu folgende Berichtigung, die uns ein Elternbeiratsmitglied nach Rücksprache mit dem Lehrer Kuntze übersendet:

„Es trifft nicht zu,

1. daß der Schüler Hoffmann geschlagen worden ist, weil er gebeten habe, drei Minuten vor Schulschluß austreten zu dürfen.
2. Daß der Schüler bestraft worden sei, weil er dem Fach-Religionsunterricht nicht gefolgt habe.
3. Daß der Lehrer Herr A. Kuntze den Schüler blutigeschlagen habe.

Der Schüler Hoffmann hat vier Stockschläge bekommen, weil er durch andauerndes störendes Schwatzen, trotz mehrmaliger Verwarnung, dauernd den Fach-Religionsunterricht des Herrn Lehrers Kuntze in der Klasse 3b störte.

Der angeblich blutunterlaufene Schlag über den Rücken ist auf eigenes Verschulden des Schülers zurückzuführen, weil er sich bei Erteilung der Züchtigung aufzurichten versuchte.

Von Sadismus kann überhaupt keine Rede sein, denn eine einfache und wohlverdiente körperliche Züchtigung ist noch lange nicht einer Prügelstrafe, als Ursache sexueller Entartung gleichzusetzen.

Donnerstag, den 11. Sept., im „Volkspark"

Mitgliederversammlung

Thema:

Wie machen wir die Gewerkschaften und Genossenschaften zu revolutionären Massenorganisationen?

Bedenkt man, daß in einer Klasse 50 und mehr Schüler, fast alle in den Flegeljahren, gleichzeitig unterrichtet werden sollen, was heute keine Kleinigkeit ist und hohe Anforderungen an die pädagogischen Fähigkeiten des Lehrers stellt, so kann man sich vorstellen, daß nicht immer mit Güte auszukommen ist und auch einmal zum Stock gegriffen werden muß, um die Autorität aufrechtzuerhalten.

*

Diese Berichtigung ist schon in ihrem wesentlichen Punkt widerspruchsvoll. Einmal wird davon gesprochen, daß der Schüler Hoffmann überhaupt nicht blutig geschlagen sei; andererseits wird zugegeben, daß der blutunterlaufene Schlag über den Rücken auf eigenes Verschulden des Schülers zurückzuführen sei, „weil er sich bei Erteilung der Züchtigung aufzurichten versuchte". Kein Wunder, daß ein Kind unter solchen Schmerzen nicht stillhalten kann und versucht, sich aufzurichten, und der Lehrer leitet mit unglaublicher Roheit die Berechtigung, **von eigenem Verschulden des Schülers** zu sprechen. Dies ist ein besserer Beweis als unser erster Artikel, den die Berichtigung des Lehrers an Ausführlichkeit bei weitem übertrifft.

Daß im kapitalistischen Staat der Lehrer nicht Freund und Berater, sondern in den weitaus meisten Fällen absoluter Gegner des Kindes ist, geht auch aus der Art hervor, wie von den Flegeljahren gesprochen wird und wie die Selbstverständlichkeit der Prügelstrafe in diesem „Jahrhundert des Kindes" noch nicht im geringsten angetastet worden ist. Wir geben zu, daß es für einen Lehrer sehr schwer ist, fünfzig und mehr Schüler auf einmal zu unterrichten. **Das aber ist nicht die Schuld der Kinder, sondern die des kapitalistischen Staates, der durch seine Schulsysteme die Lehrer zu Prügelhelden geradezu erzieht.** Wenn wir Einzelfälle herausgreifen, so tun wir das nicht, um zu demonstrieren, daß irgendein Mensch einen besonders schlechten Charakter hat. Wir tun es, um aufzuzeigen, daß, solange das kapitalistische System besteht, der Lehrer ein Feind des Kindes sein muß, wenn er sich diesem System widerstandslos fügt. Es gibt freilich auch Lehrer, die sich nicht widerstandslos fügen. Aber für die hat man ja das famose Abbaugesetz.

18. Volksparkkonzert

Der gestrige Abend bildete den Abschluß der so beliebten Sommerkonzerte. Den ersten Teil füllte Bruckners Sinfonie Nr. 2, C-Moll, aus. Den zweiten Teil beherrschte Beethovens Sinfonie Nr. 2, D-Dur. Diese beiden Sinfonien wurden gut vorgetragen. Leider zeigte das so zahlreich erschienene Publikum während der Aufführung der Sinfonien ziemliche Unruhe. Das ist leicht erklärlich, ein Arbeiter, der tagsüber geschuftet hat, kann diesen Sinfonien nicht soviel Aufmerksamkeit widmen als ein Bourgeois. Das kann sich Herr Platz natürlich nicht denken. Der dritte Teil Schlesische Lieder, Solo für Violinen von Wilse. Solisten Konzertmeister Wittek und Voß. Diese beiden Künstler gaben wirklich ihr Bestes her. Dieselben wurden durch anhaltenden Beifall reichlich belohnt. Nicht durch Blumen! „Geschichten aus dem Wiener Wald" von Strauß bilden den Abschluß des „Sinfonie-Schlußkonzertes". Hingewiesen wurde auf folgendes: „Mit dem heutigen Konzert ist die Sommerkonzert-Serie geschlossen, und sollte es möglich sein, so ist beabsichtigt, im kommenden Winterhalbjahr die Konzerte fortzusetzen." Hoffentlich! P. H.

* **Volksbühne.** Einlösung der zweiten Beitragsmarken für die erste Reihe. Als zweites Werk wird „Die Fahrt nach Orplnd" von Wilhelm Schmidtbonn gegeben. Spieltage: Mittwoch, den 17. September (Theatergemeinde G, Einlösungstermin 8. bis 12. September); Montag, den 22. September (H, Einlösungstermin 8. bis 15. September); Montag, den 29. September (J, Einlösungstermin 8. bis 16. September); Donnerstag, den 2. Oktober (L, Einlösungstermin 8. bis 16. September). Die Mitglieder werden gebeten, die Einlösungstage pünktlich einzuhalten. — Die „Tristan"-Aufführung für Theatergemeinde A am Donnerstag, dem 11. September, beginnt pünktlich 6½ Uhr.

* **Die Zentralbibliothek („Volkspark"), Burgstraße 27, steht allen politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und deren Angehörigen zur Verfügung.** Beim ersten Besuch ist das Mitgliedsbuch vorzulegen. Die Einschreibegebühr beträgt 10 Pf. Katalog mit Nachtrag kostet 20 Pf. Zur Bestreitung der Unkosten leistet jeder Leser pro Monat 10 Pf. Beitrag. Dafür hat der Leser das Recht der freien Benutzung der Bücherei. Die ersten 14 Tage wird keine Lesegebühr erhoben; wenn Fristverlängerung beantragt wird, auch die nächsten 8 Tage nicht. Nur wenn das Buch über diese Zeit hinaus behalten wird, ist pro Buch und Woche 5 Pf. zu zahlen. Die Bücherei umfaßt rund 5000 Bände.

* **Vorsicht bei Annahme von 10-Rentenmarkscheinen.** In letzter Zeit sind in Halle und anderen Städten falsche 10-Rentenmarkscheine angehalten worden. Sie sind durch einen den echten Scheinen zwar auffallend ähnlichen, in der Ausführung jedoch mangelhaften Druck gekennzeichnet. Das zu den Falsifikaten verwendete Papier enthält Wasserzeichen, das aber im Muster von dem der echten Scheine erheblich abweicht. Auch falsche Dollarnoten über 4,20 und 21 Mk. Gold-Reichsbahngeld, die sich ebenfalls von den echten Noten durch mangelhaften Druck unterscheiden, sind hier mehrfach aufgetaucht, ebenso falsche 3-Markstücke teils mit, teils ohne Randprägung. Auch bei Annahme dieser Scheine bzw. Münzen ist größte Vorsicht geboten.

* **Kommunistische Metallarbeiter, Holzarbeiter, Verkehr.** Die für Donnerstag angesetzte Sitzung findet nicht an diesem Tage, sondern am Freitag, dem 12. September, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft statt.

* **Kommunistische Funktionäre der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Ortsgruppe Halle.** Am Donnerstag, dem 11. September, abends 6 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine Sitzung der Funktionäre der Union, soweit sie der Kommunistischen Partei angehören, statt. Der Zutritt ist nur gestattet gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches der KPD. In der Sitzung sollen die Beschlüsse des dritten Gewerkschaftskongresses und ihre Anwendung behandelt werden. Pflicht eines jeden Funktionärs der Union, soweit er Kommunist ist, ist es, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

* **Kommunistische Jugend.** Alle Jugendgenossen, welche noch im Besitz von Jugendtagsabzeichen sind, werden ersucht, dieselben bis Mittwoch abend im Jugendbureau abzurechnen. **Mittwoch abend** 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft **Vorstandssitzung.** Alle Funktionäre besuchen heute abend die Funktionärsitzung der Partei.

* **T.-V. „Die Naturfreunde".** Alle auf dem **kommunistischen Boden stehenden Mitglieder des T.-V. werden ersucht, sich morgen, Donnerstag, abend um 7 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft" zu** einer Besprechung einzufinden.

Aus der Provinz

Für die „Rote Hilfe"!

Korporativer Beitritt der Arbeiterradfahrer Reideburgs

Der **Arbeiter-Radfahrer-Verein Reideburg** beschloß in seiner letzten Versammlung, sich **korporativ der „Roten Hilfe" anzuschließen.** 25 Prozent der Mitgliedsbeiträge werden monatlich der „Roten Hilfe" zugeführt.

*

Bildung eines Ortskomitees in Kelbra

Aus Kelbra wird uns berichtet:

Am Sonnabend fand eine **Sitzung aller Vereins- und Verbandsvorstände** statt. Die Sitzung war einberufen vom Vorstand des Ortsausschusses des ADGB. zwecks Bildung eines **Ortskomitees für die „Rote Hilfe".** Es waren Delegierte erschienen von allen Vereinen und Verbänden mit Ausnahme des Bauarbeiterverbandes. Der **Arbeiter-Turnverein** und der **Gesangverein** hatten schon in vorausgegangenen, stark besuchten Mitgliederversammlungen **einstimmig den korporativen Beitritt zur „Roten Hilfe" beschlossen.** Auch die **Belegschaft der Bierbrauerei,** die 95 Prozent ihres Verbandes ausmachen, hatten **einstimmig den Beitritt beschlossen.** Die letzte Holzarbeiterversammlung konnte wegen schwachen Besuchs keine Abstimmung vornehmen, da aber am folgenden Tage die Belegschaft des größten Betriebes ihren Beitritt beschloß, schloß sich der Vorsitzende der Zahlstelle ohne Bedenken dem Komitee, welches gebildet wurde, an. Die übrigen Organisationen hatten noch keine Stellung dazu genommen. Dies wird jedoch in der nächsten Zeit geschehen. An die Mitglieder des Landarbeiterverbandes, an die Bauarbeiter, Zimmerer und an die Radfahrer richten wir den Appell: Werdet Mitglied der „Roten Hilfe"!

Merseburg-Querfurt

Aus dem Merseburger Stadtparlament

Erwerbslosen-Debatte. — Ein Stadtrat nennt die Erwerbslosen „Bummler". — Der isolierte Revolutionär Wenischeck.

Merseburg, 9. September.

Die Stadtverordnetensitzung am Montag, die erste nach sechs Wochen Ferien, hatte sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen. Schon vor Eintritt in die Tagesordnung prasselten die Geister aufeinander. Stadtrat Bessert gab eine Erklärung des Magistrats ab, daß die **„Oeffentliche Bekanntmachung der Bäckerinnung"** im „Korrespondent" lauter **Unwahrheiten** enthielt. Stadtv. Freiberger (D. V.), als Vertreter der Bäckermeister im Stadtparlament, schüttelt alles von sich ab; er habe absolut nichts von der Erklärung der Bäckerinnung gewußt. Stadtv. Daniel (SPD.) gibt die Stellung des Konsumvereins bekannt. Genosse Sämisch hebt die ganze Sache als pure Geschäftemacherei hervor, stellt das Verhalten Freibergers als den besseren Teil der Tapferkeit hin und fordert die ganze Arbeiterschaft auf, ihr Gebäck nur vom Konsumverein zu kaufen, welcher nachgewiesenermaßen das beste Gebäck herstelle. Freiberger bedauert dann noch, daß die Bäckerinnung an die Oeffentlichkeit gegangen und daß diese Sache vor die Stadtverordnetenversammlung gebracht worden sei. Oberbürgermeister Herzog weist diesen Vorwurf zurück.

Beim Punkt: Das Loskaufsgeld von der Pflichtfeuerwehr auf 50 Mk. heraufzusetzen, beantragt Genosse Sämisch, **diesen ganzen Passus zu streichen, damit auch die Bestbemittelten gezwungen würden, den Feuerwehrdienst zu erfüllen.** Stadtrat Wenischeck (SPD.), Dezernent für Feuerlöschwesen, meint, dies könne auf Grund gesetzlicher Bestimmungen nicht geschehen. Nachdem Genosse Sämisch dies bestritten, wird der **Antrag Sämisch gegen die Stimmen der KPD. und SPD. abgelehnt.** Also auch die SPD.-Stadtväter haben ihren SPD.-Stadtrat im Stich gelassen. Eine Magistratsvorlage verlangt die Aufhebung eines Gemeindebeschlusses, wonach 500 Mark der Grundwertsteuer zum Wohnungsbau verwendet werden sollen. Stadtv. Sämisch beantragt, die Vorlage abzulehnen, da nicht genug Gelder zum Wohnungsbau bereitgestellt werden können. Bis jetzt sind immer noch Anträge auf Baugelder abgelehnt worden. Der Antrag Sämisch wird abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

Es kommt nunmehr die Bewilligung von Geldern für Ausführung von Notstandsarbeiten zur Sprache. Der Magistrat will 2000 Mk. bewilligt haben. Stadtv. Gen. Henneberg geht auf die Not der Arbeitslosen ein und schildert, in welch frivoler Weise die Arbeitslosen, welche keine Unterstützung mehr erhalten und Armenfürsorge in Anspruch nehmen müssen, **von der Stadt ausgebeutet werden.**

Für hungige 4—6 Mark Unterstützung müssen diese ausgehungerten Proletarier drei Tage à 8 Stunden in der Kiesgrube schwer arbeiten, wobei sie noch ihre Schuhe und Kleider herunterreißen.

Redner beantragt, statt 2000 Mk. 8000 Mark zu bewilligen und jeden Erwerbslosen, Unterstützten und Nichtunterstützten, sowie den Sozialrentnern eine einmalige Unterstützung von 50 Mark zu zahlen. Stadtrat Bessert glaubte es für notwendig zu halten, in bezug auf die Erwerbslosen von **„Bummlern"** reden zu müssen. Gen. Sämisch ergriff daraufhin das Wort und sagte diesen Herrschaften derbe Wahrheiten. Es gibt eben zweierlei Sorten von Bummlern. Die eine Sorte Bummler füllt sich Bauch und Geldbeutel, ohne zu arbeiten, auf Kosten der Arbeiter; die anderen können vor Hunger die schwere Kiesgrubenarbeit nicht verrichten und werden dafür vom Stadtrat Bessert Bummler genannt! Mit scharfen Worten rechnet Gen. Sämisch mit dieser Gesellschaft ab. Er bezeichnet das ganze Verhalten als einen Skandal und fordert **Annahme unserer Anträge — sofortige Zahlung von 50 Mk., Lieferung von Kartoffeln und Feuerung.** Die bürgerlichen Vertreter weichen dieser Hunger- und Elendsdebatte aus und **stimmen unsere Anträge einmütig nieder.**

Es werden dann noch einige kleinere Vorlagen angenommen und ein Bericht über den Stand der Stadthallenfrage entgegengenommen. Der Deutschvölkische Riehe verlangt für seine Person, wie eine Fraktion behandelt zu werden. Einen solchen Gernegroß hat wohl Merseburg in seinen Mauern noch nicht beherbergt. Dieser Antrag ist auch dementsprechend gewürdigt worden und gegen die Stimmen seiner Busenfreunde, den Deutschnationalen, abgelehnt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0005

Vor der Tagesordnung wurde das Referat von den fünf zur engeren Wahl gestellten, an Stelle des Stadtrats Klein zu wählenden Stadtratskandidaten entgegengenommen; darüber soll noch in geheimer Sitzung gesprochen werden.

Schkeuditz. Auch Schkeuditz hat nun seinen „Busse“! Genau wie der hallische Busse vergewaltigte der Vorsteher Schulze in der letzten Stadtverordnetensitzung die kommunistischen Vertreter. Nachdem der Bürgermeister die bürgerlichen Vertreter Mähler und Müller (letzterer Stahlhelmer), sowie die Sozialdemokraten Hübler und Petzold als Magistratsmitglieder eingeführt hatte, machte er noch bekannt, daß der **Kommunist Max Wille jun. als Magistratsmitglied nicht bestätigt** sei. Dem Genossen Rüdiger, der zu dieser Angelegenheit sprechen wollte, wurde vom Vorsteher das Wort nicht erteilt! Er glaubte wohl, daß damit die Angelegenheit für die kommunistischen Wähler erledigt sei? Er wird sich sehr getäuscht haben! **Einheitsfront zwischen den Bürgerlichen und Sozialdemokraten** herrschte bei der Schiedsmannswahl. Als 1. Schiedsmann wurde der Maler Altv. Schaaf (SPD.) mit den Stimmen der Bürgerlichen, als Ersatzmann der Vertreter des Ordnungsblocks August Müller mit den Stimmen der Sozialdemokraten gewählt. Kommentar überflüssig! Daß die Sozialdemokraten keine Vertreter der Arbeiterschaft sind, zeigte auch der folgende Tagesordnungspunkt.

Die kommunistischen Vertreter forderten in einem Antrage, den Erwerbslosen eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren, und zwar 20 Mark für Ledige, 30 Mark für Verheiratete bis mit 3 Kindern und 40 Mark für solche mit mehr als 3 Kindern. Ferner sollen ihnen Kartoffeln und Feuerung geliefert werden.

Genosse Schubert begründete den Antrag. Trotzdem er an das Menschlichkeitsgefühl appellierte, es half alles nichts! **Der Bürgermeister (ehemaliger Sozialdemokrat) erklärte, daß kein Geld da sei!**

Der Sozialdemokrat Petzold provoziert die zahlreichen Tribünenbesucher und lehnt eine Unterstützung für Erwerbslose, die nur vorübergehend kurze Zeit arbeitslos sind, rundweg ab!

Der „Ordnungsblockler“ Mähler erzählt das Märchen, daß Arbeitermädchen Wein trinken, daß also die Not nicht so groß sein könne. Um eine weitere Begründung des Antrages zu verhindern, **erklärt der Vorsteher, daß er über den kommunistischen Antrag nicht abstimmen lasse;** der Magistrat solle diese Angelegenheit weiter behandeln. Die Erwerbslosen können sich ja nun ungefähr denken, was mit dem Antrag wird; im Magistrat sind die Gegner des Antrages, Bürgerliche und Sozialdemokraten, hübsch unter sich, der Kommunist ist ja nicht bestätigt. Dem gleichen Schicksal verfiel ein Antrag des Arbeitersportkartells auf Schaffung eines Gemeindespielplatzes. Die Arbeitersportler haben schon längst erkannt, daß die Stadt nur Worte und leere Versprechungen für sie übrig hat. Sodann wurden noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt. Als zum Schluß der Genosse Rüdiger eine **Erklärung der kommunistischen Fraktion** abgeben wollte zur Ablehnung des kommunistischen Magistratsvertreters, **schloß der Vorsteher kurzerhand die Sitzung,** trotzdem uns gleich beim 1. Punkt der Tagesordnung das Wort zugesichert worden war. Das setzt allem bisher Dagewesenen die Krone auf! **Arbeiter von Schkeuditz!** Erkennt Eure Freunde und Feinde! Kämpft mit uns zur Schaffung anderer Zustände! Stärkt die Reihen der klassenbewußten Arbeiter, der KPD., die allein energisch Eure Interessen vertritt.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Ein Bureaukratenstückchen!

Der tote Vater soll seinen Sohn ernähren!

Ein fast unglaubhafter Vorgang hat sich in der Gemeinde **Uichteritz** (Kreis Weißenfels) abgespielt. Der Arbeiter Gustav Franz, Besitzer eines kleinen Häuschens, worin er selbst wohnt, jedoch ohne jeden Feldbesitz, wurde arbeitslos. Da Franz keine Reichtümer besitzt und durch die Arbeitslosigkeit die Not an die Tür klopft, beantragte er die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung. Darauf erhielt Franz folgenden Bescheid:

Der Vorsitzende **Weißenfels,** 27. Aug. 1924.
des Verwaltungsausschusses
des öffentlichen Arbeitsnachweises
Weißenfels-Land.

E. F.

Der Verwaltungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 25. d. M. **Ihre Beschwerde wegen Nichtgewährung der Erwerbslosenunterstützung als unbegründet abgelehnt.**

Die erneut angestellten Ermittelungen **haben ergeben, daß Ihr Vater in der Lage ist, Ihnen während der Erwerbslosigkeit den notwendigen Lebensunterhalt zu gewähren, wozu er gemäß § 1601 BGB. verpflichtet ist.**

Diese Entscheidung ist endgültig **und kann durch ein Rechtsmittel nicht weiter angefochten werden.**

(Unterschrift unleserlich.)

Folgendes muß dazu festgestellt werden:

Der Antragsteller Gustav Franz ist fast 50 Jahre alt. Sein Vater, von dem er sich mit seiner Familie ernähren lassen soll, ist seit 30 Jahren verstorben! Kommentar wirklich überflüssig!

Weißenfels. Die JAH.-Versammlung welche Montag im „Klassenkampf“ bekanntgemacht wurde, findet Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr, nicht im „Volkshaus“, sondern im „Roten Löwen“ statt.

Mansfeld-Sangerhausen

Kreiskonferenz der KPD. des Mansfelder Seekreises

Die am Sonntag im großen Volkshaussaal zu Eisleben tagende Kreiskonferenz war außer einer Anzahl Parteigenossen von 65 Delegierten aus 24 Orten besucht. Die Tagesordnung konnte trotz ihrer Reichhaltigkeit in achtstündiger Sitzung erledigt werden. Genosse Kilian (Halle), der über die Arbeit **der Kommunisten in den Gemeindeparlamenten** sprach, konnte wertvolle Aufklärung geben. Insbesondere wurde die Auswirkung des Sachverständigengutachtens auf die Gemeinden behandelt. Die Aussprache ergab Klärung in den verschiedensten Fragen.

Ueber die **politische und wirtschaftliche Situation** referierte Genosse Lademann in sehr eingehender Weise.

In der **Gewerkschaftsfrage** wurde endgültig Klarheit geschaffen. Erfreulicherweise konnte über zahlreiche Wiedereintritte in die freien Gewerkschaften berichtet werden. In einzelnen Orten sind Splitterorganisationen aufgelöst und der Uebertritt vollzogen.

Die **Organisationsarbeit** nahm längere Zeit in Anspruch und es konnte in praktischer Hinsicht manch wertvoller Wink gegeben werden. Das Kassenwesen ist nicht als gut zu bezeichnen und es bedarf angestrengter Arbeit der in Frage kommenden Funktionäre, damit jeder Anlaß zur Klage wegfällt.

Es war ein Tag der Arbeit, der aber für alle Teilnehmer als ein sehr wertvoller bezeichnet werden kann. Nunmehr müssen die gegebenen Richtlinien Gemeingut aller Parteigenossen werden, und wir machen schon heute auf die in der Woche vom 14. bis 21. September stattfindenden Mitgliederversammlungen aufmerksam. Pflicht aller Parteigenossen ist es, im Interesse der Partei tätig zu sein.

Folgende Ortsgruppen, denen öffentlich eine Rüge für ihre Nachlässigkeit und Flauheit erteilt wird, waren auf der Konferenz nicht vertreten: Belleben, Bennstedt, Großosterhausen, Höhnstedt, Langenbogen, Rothenschirmbach, Teutschenthal, Schraplau, Polleben und Wansleben.

Parteigenossen, zieht Eure Funktionäre zur Rechenschaft.

Kreisfunktionärsitzung in Sangerhausen

Die Kreisleitung weist erneut mit Nachdruck darauf hin, daß zu der am Sonnabend stattfindenden Funktionärsitzung alle Ortsgruppen durch ihre Ressortleiter vertreten sein müssen.

Die Arbeitsgebietsleiter sind für Anwesenheit ihrer Ortsgruppenleiter verantwortlich. Die Sitzung beginnt pünktlich um 4 Uhr nachmittags im „Herrenkrug“. **Die Kreisleitung.**

Konferenz der Kreis-Erwerbslosenräte in Sangerhausen

Am Sonntag, dem 14. September, vormittags 9 Uhr, findet in Sangerhausen („Herrenkrug“) eine Sitzung der Kreis-Erwerbslosenräte statt. Wo Erwerbslosenräte noch nicht gewählt sind, müssen solche umgehend gewählt werden. Es gilt mit größter Beschleunigung ans Werk zur Zusammenfassung der Erwerbslosen zu gehen. Darum ist allseitiges Erscheinen Pflicht.

Der Kreis-Erwerbslosenrat.

Helfta. Eine schwere Geburt. Nach wochenlangem Bemühen ist es unserer Gemeindevertretung endlich gelungen, den Haushaltsplan für 1924/25 ins Gleichgewicht zu bringen. Es war u. a. vorgesehen, durch Ausbau des Wasserleitungsnetzes und Pflasterung verschiedener Straßen den Anträgen einiger Ortseinwohner Rechnung zu tragen und gleichzeitig damit auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt einen Schritt vorwärts zu tun. Um die Mittel zu diesem Vorhaben aufzubringen, machte es sich notwendig, mangels anderer Einnahmequellen den Landbesitz etwas schärfer als bisher zu den Gemeindelasten heranzuziehen, und zwar sollte dies durch 300 bis 400 Prozent Zuschläge zu dem staatlichen Steuersoll auf unbebauten Besitz geschehen. Unsere Fraktion hatte beantragt, die Zuschläge **zu staffeln, damit die kleineren und kleinen Besitzer möglichst geschont werden sollten.** Dieser Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit **abgelehnt** mit der Begründung, daß er nicht gesetzlich zulässig sei. Also man unternahm noch nicht einmal den Versuch, die kleinen Besitzer vor schweren Lasten zu schützen. Auch der Großbesitz sah nicht müßig dem Spiele zu. Er ließ von seiner Organisation folgendes Telegramm an die Gemeinde senden: **„Verweigern gemäß § 54 KAG. Zustimmung von 400 Prozent Zuschlag bei unbebautem Grundbesitz.** Begründung folgt!“ Dieser Aufforderung kam natürlich die bürgerliche Mehrheit, in welcher, nebenbei bemerkt, kein einziger Vertreter des Großgrundbesitzes offen mitwirkt, als gehorsame Diener sofort nach. Und nun begann das Feilschen. Verschiedene Titel mußten sich eine Beschneidung gefallen lassen. Aber es half nur wenig: es blieb trotzdem ein Fehlbetrag von rund 16 000 Mk. zu decken. Noch einmal wurde die Schere angesetzt. Ihr mußten diesmal die Titel Oeffentliche Armen- und Wohlfahrtspflege, Bauten, Reparaturen und Wasserversorgung der Gemeinde Opfer bringen. Da sprang als Retter in der Not der neue Gemeindevorsteher Herr Helbig in die Bresche und versprach, der Gemeindevertretung einen balancierenden Etat vorzulegen. Und er hielt sein Versprechen. Aber das unter schweren Geburtswehen und mit Hilfe von Herrn Waldmann zu Tage gekommene Kind steht auf sehr wackligen Beinen. Es sieht einer Fehlgeburt verdammt ähnlich. Denn man hielt es für notwendig, zugunsten des notleidenden Großgrundbesitzes das „blühende“ Gewerbe durch Erhöhung der Zuschläge etwas schärfer zu belasten und auf verschiedene soziale Fortschritte zu verzichten. Außerdem war man gezwungen, die Aufnahme einer Anleihe von 2500 Mk. zu beschließen. Unsere Fraktion hat den Weg gezeigt, der im Interesse des sozialen Fortschrittes, der Gewerbetreibenden und kleinen Haus- und Grundbesitzer zu gehen war. Letztere können sich jetzt bei ihren gewählten bürgerlichen Vertretern für die geleisteten Bärendienste bedanken! — Ein wiederholter Antrag unserer Fraktion, die Sitzungen in einem öffentlichen Lokale abzuhalten, wurde abgelehnt. Schließlich fand ein **Antrag der Erwerbslosen auf Bewilligung einer einmaligen Beihilfe für Verheiratete von 25 Mk., für Ledige 20 Mk. eine Zufallsmehrheit.** — In nichtöffentlicher Sitzung wurde ein Antrag Seling und Genossen auf Einziehung der Gemeinde-Oberinspektorstelle abgelehnt.

Bitterfeld-Delitzsch

Schupo und blaue Bohnen statt Trinkwasser

So sieht die „christliche Nächstenliebe“ aus!

Aus Niemegk (Kreis Bitterfeld) wird uns berichtet:

Als kürzlich in später Abendstunde der Dampfpflug des Herrn Mühlenbesitzers Wetzig (Niemegk) von Storkwitz kommend in Niemegk Rast machte, wollte die Pflugmannschaft etwas Trinkwasser haben. Da nun im Pfarrhaus noch Licht brannte, klopfte ein Arbeiter an das Hoftor. Als nun die Frau Pastor nach dem Begehren gefragt hatte, gab sie anstatt Wasser die Antwort, der **Bittende sollte sich weiterscheren!** Der Arbeiter trug seine Bitte nochmals vor. Da öffnete sich auch schon das Hoftor und der Herr Pfarrer erschien mit seinen beiden Söhnen; der ältere war mit einem Tesching bewaffnet, das er sofort dem Arbeiter auf die Brust setzte. Zwei Kollegen, die den Vorgang beobachtet hatten, näherten sich nun dem Pfarrhause.

Darauf schoß der jüngere Herr Kleeberg seinen Browning ab und die Kugel schlug unmittelbar vor den Füßen des Arbeiters in den Erdboden.

Dieser junge **Mann will** gewiß auch einmal **Pfarrer werden** und übt sich bereits in der christlichen Nächstenliebe. Beide jungen Leute sind Mitglieder des Stahlhelms!

Eine Stunde später erschien dann auf Anruf des Herrn Pfarrer Kleeberg ein Auto mit Schupo!

Wer nun glaubte, daß der schießwütige junge **Mann in sicheres** Gewahrsam gebracht wurde, der irrt gewaltig. Im Gegenteil wurden die beiden Herren sehr höflich behandelt, während man gegen die Pflugbedienung, welche man in ihrer Nachtruhe störte, sehr barsch vorging. Obwohl die jungen Leutchen auf die Anschuldigungen der Arbeiter kein Wort zu erwidern wußten, versuchten doch die Schupobeamten, die ganze Schießerei als „harmlos“ hinzustellen. Darüber gab es natürlich unter der sich inzwischen angesammelten Arbeiterschaft, die von der Schicht kam, große Empörung. Anderen Tages machte sich dann auch die Empörung unter den nebenan wohnenden Arbeiterfrauen Luft, und als gar die Frau Pfarrerin mit dem Schießhelden die Straße betrat, riß man ihnen die heuchlerische Christenfratze vom Gesicht und spie sie an, wobei sie sich derbe Wahrheiten sagen lassen mußten. Unverständlich ist es nur, daß einige Ackerarbeiter diese Handlungsweise der Pastorsleute noch gutheißen konnten, wo doch die Frauen so korrekt vorgingen! Nun noch eine Frage an den Amtsvorsteher Starke, sowie an Herrn Landrat Stammer: **Besitzen diese Leute Waffenscheine?** Wenn nicht, dann einmal zugefaßt! Ueberhaupt wäre es am Platze, das Pfarrhaus einmal auf Waffen zu durchsuchen. Man wird sicher etwas finden. Arbeiter, zieht die Schlußfolgerung aus dieser Sache: Heraus aus der Kirche!

Delitzsch. Die öffentliche Versammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Koenen über „London oder Moskau“ referierte, war überfüllt. Genosse Koenen brandmarkte die Judasrolle der SPD. in drastischer Weise aus eigenen Erlebnissen. Anwesende Gegner meldeten sich nicht zur Erwiderung; sie sehen wohl die Aussichtslosigkeit ihrer Demagogie ein. Mögen sie auch bald die Schlußfolgerungen durch Eintritt in die KPD. ziehen.

Delitzsch. Der neugegründete Rote Frontkämpfer-Bund hielt Montag eine Versammlung ab und wählte sich in dieser seine Leitung. Da die allgemeinen Richtlinien noch nicht festliegen, konnten nur vorbereitende Arbeiten erledigt werden. **Mitgliederzahl 110.**

Wittenberg-Schweinitz

Delitzsch—Piesteritz — Ein Vergleich!

Am letzten Sonntag, dem 7. September, fand in **Delitzsch** der **Internationale Jugendtag der KJ.** statt. Da es sich um einen Kampftag handelte und nicht um einen Spieltag, so trug die liebe Polizei natürlich zur Verschönerung ihren Teil bei. Ein blauer Polizist sagte zu Jugendlichen: **„Ihr wollt es ja nicht besser haben!“** Wie das gemeint ist, soll unten gezeigt werden.

In **Piesteritz** begeht das Arbeiter-Sportkartell, von schönstem Wetter begleitet, ein **Strandfest.** Dieses nahm einen schönen Verlauf. Fußballspiel, Geräteturnen, Freiübungen, Spiele usw. wechselten in bunter Reihe ab. Die Schwimmer konnten wegen Hochwasser nicht viel bieten. Bei eintretender Dunkelheit wurde noch Flammenschwingen gezeigt. Feuerwerk und Lampionumzug beschlossen den Tag. Soweit kann man also von einem guten Verlauf des Festes sprechen.

Doch nun zu unserem **Vergleich:** Die sozialistische Arbeiterjugend war am Strandfest beteiligt, und zwar in sehr „revolutionärer“ Form. „Weberszene“, Reziationen und der „Rotgardistenmarsch“. Uns war dabei nicht recht wohl! Oben wirklich kämpfende Jugend — mit der Staatsmacht in Konflikt kommend — und hier eine sich nur „revolutionär drapierende Jugend“. Oben eine kämpfende Jugend für Erhaltung des Achtstundentages, gegen die Verelendung der Jugend und gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr. Hier eine Jugend, die bei Festen vor lauter „Kampfesmut“ sogar den „Rotgardistenmarsch“ singt, ein Lied, das die russischen Rotgardisten sangen beim Hinauswurf der von „Kapitalisten“ und „deutschen Sozialdemokraten“ nach Rußland geschickten Söldnerheere.

Bis jetzt hat sich die Arbeiterjugend dieses Liedes noch nicht würdig erwiesen. Ist sie bereit, mit uns der kapitalistischen Gesellschaft den Garaus zu machen? Nur wer sich auf diesen Boden stellt und mitkämpfen will unter Einsetzung seines Lebens, nicht nur mit Volkstänzen usw., hat auch Anspruch darauf, als Klassenkämpfer gewertet zu werden. Wer das ablehnt und doch zu diesen ausgesprochenen Kampfgesängen greift, muß sich gefallen lassen, daß man diese Arbeit als Hohn bezeichnet. Sollen diese Worte nicht Tatsache werden, so liegt das nur an der Stellung der AJ., die diese in Wort und Tat zum Klassenkampf einnimmt. Einen „goldenen Mittelweg“ dürfte es hier nicht geben.

Wittenberg. Das Lichtspiel-Theater bringt für Dienstag bis Donnerstag den großen amerikanischen Riesen-Sensationsfilm in acht Akten: „Die Insel der verlorenen Schiffe“.

Torgau-Liebenwerda

Parteikonferenz für den Kreis Torgau

In Belgern fand am Sonntag eine Kreisfunktionärsitzung statt. Einige Ortsgruppen waren nicht vertreten. Nach Eröffnung der Konferenz durch den Kreisleiter, begrüßte ein Genosse von Belgern die Anwesenden unter Hinweis auf die ermordeten Genossen Pötzsch und Wölk, zu deren Andenken sich die Teilnehmer von ihren Plätzen erhoben. Der Vertreter der Bezirksleitung, Genosse Bürger, referierte eingehend über Wesen und Wirkung des Dawes-Gutachtens. Er zeigte den Vertretern die Aufgaben, die jetzt durchzuführen sind. Zur Gewerkschaftsarbeit ist es nötig, in den Gewerkschaften zu bleiben, aber nicht nur, um Beiträge zu zahlen, sondern um zu arbeiten. Die nächste Kampagne muß in allen Gruppen erfolgreich durchgeführt werden.

Die Aussprache erging sich in Kritik über fehlerhafte Durchführung der Aufgaben des Funktionärkörpers.

Nach lebhafter Aussprache über innere Angelegenheiten der Ortsgruppen und der Kreisleitung kam die sehr interessante Konferenz zum Schluß. Eine Sammlung für die „Rote Hilfe“ ergab 9,85 Mk.

Arbeiter von bewaffneten Faszisten überfallen

Aus **Coßdorf** (Kreis Liebenwerda) erhalten wir folgende Meldung:

Zu **Schlägereien zwischen Stahlhelmern und Arbeitern** kam es in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. Die Faszisten, welche äußerst provozierend auftraten, **griffen einzelne** Arbeiter **an, kamen jedoch an die** falsche Adresse. Als die Arbeiterschaft Verstärkung erhielt, zogen sich die Faszisten zurück.

Nach Aussagen eines unbeteiligten Zeugen trugen die Stahlhelmer Armeerevolver bei sich.

Da einige Wehrwolfmitglieder äußerten, daß Sonntag die Fortsetzung folgen sollte, hielt sich die Arbeiterschaft am Sonntag geschlossen zusammen. Die Faszisten, welche in einem andern Lokal versammelt waren, hatten einige Spitzel ausgeschickt. Als diese jedoch die Stimmung der Arbeiterschaft erkundet hatten, zog man es vor, nach Hause zu gehen. Nach Aussage eines Wehrwolfmitgliedes waren **die Faszisten am Sonntag wiederum mit Revolvern bewaffnet!**

Diese Vorfälle sollten der Arbeiterschaft zur Warnung dienen. Sie muß sich fest und eng zusammenschließen in der Kommunistischen Partei und im „Roten Frontkämpfer-Bund“. Dann mögen die Gegner kommen — wir spielen ihnen auf!

Liebenwerda. Kreistagssitzung. Freitag, den 12. September, vormittags ½10 Uhr, findet in Plessa ein außerordentlicher Kreistag statt.

Bockwitz. Achtung, Wohnungsuchende! Die Gemeindeverwaltung hat für Wohnungsuchende sogenannte Dringlichkeitskarten eingeführt. Näheres auf dem Gemeindeamt.

Sautzschen. Am Sonntag veranstaltete der Arbeiter-Turnverein zu Sautzschen sein diesjähriges Turnfest. Die Beteiligung und die Leistungen bewiesen, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund auch hier auf dem Lande auf der Höhe ist. Und noch etwas Erfreuliches wollen wir der Oeffentlichkit bekannt geben: Das Proletariat vergißt, auch wenn es Feste feiert, seine politischen Gefangenen nicht. Für die „Rote Hilfe“ konnten 8,20 Mark gesammelt und abgeführt werden. So ist's recht!

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen und Betriebszellen der KJ.

Die Bezirksleitung beruft für Sonnabend, den 13. September, abends 7 Uhr, und Sonntag, den 14. September, eine ordentliche

Bezirkskonferenz

nach Halle ein. **Tagesordnung:**

1. **Die politische Lage und Bericht vom 5. Weltkongreß der KJ. und vom 4. Kongreß der KJI.**
2. **Bericht über den bisherigen Stand des Bezirksverbandes.**
3. **Unsere nächsten Aufgaben.**
4. **Verschiedenes.**

Jede Ortsgruppe hat endgültig bis zur Bezirkskonferenz ihre Pflichtbeiträge, Jugendtagsabzeichen und Junge-Garde-Schulden an die Bezirksleitung abzurechnen.

Tagungslokal ist für Sonnabend: Produktiv-Genossenschaft, für Sonntag: „Volkspark“.

Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend, Bezirk Halle-Merseburg.

Briefkasten

Sportklub 1900 Halle. Notiz sehr undeutlich und unleserlich. Nochmal einsenden und deutlich schreiben! — **Hohenmölsen, Kelbra, Querfurt, Elsterwerda, Krauschütz, Bockwitz, Weißenfels:** Berichte eingegangen; werden so rasch wie möglich veröffentlicht. — Einige Sportberichte mußten heute zurückgestellt werden. — **R., Koßdorf:** Fragliche Notiz befindet sich nicht hier. Bitte einsenden!

Verantwortlich: Marianne Gundermann für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krgh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0006
DFG

Aus den Gewerkschaften

An die mitteldeutsche Bauarbeiterschaft!

Bauarbeiter, Kollegen, Klassengenossen!

Seit Monaten kämpfen die Bauarbeiter um die Erhaltung des Achtstundentages im Baugewerbe. Das nationale und internationale Kapital hat sich fester wie je zusammengeschlossen, um auch den Arbeitern die letzte Errungenschaft zu rauben. Die deutsche Regierung als Beauftragte des Kapitals hat mit Hilfe des Arbeitszeitgesetzes den Weg frei gemacht, den Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben, die Arbeitszeit nach ihren Willen zu verlängern. Die Sozialdemokratie sowie die reformistischen Gewerkschaftsführer haben zu ihrem Teil an diesem Werke mit geholfen. Paeplow hat insbesondere den Bauunternehmern den Weg geezigt, indem in einer Entschließung, die der Baugewerkbund gegen die beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe angenommen hat, folgendes gesagt wird: „Schon der alte Tarifvertrag sieht in ausreichendem Maße Möglichkeiten zu Vereinbarungen über vorübergehendes Längerarbeiten vor." In einer in Chemnitz stattgefundenen Bezirkskonferenz des Baugewerksbundes äußert sich Paeplow folgendermaßen:

„Der Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages im Jahre 1924 kann nicht mehr geführt werden, erst muß die Bundeskasse wieder gefüllt und der Baugewerksbund von allen revolutionären Elementen gereinigt werden, dann erst, je nachdem, 1925 oder 1926, kann der Kampf für die Wiedereinführung des Achtstundentages aufgenommen werden."

Daraus geht hervor, daß die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie die Interessen des Kapitals und die Profitinteressen der Unternehmer über die Lebensinteressen der Arbeiterschaft stellen. An dieser Tatsache kann auch ihre Heuchelei, daß sie grundsätzlich an dem Achtstundentag festhalten, nichts ändern. Praktisch haben sie in Hunderten von Fällen, gebunden an ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik, durch ihren Kampf gegen alle revolutionären Elemente in den Gewerkschaften versucht, die Arbeiterschaft der Reaktion auszuliefern.

Kollegen! Die Unternehmer benutzen die tarifloze Zeit, der Arbeiterschaft ihre Forderungen aufzuzwingen. Zehnstundentag als Minimalarbeitstag, Beseitigung der Rechte der Betriebsräte, Einführung der Akkordarbeit und Abbau der Ferien sind die Bedingungen, die ihren Profit sicherstellen sollen.

Für die Bauarbeiterschaft bedeutet das Schrankenlose Ausbeutung, völlige Rechtlosmachung der in Arbeit Stehenden, vollständige Verelendung aller derer, die seit Monaten arbeitslos sind und auch in Zukunft dauernder Erwerbslosigkeit preisgegeben werden sollen. Die Unternehmer glauben, daß die lange Arbeitslosigkeit die Bauarbeiterschaft mürbe und kampfunfähig gemacht hat. **Die Unternehmer haben sich jedoch getäuscht!** Der Vorstoß der Unternehmer hat in vielen Orten und ganzen Bezirken Deutschlands den schärfsten Widerstand der Bauarbeiterschaft gefunden. In Sachsen, in Mitteldeutschland, in Thüringen, in Ostpreußen, im Rheinland und in Berlin haben die Kollegen in wochenlangen Kämpfen den Angriff abgewehrt. Keine Aussperrung der Unternehmer, keine gesetzliche Schlichtungsstelle, auch nicht die Sabotage der Reformisten waren in der Lage, den Achtstundentag zu beseitigen, weil die Bauarbeiterschaft den Kampf überall geschlossen aufnahm.

Die Leitung des Baugewerksbundes konnte sich nicht entschließen, gemeinsam mit den übrigen am Kampfe beteiligten baugewerblichen Organisationen den Vorstoß der Unternehmer abzuwehren. Trotzdem erklärten sich die Mitglieder des Baugewerksbundes zum größten Teilt mit ihren Arbeitskollegen solidarisch, sie verließen, entgegen den Anweisungen ihrer Führer, ebenfalls die Baustellen und brachen dadurch die Sabotage ihrer Führer.

Bauarbeiter! Lehnt jeden Schiedsspruch, der nicht den Achtstundentag garantiert, kritik ab! Jede Minute Mehrarbeit bedeutet Streikbruch, bedeutet Verrat an Euren Klassengenossen. Verlaßt überall nach acht Stunden Arbeit die Betriebe. Verhindert jeden Streikbruch, bewacht die Betriebe. Schließt die Kampffront! Bildet Arbeitsausschüsse unter Hinzuziehung der Baudelegierten und der Gewerkschaftsvertreter! Verteidigt mit allen Mittel den Achtstundentag! Kämpft gemeinsam mit Euren Klassengenossen für ausreichende Entlohnung! Hoch die Solidarität aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeitnehmer!

•

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Halle

Am Donnerstag, dem 11. September, abends 7½ Uhr, findet im „Volkspark" eine **wichtige Maurerversammlung** statt. Da es sich um Lohnfragen handelt, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Eisenbahner-Versammlung

Der Reichsgewerkschaftler Menne gegen das Londoner Abkommen

Zu der Eisenbahnerversammlung im „Hofjäger" wird uns noch geschrieben:

Die Versammlung war vorwiegend von mittleren Beamten besucht; Eisenbahnarbeiter waren fast gar keine anwesend. Das Referat war recht langstielig, durchsetzt mit „ollen Kamellen". Es scheint alles vertauscht zu sein bei der Sozialdemokratie. Während der Mönch Crispien sich warm für das Sachverständigengutachten einsetzte, plädierte Menne dagegen! Zuerst ein Hohelied auf die Neutralität der Gewerkschaften, dann ein Rückblick! Wir hatten die Macht im Jahre 1919, aber wir wußten nichts damit anzufangen. Sehr geistreich, nicht wahr! Aber es kam noch niedlicher. Die Gewerkschaften hätten zugesehen, wie die Rastes zu den Beherrschern Deutschlands wurden, ohne auch nur eine entschiedene Gegenmaßnahme zu treffen. Die Regierung habe des öfteren den Wunsch ausgesprochen, die Gewerkschaften stark zu sehen, damit letztere die Herren Minister vor den allzu aggressiven Kapitalisten schützen könnten. Zu köstlich! Die Kardinalfrage sei der Volksentscheid für den Achtstundentag. Das nimmt sich herrlich aus für den Vertreter einer Partei, die durch Ermächtigungsgesetze und neuerdings durch Annahme des Sachverständigenguachtens den Achtstundentag praktisch vernichtet hat. Aber es ist kein Geist so groß, daß er nicht in Widersprüche geriete. Redner berichtet, daß er anläßlich einer Aussprache mit Reichskanzler Marx diesen gefragt habe, warum er die Schieber der Börse nicht mehr durch Steuern heranziehe, um die Ansprüche der Beamten zu befriedigen. Marx erklärte, dazu fehle ihm die politische Macht. Deshalb, Herr Menne, müssen die Gewerkschaften neutral sein. Sonderbare Logik! Die Verhältnisse spitzen sich zu, es muß zum Kampfe kommen. Aber, wir möchten den Kampf vermeiden! Menne ist also nicht so radikal wie Ihr denkt. Und dann kommt der Schlußeffekt. Jeder muß ein demokratischer Mann sein. Die am Pulte hängende Fahne schwarzrotgold ist das Symbol der Einigkeit aller schaffenden Kreise. In Treue fest — bis an den Rest! Der Sänger hängt die nationale Leier an die Wand, das Publikum dankt für die Vorstellung.

In der folgenden Diskussion rief die Versammlung laut in den Saal hinein, daß als erster ein Kommunist das Wort ergreife. Die Niederlage vom Vorabend ist noch nicht vergessen. Der Redner wird mit Zwischenrufen empfangen. Mit Sachlichkeit werden die Hauptfragen vom Klassenkampfstandpunkte erledigt. Nicht die westliche, sondern die östliche Orientierung bringt den Schaffenden Erlösung. Kein Widerspruch. Mehrere Redner unterstützten die Ausführungen. Ein junger Mann war beauftragt, für Menne die Diskussionsredner abzufertigen. Die Ausführungen des Kommunisten waren ihm zu Gemüte gegangen. In der Verlegenheit erklärte er, keine Antwort für eine Partei zu haben, die sich im Reichstage prügele. Sehr bequem! Im übrigen verlief die Versammlung wie das Hornberger Schießen. Die Eisenbahnbeamten werden wohl auch erst durch die Wucht der rauhen Wirklichkeit, durch Schaden klug werden. Hoffentlich ist es dann nicht zu spät.

12. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

Am 31. August fand in Hamburg die offizielle Eröffnung der 12. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker statt. Die Verhandlungen der Generalversammlung begannen am 1. September.

Die Generalversammlung ist „stubenrein". Die gewerkschaftliche Opposition im Buchdruckerverband ist nicht durch einen einzigen Delegierten vertreten. Durch die Anwendung der Vertreterwahl und die Ausnutzung des bureaucratischen Verwaltungsapparates durch die Reformisten, ist es diesen gelungen, nur ihre Gesinnungsgenossen auf den Verbandstag zu senden. Dabei haben zum Beispiel in Berlin die Reformisten nur wenig mehr Stimmen erhalten als bei den letzten Verbandstagswahlen im Jahre 1922. Die SPD. erhielt 1922 in Berlin von 11 000 abgegebenen Stimmen zirka 5000, während die Opposition (USP. und KPD.) 5500 Stimmen erhielt. In diesem Jahr erhielten SPD. und frühere USP. zusammen bei den Wahlen zum Verbandstag ungefähr 5500 Stimmen. Im allgemeinen ist überhaupt zu beobachten, daß die Beteiligung zu den diesjährigen Verbandstagswahlen schwächer war, als im Jahre 1922.

Den Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes gibt Vorsitzender Seitz. Der Berichterstatter mußte feststellen, daß die Unternehmeroffensive auch vor der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe nicht Halt gemacht hat. Die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern sind aus dem „gemütlichen Tempo" der Vorkriegszeit heraus. Die Unternehmer haben einen schärferen Ton in diese Verhandlungen hineingetragen. An die Stelle der vielfach aus dem Mittelstande herausgekommenen „Prinzipale" sind jetzt „Nichtbuchdrucker" und Unternehmersyndikate getreten. Gegen die Zeitungsverbote ist der Hauptvorstand mehrfach bei der Regierung vorstellig geworden. Die Regierung habe erklärt, „der Sache nähertreten". Etwas Positives ist bisher nach dieser Seite hin nicht erfolgt.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht ist bereits am ersten Verhandlungstag eine starke Unzufriedenheit vieler Delegierten mit dem Verhalten des Verbandsvorstandes in der Frage der Lohnpolitik, des Arbeitszeitabkommens und des Industriebandes zutage.

Ebel, Berlin, hielt eine Antikommunistenrede. Er verlangte ein schärferes Vorgehen des Hauptvorstandes gegen die Kommunisten und fordert den Ausschluß kommunistischer Mitglieder aus dem Verband.

Beyer, Nürnberg, wendet sich dagegen, daß immer gesagt werde, „das Gewerbe verträgt keine höheren Löhne".

Urbahn, Hamburg: Der Verbandsvorstand habe nicht alle Mittel angewendet, um die Lage der Buchdrucker zu bessern. In der Kollegenschaft herrscht eine ungeheure Mißstimmung. Melzer, Hamburg, polemisiert gegen das Arbeitszeitabkommen. Sporn, Breslau, führt aus, Ebel hätte statt seiner Rede gegen die Kommunisten lieber auf die Berliner Bewegung eingehen sollen. Redner polemisiert gegen den ADGB. wegen seiner unklaren Stellung zum 1. Mai.

Hierauf folgt Vertagung. Fortsetzung der Verhandlungen Dienstag.

Zweiter Verhandlungstag.

Fortsetzung der Diskussion über den Vorstandsbericht.

Braun (Berlin) rechtfertigt die Haltung des Verbandsvorstandes in der Stellung zu den Kommunisten. In Berlin habe der Gauvorstand richtig gehandelt, indem er keine Ausschlüsse vorgenommen habe.

Kapp (Berlin): Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsgemeinschafts- und Tarifgenossenschaftspolitik bis Nürnberg falsch war. Ueber das Arbeitszeitabkommen müßte eine Urabstimmung vorgenommen werden. Die Mitglieder sind bereit, für den Achtstundentag zu kämpfen.

Söldner (München) verlangt klare Stellungnahme des ADGB. zur Maifeier. Auch in München habe man Ausschluß der Hakenkreuzler verlangt. **Er habe das abgelehnt. Wer sich jedoch so am Verband vergeht, wie die Leute vom „Graphischen Block", denen müsse die Tür gewiesen werden, so kann es nicht weitergehen wie jetzt.**

Inzwischen ist ein Antrag eingegangen, der die Mitarbeit am „Graphischen Block", dem Organ der Opposition im graphischen Gewerbe, für unvereinbar mit den Grundsätzen der Organisation erklärt und der den Verbandsvorstand beauftragt, gegen Verbandsmitglieder, die am „Graphischen Block" mitarbeiten, statutarisch vorzugehen.

König (Halle) verteidigt das Arbeitszeitabkommen. Ich habe seit Jahren unter den Machinationen der Kommunisten zu leiden. **Ich verlange, daß man gegen offenbare Schädiger der Organisation strenger vorgeht. Ich werde in meiner Eigenschaft als Gauvorsteher dies tun. In dieser Frage darf es kein Laviereen geben.**

Uhrig (Mannheim) übt Kritik am Verbandsvorstand.

Die weiteren Diskussionsredner behandeln im wesentlichen dieselben Fragen und sie bringen neue Gesichtspunkte nicht mehr zutage.

Als Gegenantrag gegen den Ausschlußantrag wegen Mitarbeit am „Graphischen Block" ist ein Antrag eingegangen, der die Funktionäre verpflichtet, gegen gewerkschaftsschädigendes Treiben anzukämpfen und der die Taktik des Verbandsvorstandes gegen die Kommunisten billigt.

Schlußwort des Verbandsvorsitzenden Seitz: Die diesmalige Behandlung des Rechenschaftsberichts auf dem Verbandstage in Hamburg hat wohltuend abgestochen gegenüber den beiden vorgangenen Verbandstagen. Seitz geht auf die verschiedenen Angriffe ein. In der Frage des Achtstundentages sei gegen die Unternehmer und Regierung getan worden, was möglich war. Zum 1. Mai könne der Verband keine Parole für allgemeine Arbeitsruhe herausgeben. In der Frage des Kampfes der Kommunisten seien auch im Verbandsvorstand die Meinungen geteilt. Ich würde es als ein verfehltes Beginnen betrachten, wenn der Verbandstag aus der Sache eine Statutaktion machen würde. Wir haben ausreichend statutarische Bestimmungen.

Es folgen eine Reihe Abstimmungen. Ein Antrag auf vermehrte Anwendung der Urabstimmung wird abgelehnt. Angenommen werden die Anträge betr. Berichterstattung und Nachrichtendienst innerhalb der Organisation. Der Antrag gegen die Bezugsgesellschaft deutscher Konsumvereine wird einstimmig angenommen. Der Antrag auf Ausschluß wegen Mitarbeit am „Graphischen Block" wird mit Mehrheit abgelehnt und dafür der Antrag angenommen, der die Taktik des Verbandsvorstandes billigt. Da jedoch diese Frage auch in das Gebiet der Statutenänderung gehört, wird unter diesem Tagesordnungspunkt hierzu noch einmal Stellung genommen werden. Schließlich wird dem Verbandsvorstand einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Schluß der Sitzung 8½ Uhr.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission sind auf dem Kongreß 138 stimmberechtigte Delegierte anwesend. Drei Protestschreiben aus Leipzig werden zurückgewiesen.

Gewerkschaftsfraktionen!

Die Gegenoffensive der Reformisten

gegen die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat eingesetzt.

Auf einen Schelm anderthalben!

Verbreitet in allen Gewerkschaftsveranstaltungen die neueste Nummer des

Mitteilungsblatt für die gewerkschaftliche Opposition

Jeder Arbeiter kann daraus ersehen, warum die Kommunisten für die Einheit kämpfen!

Bestellungen sofort an die Bezirksleitung oder direkt an den Verlag für Gewerkschaftsliteratur, Berlin N, Tegeler Straße 15.

Offenes Schreiben

an sämtliche Arbeiter Englands, Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Oesterreichs und anderer Länder, die in der Amsterdamer Internationale vereinigt sind

An das Präsidium des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes

Genossen! Der Kongreß der Syndikalen Kommission der Belgischen Arbeiterpartei, mit andern Worten: der belgischen Gewerkschaften, faßte eine Resolution, die den Kommunisten untersagt, leitende Stellungen in den Gewerkschaften zu bekleiden.

Während der beste Teil des organisierten Weltproletariats seine Kräfte anspannt, um die Arbeiterorganisationen immer mehr zu vereinigen, während sogar die Vertreter der größten Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale selbst, nämlich der englischen Trade Unions, zugunsten der Einheit der Arbeiterklasse in der ganzen Welt das Wort ergreifen, während unter dem Vorstoß des schamlos gewordenen Kapitals die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder mit jedem Tag immer mehr zusammenschmilzt, hatten die Leiter der belgischen Gewerkschaften nichts Besseres zu tun, als zu den Ausschlüssen der Kommunisten zu greifen.

Glauben denn die belgischen Reformisten, und mit ihnen auch einige Führer der Amsterdamer Internationale: Oudegeest, Silberschmidt, Jouhaux, die auf dem Kongreß diese Resolution unterstützten, daß die Entfernung der Revolutionäre von ihren Posten in den Gewerkschaften eine Garantie gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen den Lohnabbau ist?

Glauben sie denn, daß die Ausschlüsse der Kommunisten, der folgerichtigsten, der ergebensten Vorkämpfer der Arbeiterklasse, die gegen die Kriegsgefahr und die Reaktion einen unversöhnlichen Kampf führen, die Offensive des Kapitals mildern und den fieberhaft vorbereiteten imperialistischen Krieg aufschieben werden?

Halten sie es denn für die beste Form der Demokratie, daß den Arbeitern verboten wird, zu Funktionären des Verbandes die Leute zu erwählen, denen sie das meiste Vertrauen schenken und in denen sie wirkliche Vorkämpfer für die Arbeiterinteressen erblicken?

Nachdem die Führer der belgischen Gewerkschaften die „Gefahr von links her" beseitigt haben, schlagen sie etwa sodann Lärm gegen die Gefahr von rechts her? Es dürfte scheinen, daß eine Arbeiterorganisation in erster Linie gegen die nach rechts gerichteten, bürgerlich-faszistischen Abschwenkungen zu kämpfen hat,

denn der Klassenfeind des Proletariats befindet sich nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite.

Hat doch der Kongreß auch diejenigen von den belgischen Arbeiterführern, etwa Mertens, Bauters u. a. ausgeschlossen, die der ultra-reaktionären „Nationalliga zum Schutz des Frauen" beigetreten sind und ein Schutzbündnis mit derartigen ultrareaktionären Faszisten wie Pierre Nothomb, dem Haupt des belgischen Faszismus, dem General Baron Jacques, Demets und andern geschworenen Feinden der Arbeiter geschlossen?

Ganz im Gegenteil! Initiator des Ausschlusses der Kommunisten war auf dem Kongreß Mertens selbst.

Die belgischen Opportunisten erblicken ihren Klassenfeind in dem linksstehenden Teil der Arbeiterklasse, in den am meisten klassenbewußten, am meisten revolutionären Elementen.

Die Anwälte des „Demokratismus" traten ihre Prinzipien in den Staub, sobald es sich darum handelte, sich vor der anwachsenden revolutionären Welle zu schützen. Der einfache Arbeiter hat sodann kein Recht, über seine Stimme sogar innerhalb seiner eigenen Gewerkschaft zu verfügen.

Auf diesem Wege wollen die reformistischen Führer den Gewerkschaftsapparat in ihren Händen behalten, um die Möglichkeit zu haben, ihren Einfluß an die Kapitalisten Belgiens zu verkaufen.

Mögen die Arbeiter Belgiens, die Arbeiter der ganzen Welt davon erfahren!

Die Rote Gewerkschaftsinternationale, die ihr Bestreben, die Einheit der Arbeiterbewegung der ganzen Welt herbeizuführen, mehrfach bezeugt hat, erklärt auch jetzt, daß es den belgischen Gewerkschaftsbureaukraten nicht gelingen wird, eine Spaltung hervorzurufen, denn die revolutionären Arbeiter schätzen die Einheit allzu hoch.

Wir verlangen jedoch von den Leitern der Amsterdamer Internationale eine klipp und klare Antwort auf die Frage: Ist die Politik der belgischen Gewerkschaften die der Internationale? Und falls nicht, warum werden denn die belgischen Spalter nicht verurteilt?

Gleichzeitig fordern wir die organisierten Arbeiter Belgiens auf, gegen diese Verhöhnung ihrer Rechte lauten Protest zu erheben. Wir sind überzeugt, daß die Sympathien der ehrlichen Arbeiter aller Länder auf seiten der revolutionären Proletarier Belgiens sein werden.

Arbeitsgenossen!

In dieser für die Arbeiterklasse so schweren Stunde ist es notwendig, uns zu einer einheitlichen Kampfarmee enger zusammenzuschließen.

Nieder mit der Arbeitsgemeinschaft, mit dem Faszismus!

Nieder mit den Spaltungsbestrebungen!

Alle Kräfte und alle Energie für den Kampf um die Einheit!

Vollzugsbureau der Roten Gewerkschafts-Internationale

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0007

Die Leipziger Messe — eine Pleite

„S. A." Leipzig, 8. September.

Um es gleich zu sagen: Die Leipziger Herbstmesse war eine Pleite, trotz der Siegesberichte des Messamtes. Eine Messe hat in der kapitalistischen Ordnung die Aufgabe, die anarchistische Produktion und den dezentralisierten Verteilungsapparat zusammenzubringen, hat die Aufgabe, ein klares Bild des Marktes, d. h. der jeweiligen Wirtschaftslage zu geben. Das Leipziger Messamt aber tümmert sich aus lokalen Interessen durchaus nicht darum und gibt Berichte, die an die Kriegsberichterstattung lebhaft erinnern.

Die Leipziger Messe darf nur Siege feiern. Hier werden nach den Messberichten immer „glänzende Geschäfte" gemacht, ob die Wirtschaftslage gut oder schlecht ist. Und die Wirtschaftslage ist sehr schlecht. Die Annahme des Dawes-Gutachtens hat sich nicht als das Zauberwort erwiesen, von dem wunderbare Wirkungen auf das Geschäft der Leipziger Messe, der Konjunktur überhaupt ausgingen. Diese rasche Besserung in der Wirtschaftslage hat auch kein Einsichtiger erwartet, denn die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise,

die Absatzstockung und die Geldknappheit bleiben.

Die Auslandsanleihe, von der man sich eine Milderung der Geld- und Kreditknappheit verspricht, ist noch nicht da. Die privaten Auslandskredite ebenfalls nicht. Die Auslandsanleihe wird ja noch in demselben Jahre nach Frankreich zurückfließen und die ausländischen Kredite werden erstens nur den großen und zweitens nur bestimmten Industriellen vom Ausland gegeben werden. Und zwar den Industriellen, die keine Konkurrenz sind. Typisch dafür ist die Gewährung von amerikanischen Krediten an das Kalisyndikat, die elsaß-lothringische Kaliindustrie.

In solchen und ähnlichen Fällen werden amerikanische Kredite in beliebiger Höhe fließen, aber ob man der deutschen Automobilindustrie, der deutschen Textilindustrie usw. Kredite gibt, ist eine große Frage.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Berliner Stinnesorgan, nennt diese Leipziger Messe die „Messe der Kreditoffnungen". Diese Hoffnung ist die letzte Hoffnung des ausweglosen deutschen Kapitalismus; sie bedeutet einerseits **Ueberspannung größten Stils** und andererseits **rücksichtslose Stillegung** durch den Konkurrenten, der jetzt am Steuerruder der deutschen Wirtschaft sitzt.

So wie ein bankerotter Unternehmer sich von einem Konzern sanieren läßt und vom selbständigen Produzenten oder Händler zum Direktor, zum Angestellten wird, so wird die gesamte deutsche Bourgeoisie nur noch das ausführende Organ, die Direktoren der Morgan und Rockefeller sein. Wahrlich, die Hoffnung eines Ertrinkenden.

Aber selbst Kredithoffnungen sind noch keine Kredite. Die Geldknappheit ist noch nicht beseitigt. Und damit ist die Absatzstockung auf dem **Inlandsmarkt** gedlieben. Bedarf ist, wie ausdrücklich festgestellt wird, im Inland vorhanden — aber eben keine Kaufkraft. — Kapitalistische Widersprüche! Die Waren sind vorhanden, sind erzeugt, Bedarf ist genügend vorhanden, den breiten Massen fehlt das Notwendigste und doch ist es nicht möglich, diesen Bedarf zu befriedigen. Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird offenbar.

Zwar waren Industrie und Großhandel bereit, den Käufern längere **Lieferungskredite** zu gewähren, doch die hohen Preise schreckten die meisten Käufer. Deutschland steht bekanntlich in vielen Produkten über dem Weltmarktpreis. Vom Preisabbau sprach man zwar in Deutschland — vor allem nach der Seite der Arbeiter hin — erhöhte aber gleichzeitig die Preise, so vor allem in der Textilindustrie. Die Käufer aber halten zurück, denn sie rechnen mit einer Verbilligung in der nächsten Zeit, mit einem Preisabbau, weil erstens mit billigeren Zinssätzen des Auslandes zu rechnen ist und zweitens, weil, wie Fabrikanten versicherten, im Zusammenhang mit dem Londoner Abkommen **die Löhne heruntergesetzt** werden sollen.

Also ein **Preisabbau auf den Schultern des Proletariats.** Ein Preisabbau, der für die breiten Massen die Waren genau so unerschwinglich bleiben läßt, ja noch unerschwinglicher als vorher. Eine herrliche Methode, die Krise zu überwinden!

Was den **Auslandsabsatz** betrifft, so ist er auf der Leipziger Messe recht flau. Das Ausland als Einkäufer ist recht spärlich vertreten, die ausländischen Verkäufer sah man bereits in den ersten Tagen der Messe beim Packen.

Die Geschäfte, die auf der Leipziger Messe getätigt wurden, sind nach der Branche verschieden. In der Schuh- und Lederbranche ist die Lage sehr flau, in der Textilindustrie sind billige Lagerbestände getragt worden. In der Buchausstellung waren zwar wie überall viele Schaulustige, aber gar wenige Interessenten. In der Stahlwaren- und Werkzeugindustrie dasselbe Bild. Etwas belebter war das Geschäft in der Maschinenindustrie, speziell Motorenbau, wo Auslandskäufe in kleinen und mittleren Dieselmotoren zu beobachten waren.

An alle Funktionäre des Bezirkes Halle-Merseburg!

Genossen, Genossinnen!

Die Annahme des Sachverständigengutachtens bzw. des Londoner Paktes durch den deutschen Reichstag, unter Beteiligung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen, ist erfolgt. Damit wird die kapitalistische Offensive, unterstützt durch die Reformisten, eine weitere Steigerung erfahren. Die KPD. steht jetzt vor ungeheuren Aufgaben. Sie, als die einzige Arbeiterpartei, muß die Massen zum Kampf mobilisieren. Mit bolschewistischer Zähigkeit und Ausdauer muß sie den Massen die Parolen einhämmern.

Gegen das kapitalistische Sachverständigengutachten!
Für das proletarische Sachverständigengutachten!
Gegen die Morganisierung!
Für die Sozialisierung!
Gegen die reformistischen Gewerkschaftszersplitterer!
Für die revolutionäre Einheit der Gewerkschaften!
Herauf mit den Löhnen!
Herunter mit der Arbeitszeit!

Zur gründlichen Vorbereitung der Kampagne finden in allen Kreisen vom 6. bis 14. September

Große Parteifunktionär-Konferenzen

finden statt:

Freitag, den 12. September

Saalkreis abends 8 Uhr in Halle in der Produktiv-Genossenschaft.

Kreis Bitterfeld abends 8 Uhr in Bitterfeld im „Bürgergarten".

Sonnabend, den 13. September

Kreis Delitzsch abends 8 Uhr in Delitzsch im „Lindenhof".

Kreis Naumburg abends 8 Uhr in Naumburg im „Goldenen Hahn".

Kreis Zeitz abends 8 Uhr in Zeitz im „Schützenhaus".

Kreis Sangerhausen nachmittags 4 Uhr in Sangerhausen im „Herrenkrug".

Sonntag, den 14. September

Kreis Liebenwerda vormittags 9 Uhr in Liebenwerda im „Schützenhaus".

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Die hallischen Funktionäre für die Gewerkschaftstaktik der Partei

Entschließung

Durch die Annahme des Dawes-Gutachtens ist die politische wie die wirtschaftliche Lage der Welt ungeheuer verschärft. Die Kapitalisten aller Länder sind durch das Abkommen zu einer geeinten internationalen Gewalt gegen die gesamte Arbeiterschaft zusammengeschlossen. Die Arbeiter der einzelnen Länder werden bei ihren Kämpfen gegen das Kapital, ganz gleich, ob die Kämpfe in Deutschland, Frankreich, England oder sonstwo geführt werden, von den Werkzeugen des internationalen Kapitals, von deutscher Reichswehr, mit französischen Militär, mit englischen Fliegerbomben brutal und rücksichtslos gleichzeitig angegriffen werden. Ohne jegliche Rücksicht auf die Notlage der Arbeitermassen in den einzelnen Ländern wird das geeinte Kapital die Arbeitermassen bis aufs Blut ausbeuten und das Elend derart vergrößern, daß es für die internationale Arbeiterschaft keine andere Rettung gibt, als den unerbittlichen Kampf um die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Angesichts dieser Weltlage und in der Erkenntnis der Tatsache, daß die internationale Kapitalistenklasse sich über den Angriffsplan nach einer einzigen Linie einig ist, erkennt die heute, am 9. September 1924, in Halle a. d. S., im „Volkspark" tagende Funktionärversammlung die Beschlüsse des 5. Weltkongresses für sich als bindend an. Besonders erkennt sie an, daß der geeinte Weltkapitalismus mit all seinen Werkzeugen, Regierungen, Militarismus, Polizei und sonstigen gegen die Arbeiterschaft gerichteten Einrichtungen nur wirksam bekämpft werden kann mit einer

völlig geeinten Weltarbeiterschaft.

Keine Außenseiter, keine Absplitterung in der Haltung zur Kampflinie kann die revolutionäre Arbeiterschaft ertragen. Alle Hand- und Kopfarbeiter der Welt müssen unter einer einzigen Kampfparole, in einer einzigen gewerkschaftlichen Massenorganisation zusammengefaßt werden.

Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, die gesamte Arbeiterschaft geistig für sich zu gewinnen und sie unter ihren Einfluß und unter ihre Führung zu stellen. Das zu erreichen ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur möglich durch die

Stärkung der Opposition in den freien Gewerkschaften,

um zu erreichen, daß die Gewerkschaften wieder zu wirklichen Klassenkampforganisationen werden. Die Versammlung schließt sich daher der Parole an:

Hinein in die Gewerkschaften!
Ausbau der Gewerkschaften zu revolutionären Klassenkampforganisationen!

*

(Diese Resolution wurde gegen drei Stimmen mit überwältigender Mehrheit angenommen.)

Erklärung

Die Einheit der Arbeiter herzustellen ist in Anbetracht der Verschärfung der Klassengegensätze und der unausbleiblich kommenden Kämpfe des Proletariats gegen seine Versklavung eine zwingende Notwendigkeit. Die KPD. als einzige wirkliche Partei der Arbeiterschaft beginge ein Verbrechen, wenn sie nicht mit allen Mitteln daran arbeiten würde, die Arbeiter zusammenzufassen und sie für aussichtsreiche Kämpfe zu organisieren. Nur das Vorhandensein einer wirklich guten und kraftvoll disziplinierten bolschewistischen Partei wird die Aussicht eröffnen, daß das gesteckte Ziel, die Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Joch erreicht wird. Die KPD. würde katastrophal versagen, wenn sie in ihren eigenen Reihen Disziplinlosigkeiten dulden würde.

Wer sich nicht den Beschlüssen der Partei unterordnet, **gehört nicht in die KPD.** Aus diesem Grunde mußte die Partei die Genossen Weyer, Kaiser und Schumacher ausschließen. Durch ihre von persönlichen Motiven diktierte Einstellung bildeten sie nicht nur ein Hindernis bei der Sammlung der revolutionären Kräfte, sondern sabotierten die vom proletarischen Interesse aus unbedingt notwendige Aktion zur Herstellung einer geschlossenen Kampffront der Arbeiterschaft.

Die Funktionäre von Halle erkennen an, **daß die Partei nicht anders handeln konnte,** und erklären, daß Handlungen, wie sie Kaiser, Schumacher und Weyer begangen haben, **nur durch Ausschluß gesühnt werden können.**

Die Parteifunktionäre von Halle erwarten von der Gesamtmitgliedschaft, daß sie **rücksichtslos alle Tendenzen bekämpft,** wie sie von Kaiser, Schumacher und Weyer vertreten werden.

*

(Dieser Erklärung stimmten in der gestrigen Funktionärsitzung alle Funktionäre gegen 2 Stimmen zu.)

Ausschluß der Genossen Kaiser, Weyer und Schumacher aus der Partei

Die Genossen Paul Kaiser, Paul Weyer und Wilhelm Schumacher sind durch einstimmigen Beschluß der Zentrale der KPD. aus der Partei ausgeschlossen worden.

Begründung:

1. Der Genosse Paul Kaiser hat durch Zurückhalten von Verbandsgeldern, die dem Hauptvorstande des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter gehörten, die Lohn- und Streikbewegungen der Bauarbeiter in Königsberg, Leipzig und anderen Orten Deutschlands geschädigt.

2. Kaiser hat dafür gewirkt, daß Streikbrecher, die aus seiner Organisation durch Schiedsgerichtsurteil ausgeschlossen waren, von dem Vorstand des Zweigvereins Berlin wieder in den Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter aufgenommen wurden.

3. Er tat alles, um die Mitarbeit solcher Kollegen, welche Parteigrundsätze beachteten, zu verhindern, war jedoch bereit, sich jederzeit mit Parteifeinden, mit Syndikalisten und Anarchisten, zu kartellieren.

4. Er hat längere Zeit systematisch die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der Komintern und des 3. Welkongresses der Profintern sabotiert.

5. Er hat insbesondere einen Fraktionsbeschluß der kommunistischen Fraktion innerhalb der selbständigen Verbände Berlins vom 13. August 1924 über das Auftreten der Kommunisten in der Mitgliederversammlung der selbständigen Verbände am 14. August nicht durchgeführt.

6. Er hat in dieser Mitgliederversammlung die Leitung der Versammlung an einen Antibolschewisten abgegeben.

7. Er ist nicht gegen die antibolschewistischen Aeußerungen von Mitgliedern dieser Verbände aufgetreten.

8. Er hat die Kommunistische Partei, die in dieser Versammlung angegriffen wurde, und obwohl er Vorsitzender der Versammlung war, nicht verteidigt.

9. Er hat dieses Auftreten damit begründet, daß er als Vorsitzender des Zweigvereins der ausgeschlossenen Bauarbeiter „neutral" sein müsse.

10. Er hat dadurch ermöglicht, daß eine Resolution, die gegen die Beschlüsse der Profintern gerichtet ist, zur Annahme gelangen konnte.

11. Er hat schließlich Partei- und Fraktionsbeschlüsse (Parteiangelegenheiten interner Natur) an Nichtkommunisten übermittelt.

Der Ausschluß Paul Kaisers gilt zunächst für ein Jahr. Sollte er in dieser Zeit trotz seiner Nichtzugehörigkeit zur Partei sich als Kommunist fühlen und betragen, so kann die Bauarbeiterfraktion Berlin nach einem Jahre die Wiederaufnahme bei der Zentrale der Kommunistischen Partei beantragen.

*

1. Der Genosse Paul Weyer hat am 30. Juni 1924 einem wegen seines Ausschlusses aus der Partei eingesetzten Schiedsgericht unterschriftlich erklärt, „daß auch für ihn die Beschlüsse der Kommunistischen Partei, wie sie von ihren Instanzen, Konferenzen und anderen Körperschaften gefaßt werden, bindend sind. Besonders gilt das für alle Beschlüsse, die die Gewerkschaftsfrage betreffen". Weyer hat diese Verpflichtung nicht eingehalten, sondern sich wiederholt der Durchführung von Parteibeschlüssen und der Beschlüsse der Weltkongresse der Komintern und Profintern widersetzt.

2. Die von der Parteileitung angestrebte Vereinigung der revolutionären Metallarbeitergruppen Berlins hat Weyer zu verhindern versucht.

3. Die Durchführung der Beschlüsse des Bochumer Kongresses der Union zwecks einer besseren Organisierung der in der Union vorhandenen Bauarbeiter- und Textilgruppen hat Weyer sabotiert.

4. Obwohl mehrere Male verwarnt, blieb Weyer in Verbindung mit den aus der Partei ausgeschlossenen Elementen, welche in Rheinland-Westfalen die Union schwer geschädigt und ihre Zersplitterung versucht haben.

5. Weyer hat eine Sonderkonferenz von Unionsfunktionären in Leipzig organisiert, welche die Vorbereitungen zur Spaltung der Union treffen sollte. Im hallischen Bezirk ist auf Grund dieser Sonderkonferenz dieser Spaltungsversuch tatsächlich unternommen worden.

6. Er hat systematisch die Beschlüsse der Weltkongresse der Komintern und Profintern sabotiert.

7. Er hat die ihm von der kommunistischen Fraktion der Union und der selbständigen Verbände übertragenen Aufgaben nicht erfüllt.

8. Durch falsche Darstellung und Entstellung der Partei- und Profinternbeschlüsse hat er einen Teil der Mitglieder der Berliner Bezirksleitung der Union zu voreiligen Beschlüssen verleitet.

9. Weyer hat veranlaßt, daß von seiten der Berliner Unionsleitung ein Flugblatt hergestellt wurde, das, wie dokumentarisch nachgewiesen wurde, unwahre Behauptungen enthielt. Obwohl immer wiederholt hierauf aufmerksam gemacht, hat er sich hartnäckig für die Verbreitung dieses Flugblattes eingesetzt, um so in die Reihen der Berliner Arbeiterschaft Verwirrung hineinzutragen und sie gegen die Partei aufzuhetzen. Nur der Besonnenheit von einzelnen Mitgliedern der Berliner Unionsleitung, die sich von der Unwahrheit der Weyerschen Behauptungen überzeugten, ist es zu verdanken, daß dieses Flugblatt nicht zur Verbreitung gelangte.

10. Weyer hat sich endlich auf direkte Befragung geweigert, die Beschlüsse der Partei und der Reichsgewerkschaftskonferenz vom 17. August 1924 anzuerkennen und durchzuführen.

*

1. Der Genosse Wilhelm Schumacher hat entgegen den Parteianweisungen bereits Anfang d. J. die von den Sozialdemokraten und Reformisten herbeigeführte Spaltung des Berliner Bekleidungsarbeiterverbandes unterstützt und entgegen den Prinzipien der Partei eine Neugründung vorgenommen.

2. Schumacher hat entgegen den Beschlüssen einer Reichskonferenz der kommunistischen Bekleidungsarbeiter versucht, solche Spaltungen auch an anderen Orten Deutschlands durchzuführen.

3. Schumacher hat systematisch die Arbeiten der Partei, insbesondere der Industriegruppenleitung, sabotiert und geschädigt.

4. Obwohl er auf dem Kongreß der Profintern gelegentlich der Beschlußfassung über die Resolution zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit erklärte,

„wenn Sie in Ihrer Mehrheit diese Resolution beschließen, dann werde ich es für meine Pflicht halten, da ich doch Mitglied der KPD. bin, an der Durchführung zu helfen."

hat er nach seiner Rückkehr nach Deutschland bei allen Gelegenheiten diese seine dem Kongreß gegenüber übernommene Verpflichtung gebrochen, die Durchführung der Beschlüsse der Komintern und Profintern in Deutschland sabotiert.

5. Er hat hinter dem Rücken der Partei eine zweite Sonderkonferenz von revolutionären Bekleidungsarbeitern einberufen, um seine Spaltungsarbeit fortzusetzen.

6. In dieser Konferenz hat er die Teilnahme eines Vertreters der Partei und des Reichsarbeitsausschusses verhindert.

7. Durch sein Auftreten hat er in der am 26. August 1924 stattgefundenen Mitgliederversammlung des oppositionellen Bekleidungsarbeiterverbandes die Annahme einer Resolution herbeigeführt, die sich gegen die Beschlüsse der Weltkongresse richtet.

8. Er hat dafür gewirkt, daß der Vertreter des oppositionellen Bekleidungsarbeiterverbandes im Reichsarbeitsausschuß zurückgezogen wurde und dadurch die bereits angebahnten Verständigungsmöglichkeiten erschwert und vernichtet.

9. Auf eine letztmalige Befragung, ob er bereit sei, die Beschlüsse der Komintern und Profintern anzuerkennen und durchzuführen, hat er sich dessen strikt geweigert.

10. In der letzten entscheidenden Verhandlung hat er erklärt, die Verbindung mit dem internationalen Propagandakomitee der Bekleidungsarbeiter zu lösen und hat damit den Bruch mit der RGI. herbeigeführt.

Zentrale der KPD.

Die „Rote Hilfe" wächst

(Eig. Drahtm.) Solingen, 9. September.

Gestern fand hier eine große proletarische Kundgebung zugunsten der „Roten Hilfe" statt. Eine Sammlung für die „Rote Hilfe" hatte großen Erfolg. Der Touristenverein „Die Naturfreunde", Leichlingen, der Arbeiter-Sängerchor „Zukunft", Ohligs, und das Arbeiter-Sporttartell Leichlingens haben ihren kooperativen Beitritt zur „Roten Hilfe" erklärt. Sie haben beschlossen, die Hälfte (!) ihrer Einnahmen an die „Rote Hilfe" abzuführen.

Mit Gott für Kaiser und Vaterland!

Diese Zusammenstellung von Erlebnissen der Kriegsteilnehmer und Bilder von Kriegsschauplätzen hat in Deutschland bisher den größten Absatz gefunden.

Die Abteilung Zentral-Agitprop beabsichtigt zum November 1924 eine ähnliche Broschüre herauszugeben, die die Erlebnisse von Proletariern seit der Revolution zeigt. Alle Genossen und Sympathisierenden werden aufgefordert,

bis zum 20. September

an die endstehende Adresse in kurzen Briefen wichtige Erlebnisse während der revolutionären Kämpfe zu schildern und einzuschicken. Besonderen Wert wird darauf gelegt, daß in den Briefen genaue Angaben von Namen, Daten und Orten vorhanden sind. Die Namen der Einsender werden nicht veröffentlicht. Gleichfalls bitten wir, Photographien und Bilder aus den revolutionären Kämpfen mit einzusenden.

Wir erwarten für diese wichtige agitatorische Arbeit die Mitwirkung der breitesten Kreise unserer Genossen und Sympathisierenden.

Zentrale der KPD., Zentral-Agitprop

Einsendungen an die Adresse: Hugo Eberlein, M. d. L., Berlin O 54, Rosenthaler Straße 38.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0008

Internationale Arbeiter-Hilfe

Drei Jahre Internationale Arbeiter-Hilfe

Am 12. August 1921 erließ das am gleichen Tage gegründete Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für das hungernde Rußland seinen ersten Aufruf. Es waren wenige Getreue, die sich zusammenfanden, und die nach der offiziellen Absage der Amsterdamer Internationale, der 2. und der damals noch bestehenden 2½. Internationale, es unternahmen, die breiten Arbeitermassen und die mit ihnen sympathisierenden Kreise zu einer gewaltigen Hilfsaktion zugunsten der hungernden Arbeiter und Bauern Rußlands zu vereinigen. Die ersten Aufrufe und Appelle lösten bei weiten Kreisen der Arbeiter tiefes Mitgefühl und Begeisterung, bei den Spitzen der revisionistischen Organisationen und extrem konservativ bürgerlichen Kreisen ein mitleidiges Lächeln über den kühnen Versuch aus.

Heute nach drei Jahren ist das Lächeln und der Hohn verstummt, an ihre Stelle ist blinder und tiefer Haß getreten. Die IAH. hat in den drei Jahren ihres Bestehens eine Entwicklung durchgemacht, die alle Gegner einer wirklichen Arbeiterbewegung mit Ingrimm und Furcht erfüllt. Unzählig sind die Beispiele von überängstlichen Regierungen und Staatsbehörden, die in der IAH. eine der größten Gefahren für die Weiterexistenz der bürgerlichen Staatsordnung erblicken. Angefangen von dem deutschen Minister des Innern, Herrn Dr. Jarres, bis herunter zu dem Polizeipräsidenten in Gelsenkirchen, der in einem Geheimschreiben an den Präsidenten in Münster auf die IAH. als auf die gefährlichste und fürchterlichste Organisation aufmerksam macht. Unzählig sind ebenfalls die kleinen Schikanen und Nadelstiche: Verweigerung der Ausreise für IAH.-Kindertransporte, Verweigerung der Einreisen für Delegierte der IAH., Beschlagnahme ihrer Zeitungen, Sammellisten usw., mit denen man glaubt, die Entwicklung der IAH. aufhalten zu können. Würdig reiht sich dieser reaktionären Verfolgungspolitik der extrem reaktionären bürgerlichen Kreise die Hetze rechtsgerichteter sozialdemokratischer Organisationsspitzen an. Keine andere Arbeiterorganisation ist in den letzten Monaten so begeifert, mit Dreck beworfen und verunglimpft worden wie die IAH. Aber weder die Polizeigewaltakte, noch die Hetze sozialdemokratischer Organisationsspitzen haben verhindern können, daß die Gedanken der IAH. immer größere Arbeitermassen erobern. Trotz aller Widerstände, Schwierigkeiten, Polizei- und anderen Hindernissen ist die IAH. siegreich im Vormarsch und dabei, trotz Verleumdung und Beschimpfung die wirklich internationale, alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen umfassende proletarische Hilfsorganisation der Welt zu werden. Weder der Parteitagsbeschluß der deutschen sozialdemokratischen Partei, der jede Zugehörigkeit zur IAH. mit Ausschluß bedroht, noch die vertraulichen Zirkulare der 2. Internationale haben es verhindert, daß dauernd und heute in einem viel stärkeren Maße wie zuvor sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam mit kommunistischen Arbeitern in der IAH. zusammenwirken. In fast allen Ländern Europas und in allen Erdteilen bestehen und arbeiten heute hunderte von Komitees und Organisationen der IAH. Und nach Millionen zählt das Heer der Arbeiter, die durch die Komitees und Organisationen unmittelbar mit der IAH. verschmolzen sind. Am 3. Gründungstag der IAH. schauen wir zurück auf eine so mächtige und prächtige Entwicklung, wie sie selten eine Arbeiterorganisation in so kurzer Zeit erleben durfte. Allein diese Tatsache ist für uns ein neuer Ansporn, mit aller Kraft und aller Energie für den Weiterausbau der IAH. zu wirken.

Aber die Entwicklung der IAH. ist auch in anderer Hinsicht von Interesse. Der IAH. ist es zum ersten Male gelungen, eine gemischt wirtschaftlich kulturelle Arbeiterorganisation zu schaffen. Aehnliche Bestrebungen hat es schon in früheren Jahren zahlreich in der Arbeiterbewegung gegeben. Aber alle jene Bestrebungen endeten damit, daß entweder die geschaffene Organisation nur wirtschaftlich tätig war (Konsumverein) und durch ihre rein kommerzielle Tätigkeit bürgerlich und bureaukratisch verkümmerte, oder aber die Entwicklung endete mit der Auflösung jeder realen wirtschaftlichen Grundlage und es blieben nichts als schöne illusionistische Träume (Landsiedlungspläne Landauer).

Die IAH. ist die erste Organisation, die neben einer internationalen und großen Kulturarbeit es fertig gebracht hat, im Laufe von zwei Jahren starke und fundamentierte wirtschaftliche Betriebe aufzubauen. Freilich war das nur möglich durch das Bestehen von Sowjet-Rußland, das als Staat jedes Interesse an einer kräftigen Unterstützung dieser Pläne hatte und diese Unterstützung in jeder Beziehung den jungen Unternehmungen angedeihen ließ. Andererseits waren aber die konkreten wirtschaftlichen Bedingungen so schwer (hungerjahr 1921/22 Rußland, daß sowohl ein großes Stück Selbstvertrauen als wie auch wirtschaftliches Geschick notwendig war, um zu den heute erreichten Erfolgen zu gelangen. Die wirtschaftlichen Unternehmungen der IAH. in Rußland dürfen gegenwärtig als gesichert angesprochen und als stark genug bezeichnet werden, um von dem bisher Erreichten zu Neuerungen und Erweiterungen in den wirtschaftlichen Unternehmungen in dem kommenden Jahr zu schreiten. Gerade die fortdauernde Schwierigkeit, die fast alle imperialistischen Staaten, hauptsächlich unter dem Drucke von Amerika, wirtschaftlich gegen Sowjet-Rußland machen, muß ein Ansporn für die Internationale Arbeiterhilfe und für die Arbeiter aller Länder sein, um auch auf diesem Gebiete Sowjet-Rußland tatkräftig und sofort praktisch zu unterstützen.

Die in dreijähriger zäher Arbeit errungenen Erfolge auf weiten großen Arbeitsgebieten, einerseits auf dem Gebiet als eine alle Arbeiter vereinigende große Hilfs- und Kulturorganisation, wie auf dem anderen Gebiet der wirtschaftlichen Hilfe für Sowjet-Rußland, sind stark und groß genug, um jedem objektiv denkenden und urteilenden Arbeiter zu demonstrieren, daß die auf diesen Gebieten von der IAH. gesteckten Ziele wirklich und wahrhaftig zu erreichen sind. Das ist das Große, das wir am dritten Gründungstage der IAH. erkennen und woraus wir die notwendigen Schlüsse ziehen sollen. Diese Schlüsse können nur lauten: Trotz Verfolgung, Verleumdung, Beschimpfung, Fortführung und Erweiterung der IAH.-Arbeit auf jedem ihrer Gebiete mit alter Zähigkeit und dauernder neuer Begeisterung und Leidenschaft. — Vorwärts, von den ersten Erfolgen zu dem vollen Sieg!

Die Feinde der IAH.

Mit allen Mitteln versucht die SPD., in trauter Gemeinschaft mit der bürgerlichen Wohlfahrt, die Tätigkeit der IAH. zu zerstören. Jedes Mittel ist recht, wenn es nur eine Wirkung erzielt, sei es auch nur für kurze Zeit, weil Lügen bekanntlich kurze Beine haben. Es ist der SPD. sichtlich unangenehm, daß die breiten Massen ihrer Arbeiter-Mitglieder nicht daran denken, dem proletarischen Hilfswerk in den Rücken zu fallen, sondern nach wie vor sich für die IAH. einsetzen und ihre Verbreitung propagieren.

Der „Vorwärts" und das „Hamburger Echo" stehen in dieser Lügenkampagne an der Spitze. Fast täglich widmet das „Hamburger Echo" ganze Spalten „dem Kampfmittel der bolschewistischen Weltrevolution", wobei sich ihre Genossin Meta Krauß-Fessel ihres besonderen Interesses erfreut. Nun, es ist nur ein gutes Zeichen für uns, daß man sich so intensiv mit der IAH. beschäftigt, womit für uns der Beweis gegeben ist, daß wir uns in der rechten Linie befinden. Das „Hamburger Echo" betont in jedem Artikel, die Genossin Krauß-Fessel hätte sich gewissermaßen automatisch aus der Sozialdemokratie ausgeschaltet, weil sie ostentativ Parteitagsbeschlüsse mißachtet.

Am 23. Juli schrieb das „Echo" einen zwei Spalten langen Artikel unter der Ueberschrift: „Trotz alledem: Die kommunistische IAH.":

„Frau Meta Krauß-Fessel hat gesprochen! Es war kein Ereignis! Sie ist eine an sich sympathische Frau, die in der sozialen Fürsorge aus einem echten und tiefen Gewissen heraus arbeitet. Also: Unsere Stellungnahme gegen sie wendet sich nicht gegen diese soziale Arbeit der Frau Meta Krauß-Fessel. Wobei zu betonen wäre, und das mit Nachdruck: Unsere Stellungnahme gegen die IAH. wendet sich auch nicht gegen die soziale Arbeit an sich, die die IAH. leistet. Aber Frau Krauß-Fessel ist eine unpolitische Frau, die in ihrer sozialen Arbeit blind ist gegen alle anderen Dinge und, um von der IAH. zu sprechen: blind ist gegen die offensichtlichen und parteipolitischen, das heißt kommunistischen Tendenzen, von der die IAH. in breitesten Kreisen getragen ist, aus welcher Quelle zu auch unser Widerstand, ja unser Kampf gegen die IAH. wächst! Diese Tendenz, für die wir nicht Belege aus „zweifelhafter Quelle", wie Frau Krauß sich zu sagen erkühnt, haben, nein Belege, von deren Einwandfreiheit besonders die Kommunisten überzeugt sein müssen. Es sei denn, man hält auch die Kommunistische Partei für ein zweifelhaftes Unternehmen, von der Material zu benutzen man aus politischen Reinlichkeitsgründen ablehnen muß."

Also Krauß-Fessel ist eine unpolitische Frau. Wenn Krauß-Fessel in der IAH. arbeitet, und sie tut es erfreulicherweise recht intensiv, wäre ja damit die Behauptung, die IAH. sei politisch, ad absurdum geführt. Aus welchen Quellen die SPD. ihre Belege schöpft, ist längst nachgewiesen, und die Sozialdemokraten Wurm und Rosenfeld haben selbst Erklärungen mit unterzeichnet, die den Beweis führen, daß es politische Spitzelberichte sind, auf die sich die „Beweise" der ADGB.-Broschüre stützen.

Wir können aus Raummangel nicht das ganze umfangreiche Pressematerial hier abdrucken, in dem die SPD. ihre arbeiterfeindliche Stellung dokumentiert. Wir wollen nur soviel sagen, daß die Pressenachrichten der SPD. an Engstirnigkeit und bureaukratischer Beschränktheit den bürgerlichen Zeitungen um kein Haar nachstehen. Es ist im übrigen bemerkenswert, daß bei der Abstimmung im Reichstag über die Frage des Kindertransports nach Frankreich die Fraktionsmitglieder der SPD. für den kommunistischen Antrag, der die Kinderhilfe betraf, mitgestimmt haben, obgleich sie sonst gegen die Kinderhilfe arbeiten. Das beweist, daß die SPD. es nicht wagt, an diesem Platz sichtbarer Oeffentlichkeit ihren Kampf gegen das Hilfswerk der Arbeiter fortzusetzen. Einen lebhaften Meinungsaustausch hatte der Kindertransport nach Paris in allen Zeitungen hervorgerufen. Dieselben Leute, die die Schuld tragen, daß Millionen deutscher Kinder verelendeten, wollen heute mit den lügenhaftesten und schmutzigsten Behauptungen verhindern, daß die Arbeiterkinder Gelegenheit bekommen, einigermaßen zu gesunden. Die „Deutsche Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift: „Wir verzichten": „Wir hoffen, daß sich keine deutschen Eltern finden werden, die ihre Kinder französischen Familien anvertrauen."

Die „Jungdeutsche Zeitung" schreibt: „....Es gehört schon die kommunistische Gemütsauffassung dazu, unsere Kinder zu politischen Propagandazwecken in das Land unserer Henker verschicken zu wollen!"

Es ist nicht möglich, alle Blüten deutschnationaler Humanität hier wiederzugeben. Auf der anderen Seite haben sämtliche Blätter der Mitte sich auf das wärmste dafür eingesetzt und scharf Stellung genommen gegen die niedrigen Verleumdungen konservativer Blätter.

Selbst nachdem es möglich war, aus dem französisch besetzten Gebiet 25 Arbeiterkinder nach Paris zu bringen, geiferte wutschnaubend die reaktionäre Presse, die sich schon am Ziel ihrer Verhetzung glaubte.

„Deutsche Zeitung" vom 6. August 1924: Wir hatten bereits bei dem ersten Auftauchen der Nachricht, es sollten deutsche Arbeiterkinder zur Erholung nach Frankreich geschickt werden, die Schamlosigkeit der Handlungsweise der kommunistischen „Arbeiterhilfe" gebrandmarkt. Mit Befriedigung konnten wir dann feststellen, daß die Reichsregierung diesem Treiben ihre Unterstützung versagte. Um so größere Entrüstung muß es hervorrufen, wenn jetzt plötzlich die Ausreise der Kinder gestattet worden ist. Haben da die guten Beziehungen der Herren von Gerlach und Graf Harry Keßler zur Reichsregierung mitgesprochen? Oder wird vielleicht an der Beejubelung der deutschen Ehre etwas geändert, wenn diese Besudelung von der „Liga für Menschenrechte" besorgt wird?

Den Höhepunkt hatte sich das „Deutsche Tageblatt" geleistet und seinen ganzen antisemitischen Schmutzübel ausgeschüttet, um das Kindererholungsheim in Oehrenfeld zu zerstören. Dieses Zentralorgan völkischer Gehirnembrionen bringt am 26. Juli 1924 unter der Ueberschrift „Der Jude und die kommunistische Kindererziehung" eines der schmutzigsten Dinge, die der Antisemitismus aus seiner reichlichen Auswahl zu vergeben hat. Nach einer sinngemäßen Einleitung heißt es:

„Bei einer Untersuchung durch die Polizei wurde festgestellt, daß man praktisch die „freie Liebe" dort durchführt. Die Kinder waren jedesmal zu zweien in einem Zimmer untergebracht, und die Beamten fanden in jedem Zimmer einen nackten Knaben und ein nacktes Mädel in den Betten vor. Außerdem wurden noch einige ältere Kommunisten, die dort zu Gast weilten und sich aus gewissen Gründen dort versteckt hielten, gefaßt und mitgenommen. Der Landrat des Kreises Grafschaft Wernigerode, von Storch, hat aber auf diese Meldung seiner Beamten immer noch nicht den Mut aufgebracht, diese „Erziehungsstätte" zu schließen. Das Verhalten einer derartigen Behörde ist einfach unbegreiflich."

Die Behauptungen sind selbstverständlich ganz niederträchtige Lügen, denen jegliche Unterlagen fehlen. In den beiden zum Erholungsheim gehörenden Häusern existiert nur ein einziges Zimmer, in dem zwei Kinder schlafen, und diese beiden sind Mädchen. In allen anderen Räumen befinden sich nie weniger als vier und nie mehr als sechs Kinder. Außerdem gibt es noch einige Schlafsäle, in denen durchschnittlich 150 Kinder untergebracht sind. Es ist auch nicht wahr, daß dort irgendwelche Personen verhaftet worden sind, weil sich dort gar keine versteckt hielten. Es ist ganz klar, daß diese ganzen Verhetzungen eine ganz bestimmte Linie verfolgen, nämlich die IAH. zu zerstören, weil man spürt, daß die IAH. in der Hand des kämpfenden Proletariats droht, zu einer mächtigen Waffe zu werden. Die SPD. kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, das Material, auf das die bürgerlichen Gegner sich berufen, selbst geliefert zu haben. K. N.

Komintern-Resolution betreffend Internationale Arbeiter-Hilfe

Jede proletarische Massennot wird — wenn sie nicht unmittelbar zur revolutionären Erhebung führt — von der kapitalistischen Klasse ausgenützt, um die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aller Arbeiter des betreffenden Landes zu verschlechtern.

Dabei ist es gleichgültig, ob die Massennot durch Naturkatastrophen verursacht wird (Erdbebenkatastrophe Japan 1923) oder ob die Not die Folge wirtschaftlicher Krisen und Erschütterungen ist (Oesterreich 1921 — Deutschland 1923).

Dazu kommt, daß die letzten Jahre so zahlreiche, langandauernde und an Teilnehmerzahl so umfangreiche und große Streiks und wirtschaftliche Kämpfe brachten, daß weder die Mittel einer Gewerkschaft, noch die Mittel der Arbeiterklasse eines Landes ausreichen, solche Kämpfe wirksam zu unterstützen. Eine wirksame Unterstützung dieser Kämpfe und eine praktische Hilfe in Zeiten proletarischer Massennot kann nur durch Mobilisation der finanziellen Kräfte des Weltproletariats erfolgen.

Diese Unterstützungs- und Hilfsaktion für streikende, ausgesperrte und revolutionär kämpfende Arbeitermassen zu organisieren und in den Tagen proletarischer Massennot große, die Arbeiterschaft aller Länder und alle Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften umfassende Hilfsaktionen durchzuführen, ist die Aufgabe der Internationalen Arbeiterhilfe.

Die Internationale Arbeiterhilfe ist eine proletarische Hilfsorganisation der Arbeiter verschiedenster Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen, die ihre Hilfe den kämpfenden und unterstützungsbedürftigen Arbeitermassen ohne Rücksicht auf die politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit zuteil werden läßt. (1921 angesichts der Hungersnot den russischen Bauern und Arbeitern, 1923 den japanischen Arbeitern und Bauern nach der Erdbebenkatastrophe, den deutschen Arbeitern 1923 und 1924.)

An dem weiteren Aufbau und Ausbau der Internationalen Arbeiterhilfe sind die Arbeiter aller Länder und aller Richtungen interessiert.

Der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale brandmarkt vor der Arbeiterschaft der ganzen Welt den Versuch der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Internationale Arbeiterhilfe, diese Organisation wahrer internationaler proletarischer Solidarität, die Millionen von deutschen sozialdemokratischen Arbeitern, ihren Frauen und Kindern in Not und Streiks brüderlich hilft, zu sprengen und zu unterdrücken. Der Kongreß der kommunistischen Internationale stellt mit Genugtuung fest, daß trotz dieser verbrecherischen Versuche ihre im Sommer 1922 ergriffene Initiative zur Schaffung einer großen, alle Arbeiterorganisationen umfassenden proletarischen Hilfsorganisation in der Internationalen Arbeiter-Hilfe von Erfolg war und immer mehr und mehr Arbeiter, Arbeitergruppen und Arbeiterorganisationen sich der Internationalen Arbeiter-Hilfe anschließen.

Der 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale richtet an alle der Internationalen Arbeiter-Hilfe noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterorganisationen der ganzen Welt den dringenden Appell, sich geschlossen und einmütig der Internationalen Arbeiter-Hilfe anzuschließen und verpflichtet alle seine Parteien und Organisationen, die Internationale Arbeiter-Hilfe in allen ihren Aktionen tatkräftig zu unterstützen.

Aktionswoche der IAH. vom 8.—15. Oktober 1924

Für die kämpfenden und gemaßregelten deutschen Arbeiter!
Für die Hunger- und Produktionshilfe in Rußland!

Wie schon mitgeteilt, beabsichtigt die Internationale Arbeiter-Hilfe im kommenden Winter eine großzügige Hilfsaktion durchzuführen. Die Auswirkungen der Durchführung des Sachverständigengutachtens werden schwere Kämpfe bringen. Hier will die Internationale Arbeiter-Hilfe mit ihrer Hilfe für die Ausgesperrten und Streikenden, besonders für deren Kinder, einspringen.

Die zweite große Aufgabe stellt die Mißernte in den Wolgagebieten der IAH. Es muß verhindert werden, daß die sich seit der letzten Mißernte langsam erholte Wirtschaft durch Verfall der Betriebe, Abwanderung der Bauern usw. gefährdet wird.

Auf den Aufruf der Internationalen Arbeiter-Hilfe sind aus der ganzen Welt dem Zentralkomitee Hilfsbereite Sympathiebezeugungen zugegangen. Eine große Anzahl führender Persönlichkeiten, Politiker, Wirtschafter, Kulturkämpfer im Ausland und Inland haben sich jetzt schon für die Aktionswoche der IAH. zur Verfügung gestellt.

Die internationale Aktionswoche der IAH. soll ein weltumfassendes Bekenntnis aller werktätigen Menschen sein.

Ausstellung deutscher und russischer Kinderzeichnungen in Paris

Die Internationale Arbeiter-Hilfe veranstaltet Anfang September in Paris eine Ausstellung deutscher und russischer Arbeiterkinderzeichnungen. Schon der Kindertransport der deutschen Arbeiterkinder nach Frankreich war ein Ausdruck der proletarischen Solidarität zwischen der französischen und deutschen Arbeiterbevölkerung. Die Internationale Arbeiter-Hilfe will mit dieser Ausstellung dazu beitragen, die freundschaftlichen Beziehungen zu fördern und zu erweitern. In pädagogischer Hinsicht sind diese Kinderzeichnungen außerordentlich interessant, da sie besonders bei den russischen Zeichnungen erkennen lassen, wie die Kinder im Gegensatz zu der früheren bürgerlichen Schulerziehung im täglichen Leben stehen.

Obwohl manche Zeichnungen naiv-künstlerische Ansätze zeigen, liegt selbstverständlich nicht der Gedanke zugrunde, eine „Kunstausstellung" zu machen, sondern die Veranstaltung soll lediglich dem pädagogischen Lehrzweck einerseits und der Pflege freundschaftlicher Beziehungen andererseits dienen.

Das Arbeiterkind 1924

Vater: 1914 bis 1918 Feldsoldat (Urlauber), ausgepumpt, erschöpft, mit zerrütteten Nerven;

Mutter: 1914 bis 1918 Fabrikarbeiterin, zwölfstündige Arbeitszeit, ernährt mit Kohlrüben, Marmelade, Kriegsbrot;

Die Kinder: geboren 1915 oder 1916, 1917, 1918 bzw. 1919, aufgezogen mit Milcherfatz, Eierfatz und anderen Gesundheit und Kultur ersetzenden Surrogaten.

Die Folgen: Rachitis, Tuberkulose, Skrofulose, Unterernährung, ungeheure Kindersterblichkeit und Verkrüppelung.

Der Prozeß der Verelendung der Arbeiterkinder wird beschleunigt durch die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise, Durchführung des Dawes-Abkommens. D. h. Aussperrung, Stillegung von Betrieben und Kurzlöhne.

Die Kinder von 1924 sollen einmal das begonnene Werk, die Befreiung der Arbeiterklasse aus Lohnsklaverei, fortführen.

Ein degenerierter Nachwuchs macht jede Entwicklung der Arbeiterklasse unmöglich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0009

Leben · Wissen · Kunst

Der reiche Mann

Von Desider Kosztolanyi.

(Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.)

Ich ehre und schätze den reichen Mann ob seinen nüchternen und zielbewußten Prinzipien. Tag für Tag gehe ich an seinem hübschen Palais vorbei, das von einem vergoldeten Eisengitter umfriedet ist, und versäume niemals die Gelegenheit, in seinen Park zu blicken.

„Sag' mir bitte, welchem Umstand verdankest Du Dein Glück?" — frage ich ihn mit den Augen, denn ich duze im Gedanken jeden Menschen, auch den reichen.

Aber er verrät mir sein Geheimnis nicht. Wenn er, mit auf den Rücken gelegten Händen und zufrieden, im Park spaziert, lächelt er bloß. Sein Auto steht dienstbereit in der Garage. Er hat keinerlei Nahrungssorgen. Jahre hindurch gelang es mir nicht, zu ergründen, welche Weisheit ihn so hochgebracht habe.

Unlängst, um die Mittagszeit, fand ich die Lösung des Rätsels. Eine Arbeiterfrau trug in einem Eßnapf ihrem Manne an die Arbeitsstätte das Mittagessen. Unglücklicherweise glitt sie auf dem schlüpfrigen Bürgersteig aus und fiel zu Boden, in der unmittelbaren Nähe des Palais. Das Geschirr zerbrach.

Die arme Frau schlich verzweifelt weiter. Ich blieb stehen und blickte umher. Das ganze Essen war auf den Asphalt geflossen. Die Suppe rann in dampfenden Bächlein dahin, das hiesichen Gulasch zeichnete eine rote Landkarte auf die Erde und im Schmutz lag auch ein Stückchen Mohnkuchen, der liebevoll mit ein wenig Zucker bestreut war.

Gibt es etwas Zweckloseres, als ein im Straßenschmutz liegendes Mittagessen? Wird es von jemandem verzehrt? Wird ein hungriger und armseliger Mensch des Weges kommen, der es aus dem Morast aufleckt? Oder wird es auf dem Kehrichthaufen landen?

Die Vorübergehenden betrachteten kopfschüttelnd das Essen, wichen ihm alle mit jener Ehrfurcht aus, die heutzutage der Anblick von Nahrungsmitteln erzeugt. Bei sich flüsterten sie:

„Wenigstens zweitausend Kronen."

Auch der reiche Mann beobachtete diese Szene. Er ging eben wieder einmal in seinem Park spazieren, mit auf den Rücken gelegten Händen und zufrieden. Es war ihm anzumerken, daß er mit der unglücklichen Arbeiterfrau großes Mitleid empfinde, hat er doch ein gesegnet gutes Herz. Und ich sah auch, daß er grübelte.

Bald darauf knirschte die Parktür. Der reiche Mann öffnete sie mit der eigenen Hand. Er trat auf die Straße hinaus und betrachtete das Mittagessen, das bereits abgekühlt, aber noch nicht ganz kalt war.

Er wartete noch eine Weile. Stieß dann einen leisen Pfiff aus. Dieser Pfiff galt seinem Hund. Und da kam auch schon ein Wolfshund herbeigelaufen, der Wolfshund des reichen Mannes, und der reiche Mann wies mit einer großmütigen Gebärde auf das Essen, bot es dem Hund an, gleichsam sagend:

„Bediene Dich!"

Der Hund begann zu fressen. Verschlang zuerst das Fleisch, dann den Mohnkuchen und leckte nachher auch die Suppe vom Pflaster.

Da ging mir ein Licht auf. Ich entdeckte, wie klug, erfinderisch, wie genial der reiche Mann sei. Denn siehe da, er fand die Lösung, wie er den brachliegenden Wert, mit dem sich die anderen nicht schmutzig machen wollten, für sich ausnützen könnte. Er ließ die Arbeit durch seinen Hund verrichten. Und dies war sein großes Geheimnis.

Ich wünschte bei mir sowohl dem Hund, als auch dem reichen Mann guten Appetit. Den Hund, den ich kannte, grüßte ich beim Fortgehen. Den reichen Mann, den ich ebenfalls kannte, grüßte ich diesmal nicht.

Zum 60jähr. Gedenktag der 1. Internationale

Zum Gedenktag der 1. Internationale erscheint demnächst ein Sonderheft der „Arbeiter-Literatur". Inhalt: Karl Marx: Drum laßt uns alles wagen ... — G. Sinowjew: Die Pariser Kommune lebt in unseren Herzen. — Marx und Frankel: Zwei Briefe. — Zur Entstehungsgeschichte der 1. Internationale. — Erwin Maurer: Die Weltpolitik der 1. Internationale. — Otto Lang: Verfälschung der 1. durch die 2. Internationale. — Arno Breke: Bolschewismus und Bakunismus. — Wilhelm Baumann: Die Stellung der 1. Internationale zum Kriegsproblem. — N. Lenin: Die Staatslehre der 1. Internationale. — Wolitkowski: Lenin und die Pariser Kommune. — Maurice Dommanget: Blanqui als Vorläufer der Bolschewiki. — Paul Dunois: Die Idee der Arbeiterpartei und ihr Organisationsprinzip in der Praxis der 1. Internationale. — G. Sinowjew: Die 1. Internationale über die deutsche und die französische Arbeiterbewegung. — John Gubson: Die 1. Internationale und die englische Arbeiterbewegung. — Martin Weber: Die 1. Internationale und die Gewerkschaftsfrage. — Alex Bolgar: Die 1. Internationale über Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Das Sonderheft ist 136 Seiten stark, enthält vier Bilderbeilagen und kostet 50 Pf. Bezug durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII, Albertgasse 26.

Das Madenlied

Das Auto hupt. Prolet, mach' Platz!
Wir sind die heil'gen Maden.
Wir, Krupp und Thyssen, Sohn und Matz,
Wir sind von Gottes Gnaden.
Wir mästen unsern Reichtumsdarm
Vom Blut vor allem, was da arm,
Wir Maden des Gewinnes,
Mit unserm Häuptling Stinnes.

Uns faucht der Dampf, uns raucht der Schlot,
Uns fällt das Holz der Wälder.
Uns steht die Kohle zu Gebot,
Uns wächst das Korn der Felder.
Und wer noch irgend etwas hat,
Das nehmen wir und machen satt
Uns Maden des Gewinnes,
Mit unserm Häuptling Stinnes!

Die Dummheit muß erhalten sein
Für die Proletenbande.
Drum pred'ge Pfaff, Schulmeisterlein,
Die „Pflicht" dem „Vaterlande".
Und wem es sich im Kopfe hellt,
Der wird gleich an die Wand gestellt
Von Maden des Gewinnes,
Mit unserm Häuptling Stinnes!

Mit Hakenkreuz und Schwarzweißrot
Sind wir im Stahlhelmbunde.
Wir schwören hoch und teutsch bei Gott:
Den Tod dem roten Hunde!
Wir holen, denn's Geschäft bringt's ein,
Die Hohenzollern wieder rein,
Wir Maden des Gewinnes,
Mit unserm Häuptling Stinnes!

Wir hetzen Kriege fort und fort
Und machen Parlamente.
Wir schützen den Proletenmord
Durch unsrer Söldner Hände.
Wir machen jede Unschuld schlecht,
Zur feilen Hure jedes Recht,
Wir Maden des Gewinnes,
Mit unserm Häuptling Stinnes!

Ein Denkmal kriegt, wer für uns ist,
In allen deutschen Eden.
Doch unser Feind, der soll zu Mist
In Not und Qual verreden.
Wir machen, wie es uns gefällt!
Wir sind die Herren dieser Welt!
Wir Maden des Gewinnes,
Mit unserm Häuptling Stinnes!

Hugo Tlustek.

Neue Lenin-Literatur

K.N. Durch das Proletariat geht immer stärker der Ruf nach dem Leninismus, nach der Durchdringung der Massen mit dem Geiste ihres großen Führers. Ein Beispiel dafür ist die stattliche Reihe von Aufsätzen und Schriften, welche die Arbeit der Lenin-Kommission begleiten und den verschiedenen Seiten seines kolossalen Schaffens nachspüren.

Besonders zu begrüßen ist die Studie über den Zusammenhang den Gedanken Lenins von G. Lukacs. Ein geschlossener kleiner Gedankengang, der, obwohl kaum 80 Seiten umfassend, sehr viel neues Licht auf die Beziehungen seiner Theorie zu seiner Praxis wirft. Wie Marx aus der Kenntnis der englischen, so hat Lenin aus der der russischen Verhältnisse in ständiger Beziehung auf das konkrete Ganze des Geschichtsprozesses den dialektischen Materialismus praktisch fortgeführt. Die Aktualität der Revolution, die theoretische Aufzeigung der historischen Rolle des Proletariats in Rußland (gerade wegen seines auf bäuerlicher Verhältnisse aufgepfropften stark monopolistischen Kapitalismus), die dialektische Zusammengehörigkeit von Organisationen und Taktik (strengste Disziplin und Auslese), seine konkret-politische Analyse des Imperialismus, seine daraus folgende Blickrichtung auf die vom Kapitalismus unterdrückten Nationen, seine Staatstheorie, seine revolutionäre Realpolitik stellen die Gedankenreihe dar, innerhalb welcher Lenin das Allgemeine stets im konkreten Einzelfall selbst sah, jeden Moment (so „die Kompromisse") von einer Gesamt-Geschichtsperspektive (der revolutionären Ueberwindung des Weltkapitalismus) aus erfaßte.

So wertvoll diese Abhandlung*), so unvollkommen ist die kleine Schrift von A. Deborin. Sie beschäftigt sich mit der Erkenntnistheorie, hauptsächlich im Anschluß an Lenins Schrift vom Jahre 1909: „Empiriokritizismus und historischer Materialismus", behandelt die Probleme aber allzu oberflächlich und undialektisch. Daß die Dialektik auch für das Bereich der Natur gilt, glaube ich, aber es besteht doch ein qualitativ bedeutsamer Unterschied zwischen der Dialektik in der Natur**) (ich würde sie als „antagonistische Wertgesetze" auch terminologisch von der in der Geschichte unterscheiden) und in der Historie, da das hier hinzutretende Bewußtseinsmoment nicht in mechanischer Weise übersehen werden darf. Gen. Deborin hätte sich Joh. Dietzgens***) erinnern sollen. Daher hat er auch den Gedankengang Lenins leider in einiger Verstellung wiedergegeben, vor allem hätte er von der Entstehung dieses Buches, von ihrer konkret-politischen, philosophie-historischen Situation (nämlich dem Kampf gegen alle Formen einer die Entwicklung zum Bolschewismus hemmenden Ideologie) ausgehen müssen. Es sieht dadurch so aus, als ob wir es ablehnten, bei der Erkenntnistheorie von einer physiologisch-physikalischen Analyse des Wahrnehmungsprozesses auszugehen. Ich glaube aber, daß ein anderer Ausgangspunkt absolut unwissenschaftlich wäre (wobei man natürlich nicht bei der physikalischen Analyse stehenbleiben, auch nicht die Grenze zwischen den in Form von Empfindungen gegebenen Bewußtseinsgegenständen und dem in Form von Vorstellungen ablaufenden Bewußtsein, wie es der Empiriokritizismus tut†), verwischen darf, vielmehr ins historisch Gesellschaftliche weitergehen muß). Daher unterlaufen dem Verfasser auch solche menschewistischen Formulierungen, wie S. 39: „Der dialektische Materialismus ist eine in sich abgeschlossene (!) Weltanschauung, die sowohl die Natur als auch die Gesellschaft umfaßt."

Man könnte Lenins Erkenntnistheorie ††) mit dem (allerdings individualistischen) Pragmatismus der James, Peirce usw. vergleichen, wenn diese Zusammenstellung nicht sofort grundsätzliche Differenzen aufzeigen würde. Das Entscheidende bei Marx-Lenin ist die (produktive) Bewährung der Theorie an der historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit, das innige dialektische Verhältnis zwischen Sein (als „Prozeß" zu fassen) und Bewußtsein, zwischen Besonderem und Allgemeinem, zwischen Weg und Ziel, zwischen Theorie und Praxis.

*) G. Lukacs, „Lenin". — Malikverlag, 0,80 Mk. A. Deborin, Lenin, der kämpfende Materialist". — Neuer deutscher Verlag, 0,40 Mk. Zugleich mit letzterem erschien N. K. Krupskaias wertvolle Zusammenstellung über „Lenin und die Fragen der Volksbildung", 0,40 Mk.

**) G. Lukacs sieht hier mit Recht große theoretische Schwierigkeiten, die wir jetzt, dem Stande der gegenwärtigen Naturwissenschaft und Technik entsprechend, nur annäherungsweise beurteilen können.

***) Z. B. „Materialismus contra Materialismus" in Dietzgen's Schriften, Bd. II., S. 201 ff.

†) Diese scharfe Trennung von Empfindungen und Vorstellungen nimmt der beachtenswerte Gehirnpathologe, Physiologe und Positivist Th. Ziehen vor.

††) K. Marx über Feuerbach. These 2: „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, d. i. die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen."

Eine Sawinkow-Broschüre

wird in den nächsten Tagen im

Neuen Deutschen Verlag

erscheinen, die in diesen Tagen, wo sich die gesamte Presse mit der plötzlichen Verhaftung, Verurteilung und Begnadigung eines der extremsten Sozialrevolutionäre beschäftigt, von größtem Interesse ist. Die Broschüre enthält den stenographischen Prozeßbericht und nimmt Stellung zu der Wandlung Sawinkows und ihrer Bedeutung.

Verschwörer und Revolutionäre

39] Von Michael Kaniowski

Ich ging seitdem umher wie ein Mondsüchtiger, mein Tun wurde automatisch, ich erfüllte aber meine Pflichten mit einer mechanischen Pünktlichkeit. In der Stadt bewegte ich mich ohne jegliche Vorsichtsmaßregeln, und trotzdem die Polizei hinter mir her war, rann ich ihr sozusagen durch die Finger. In dieser Zeit hatte ich einmal die Gelegenheit, selbst einem Aron Vogel zu imponieren, wie er mir später bei meiner Verhaftung gestand. Ich kam aus Moskau. In meiner Reisetasche hatte ich über zehn Pfund Sprengstoff bei mir. Als der Zug einlief, sah ich, daß der Bahnsteig voller Agenten und Spione war. Aron Vogel führte das Kommando, indem er gleichgültig von einer Gruppe zur andern ging. Ich sah, daß seine Augen an mir hängen blieben. Aber ich war sehr verändert: ohne Bart, mit kurzgeschnittenem Schnurrbart und einem Kneifer auf der Nase. Michailoff selbst hatte mein Kostüm nach meinem Reisepaß, der auf einen russländischen Baron lautete, angeordnet. Ein gelbes, ledernes Zigarettenetui an einem langen Riemen hing er mir um, auf das er besonders Gewicht legte. Er meinte, von diesem Etui müßten sämtliche Verdachtsmomente der Agenten zuschanden werden. Außerdem drückte er mir noch einen Stock mit silbernem, wappengeschmücktem Kopf in die Hand. Meine Eleganz hatte Aron Vogel augenscheinlich irregeführt. Er hatte den Ehrgeiz, sich nie zu irren. Ich sah, daß er kein Auge von mir ließ. Ich war so ruhig, daß ich meines Sieges sicher war. Ich ging direkt auf Aron zu, ohne ihn zu beachten. Fünf Schritt vor ihm griff ich in meine Tasche und stellte meine Handtasche auf den Boden. Ach, Du lieber Gott; — rief ich aus — Paß auf meine Tasche auf! sagte ich zu einem Gendarmen. — Meine kleine Brieftasche ist weg! Die große ist da, die kleine ist weg! Der Stammbaum meiner Stute war darin. Sie werden mir das Pferd fälschen! Wer ist denn hier von Euch zuständig? Volle zehn Minuten beschäftigte ich den Stationsvorsteher und versprach dem Kinder eine Belohnung. Der Gendarm brachte mir die Reisetasche bis zur Droschke. Beiläufig erwähnte ich, die Stute wäre für Seine Kaiserliche Hoheit den Prinzen Alexej Nikolajewitsch bestimmt gewesen. Der Gendarm stand stramm und wagte kaum zu atmen. Als ich bei Aron vorbeikam, sagte ich: Hier sieht man so viel verdächtiges Gesindel! Ich wette, dieser hier ist ein Hochstapler! und zeigte ihm den Beamten. Der aber neigte sich vertraulich an mein Ohr: Im Gegenteil, Herr Baron, das ist ein Agent. Sie haben hier jemanden erwartet! Sind böse Zeiten, Herr Baron! Ich stieg kopfschüttelnd in den Wagen und fuhr ab. Aron Vogel hatte mich schon seit geraumer Zeit nicht mehr beachtet. Als ich ankam, war Michailoff außer sich vor Freude. Sie hatten alle erwartet, man würde mich fassen. Es war eine Anzeige gemacht worden und, als sie es erfuhren, zu spät, mich zu warnen.

Ich rann, wie gesagt, damals den Beamten durch die Finger, ohne mich sonderlich in Acht zu nehmen. Michailoff war um mich besorgt wie eine Mutter, er drängte, ich solle ins Ausland gehen. Für mich war aber das Leben nur noch in dieser Spannung des Kampfes möglich, wenn meine Verlassenheit und Leere nicht schmerzlich erwachen sollte. Ich war der Verzweiflung nahe. Als eines Abends Michailoff meine Gedanken erkannte, kam er auf mich zu und sagte:

— Ich muß Dir etwas sagen. Wolischok hat Olas Photographie gefunden und ein kleines Notizbuch mit Aufzeichnungen und einer Locke von ihr, die sie im Scherz einmal für sich aufbewahrt hatte. Und dann hat Kletoschnikoff erfahren, daß sie sterbend zu ihrer Wärterin gesagt hat: Ich war sehr glücklich, ich möchte ihm danken!

Mein Herz krampfte sich zusammen.

— Was noch? — fragte ich.

— Da ist Olas Brief. Jetzt kannst Du ihn lesen.

— Genossen und Brüder. Ich bin froh, daß ich gelebt habe und glücklich gewesen bin. Ich sterbe ruhig, ich habe niemanden bestohlen. Der arme Mitja ist tot. Sie ließen mich nicht Abschied nehmen von ihm. Meine Hand zittert. Ich bin aus langer Nacht erwacht und will wieder erlöschen. Mischuk! Ich danke Dir für das Leben, ich danke Dir sehr. Brüder! Laßt ihn nicht leiden, ich bitte Euch. Ich glaube Deine Augen zu sehen, Mischuk, und möchte einschlafen. Weine nicht! Weine nicht; ich war so glücklich! In Deine Augen schaue ich und schlafe ein. Mein Mischuk!

Ich schlug mit dem Kopf an die Wand.

Michailoff drückte mir die Hand.

— Wein'! Wein' Dich aus! Dann wirst Du es ertragen können! Es schien, als liebte Michailoff uns alle und wäre um uns bekümmert wie eine Mutter. Wir alle waren auch Kinder seiner Warodnaja Wola.

Eines Abends kam er verstört zurück. Man hatte Kwiatkowski, Presniakoff und andere verhaftet. Todesstrafe drohte ihnen. Goldenberg war entweder verrückt geworden oder in eine Falle gegangen. Man hatte ihm eingeredet, daß die Regierung mit ihm in Verhandlungen treten wolle, und er bemühte sich, die Organisation in ihrer gewesenen Macht zu zeigen, um danach die Bedingungen stellen zu können. Er gab die genauesten Angaben. Die Polizei kannte uns alle. In Kwiatkowskis Papieren fand man den Plan des Winterpalais, der Speisesaal war mit einem Kreuz bezeichnet. Aengstliche Vermutungen wurden in der Oeffentlichkeit laut.

Einige Tage später kam Zelaboff zu mir und sagte beruhigend: „Der Maulwurf gräbt weiter." Das Winterpalais strahlte, alle Räume wurden beleuchtet. Aber in seinen Kellern hockte der Tod und wartete. Seit zwei Wochen gehörte Chalturyn zur Dienerschaft des Palais und legte täglich seinen ermüdeten und schmerzenden Kopf auf ein Kissen, unter dem er einen Beutel mit Dynamit verbarg.

Chalturyn war ein Arbeiter. Ich habe ihn damals kennengelernt, als er sich heimlich abends aus dem Palais stehlen mußte, um sich täglich eine neue Dosis Dynamit zu holen. Er konnte den Sprengstoff nur in kleinen Mengen einschmuggeln, denn im Palais hatte man große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Er hielt den Beutel mit Dynamit nachts unter seinem Kopfkissen versteckt. Die giftigen Ausdünstungen erzeugten schreckliche Kopfschmerzen. Er wurde von Tag zu Tag magerer und blasser, seine Augen waren tief eingefallen, von dunklen Ringen umgeben, glänzten unheilvoll. Sein Gesicht zeigte den Ausdruck eines hartnäckigen, verbissenen Willens.

Er war einer von denen, welche der geheimste Durchschnittseuropäer niemals verstehen wird. Er wußte, daß er untergehen muß, und als einzelner ein- für allemal ein Ende finden wird, und doch ging er den Weg des Todes in der festen Ueberzeugung, daß er das Leben für eine zukünftige Generation aufbaut.

Chalturyn besaß keine höhere Bildung, aber seine Denkweise war logisch und klar. Er war sich der Bedeutung des Kampfes, den wir führten, wohl bewußt und er begriff auch die Wichtigkeit der Tatsache, daß der höchste Repräsentant der ausbeutenden Macht, der Zar, von seiner Hand, von der Hand eines Arbeiters fallen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240910-18/fragment/page=0010